

ZEIT FÜR VERÄNDERUNG



JETZT! FÜR UMWELT, KLIMA, BILDUNG, GERECHTIGKEIT.

LANDTAGSWAHLPROGRAMM 2009

Beschlossene Fassung vom 16. Mai 2009



PROGRAMMKOMMISSION :

Klaus Kessler (Vorsitzender)
Kajo Breuer
Klaus Borger
Dieter Hoffmann
Stephan Körner
Claudia Krauss
Markus Tressel
Thomas Tressel
Hubert Ulrich
Claudia Willger-Lambert

PRÄAMBEL 06

I - ZEIT FÜR NEUE ENERGIEN 08

Klimaschutz und Schadstoffbelastung	09
Veränderung der Rahmenbedingungen	09
Rekommunalisierung	10
Ausbau von Forschung und Wissenschaft	10
Landesentwicklungsplan – Erneuerbare Energien	10
Förderung von Landesinitiativen	11
Szenario 2020 - Politik der drei E	11
EnergieEinsparung – EnergieEffizienz - ErneuerbareEnergien	11
Bioenergiedörfer	13
Klimaneutralität	13
Kein weiterer Kohleabbau – Schutz von Eigenheim und Gesundheit	14
Die Steinkohle geht- Die Kompetenz bleibt	15

II - ZEIT FÜR BILDUNGSGERECHTIGKEIT 16

Frühkindliche Bildung verbessern	17
Die Grundschule ist die wichtigste Schule	17
Längeres gemeinsames Lernen – Eine Schule für alle	18
Schule ist mehr als Unterricht – mehr echte Grundschulen	19
Neue Perspektiven für die berufliche Bildung	20
Mehr Selbstständigkeit für Schule	20
Schule als Haus des Lernens – Klassen verkleinern	21
Reform der LehrerInnenbildung	22
Hochschule mit Zukunft – Abschaffung der Studiengebühren	22
Weiterbildung – lebenslanges Lernen	24

III - ZEIT FÜR MEHR SOZIALE GERECHTIGKEIT 25

Kinderarmut bekämpfen – Kinder brauchen mehr	25
Bekämpfung der Armut als Querschnittsaufgabe	26
Jugendliche nach vorne – Politikwechsel für Jugendliche	26
Armutslöhne verhindern – Mindestlohn einführen	27
Zugang zum Arbeitsmarkt – Existenzsichernde Erwerbsbarkeit	27
Kleine Arbeitseinkommen entlasten – Jobs schaffen	27
Grüne Grundsicherung – Neuordnung der Sozialpolitik	27

IV - ZEIT FÜR GRÜNE WIRTSCHAFTSPOLITIK	28
Bevölkerungsentwicklung und öffentliche Haushalte	28
Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsentwicklung	29
„Weiche“ Standortfaktoren: Talente, Technologie und Toleranz	29
Förderung von Talenten und Toleranz	29
Vorfahrt für gute Arbeit	30
Förderung von Technologie und Innovation	30
Gründungs- und Unternehmenskultur	31
Konjunkturprogramm für Strukturwandel nutzen	31
Nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik	32
Ökologische Abfallentsorgung	33
V - ZEIT FÜR DIE ERHALTUNG DER BIOLOGISCHEN VIelfALT³⁴	
Flächenverbrauch reduzieren	34
Biotopverbund umsetzen	34
Naturschutz- statt Naturnutzgesetz	35
Ökologische und gentechnikfreie Landwirtschaft	35
Bioenergie – geplant und umweltverträglich	36
Unterstützung des ehrenamtlichen Naturschutzes	36
VI - ZEIT FÜR DEN SCHUTZ DES SAARWALDES	36
Naturnaher Wald schützt das Klima	37
Holz als erneuerbare Energiequelle	37
Novellierung des Wassergesetzes	38
Wald gestaltet Landschaft	38
„Grüner Arbeitsplatz“-Wald	38
Ökologisch verträgliche Jagdnutzung	39
VII - ZEIT FÜR BÜRGERRECHTE, FREIHEIT, SICHERHEIT	39
Demokratie und Bürgerrechte	39
Gegen Verschärfungen im Polizeigesetz	40
Private Daten besser schützen	40
Polizei stärken – Kriminalität bekämpfen	41
Demokratischer Verfassungsschutz	42
Bürgerinnen und Bürger beteiligen	42
Reform des Akteneinsichtsrechts	44
Jugendkriminalität – Ursachen bekämpfen	44
Abrüstung in Privathaushalten	44
Unabhängige, moderne, effiziente Justiz	45

VIII - ZEIT FÜR BESSEREN TIERSCHUTZ 45

Tierschutz und Landwirtschaft	46
Tierschutz und Jagd	46
Offene Tierheime und Gnadenhöfe	46
Exoten sind keine Haustiere	47
Tiere sind keine Versuchsobjekte	47
Lobby für den Tierschutz	47

IX - ZEIT FÜR DIE VERKEHRSWENDE – NACHHALTIGE MOBILITÄT48

Echter Verkehrsbund – Erhöhung der Nutzerfreundlichkeit	48
Investitionsschwerpunkt ÖPNV	49
Einführung eines Nachtverkehrsnetzes	49
Alte Strecken wiederbeleben – Kooperation prüfen	49
Fahrradwegenetz ausbauen	50

X - ZEIT FÜR GRÜNEN VERBRAUCHERSCHUTZ 50

Bessere Lebensmittelkontrolle – Gesunde Ernährung	51
Besserer Zugang zu Internet-Informationen	51
Mehr Beratung und Informationen für VerbraucherInnen	52

XI - ZEIT FÜR GESUNDHEIT 52

Gleiches Recht auf Gesundheit	52
Gesundheitsprävention – Umweltmedizin	53
Konsequenter Nichtraucherenschutz	53
Qualität steigern	54
Zukunftsfähige medizinische Versorgung für Stadt und Land	54
Fit und gesund im Alter	55
Militärischen Fluglärm eindämmen	56
Mobilfunk mit weniger Strahlenbelastung	56

XII - ZEIT FÜR EUROPA 57

Green New Deal	57
Gesundheits- und Verbraucherschutz	57
Soziales Europa	58
Bürokratie abbauen	58
Zusammenarbeit in der Großregion stärken.	59
EU und Kommunen Hand in Hand	59
Euratom – Nein danke/Non merci	59

XIII - ZEIT FÜR INTEGRATION	60
Teilhabe und Teilnahme	60
Einbürgerung und Wahlrecht	60
Sprache und Bildung	61
MentorInnenprogramme/Patenschaften	61
Mehr Rechte für geduldete Flüchtlinge	62
Gegen menschenunwürdige Abschiebep Praxis	62
Dialog der Religionen	62
XIV - ZEIT FÜR GLEICHE RECHTE	63
Gleiche Liebe – Gleiche Rechte	63
Zeit für Frauenpolitik und Geschlechtergerechtigkeit	64
Gender Mainstreaming	64
Hochwertige Kinderbetreuungsplätze	65
Wissenschaftlerinnen in Spitzenpositionen	65
Geschlechtergerechtes Gesundheitssystem	65
Ächtung von Gewalt gegen Frauen	65
XV - ZEIT FÜR SPORT, KULTUR UND EHRENAMT	66
Mehr Sport in Kindergärten und Schulen	66
Konzept für Sportstätten	66
Kulturförderung	67
Förderung der kulturellen Bildung	68
Ehrenamtliches Engagement fördern	68
XVI - ZEIT FÜR MEDIENVIELFALT	69
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk	69
Rundfunkgebühr	69
Privater Rundfunk	69
Transparenz bei Tochterfirmen	70
Journalistische Unabhängigkeit	70
Print und Internet	70
Jugendmedienschutz	70
XVII - KEINE ZEIT FÜR RECHTS	71

PRÄAMBEL

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

am 30. August 2009 entscheiden Sie darüber, in welche Richtung sich das Saarland in den nächsten fünf Jahren entwickelt. Mit unserem Wahlprogramm „Zeit für Veränderung“ unterbreiten wir GRÜNE Ihnen unser Angebot. Wir wollen das Saarland ökologisch erneuern, in sozialer Verantwortung modernisieren und gesellschaftlich sowie wirtschaftlich wieder zu einem starken Bundesland machen. Dabei leitet uns die Devise „Global denken – Lokal handeln“. Angesichts des Klimawandels, der großen Wirtschaftskrise, aber auch der demografischen Entwicklung orientieren sich unsere Vorschläge für eine zukunftsfähige Veränderung des Saarlandes an den Leitmotiven der Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit.

Nachhaltige Politik setzt sich für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen ein. Nachhaltige Politik steht für eine Wirtschaftspolitik, die der Begrenztheit der Ressourcen Rechnung trägt. Sie sorgt aber auch für sozialen Ausgleich und wirkt der Spaltung der Gesellschaft entgegen. Wirtschaftlicher Erfolg und Nachhaltigkeit sind keine Gegensätze, sondern bedingen einander. Wir wollen mit grünen Ideen schwarze Zahlen schreiben. Deshalb ist es Zeit für einen neuen GRÜNEN Gesellschaftsvertrag – Zeit für einen GRÜNEN-NEW-DEAL. Das bedeutet für uns, dass Ökonomie, Ökologie und soziale Gerechtigkeit nicht mehr gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Wir wollen eine soziale und ökologische Wirtschaftsverfassung. Nur wer ökologisch produziert, produziert auch ökonomisch richtig.

Dazu brauchen wir mehr Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft. Gerechtigkeit bei der Teilhabe der Menschen am Wohlstand unserer Gesellschaft und Gerechtigkeit beim Zugang und dem Erwerb von Bildungschancen.

Nach zehn Jahren konservativer Regierung braucht das Saarland dringend den Wechsel.

Die mit absoluter Mehrheit regierende CDU ist verbraucht, sie bedrückt die Menschen durch rücksichtslose Machtausübung, missachtet Bürgervoten und verhält sich obrigkeitsstaatlich.

Die Wirtschaftsdaten des Landes sind schlecht, eine Wende in der Energiepolitik ist nicht in Sicht, und die Bildungschancen der Kinder und Jugendlichen sind durch eine rigide Auslesepolitik an den Schulen und Hochschulen verringert worden. Die Angebote für Bildung und Betreuung von Kleinkindern im vorschulischen Bereich sind immer noch völlig unzureichend, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist nicht gewährleistet. Es fehlen Krippenplätze, ganztägige Kitaplätze und echte Ganztagschulen.

Wir GRÜNE wollen das ändern. Wir sagen: Es ist Zeit für Veränderung in diesem Land, insbesondere Zeit für Verbesserungen im Bereich des Umwelt- Natur- und Tierschutzes. Anstelle eines von der Landesregierung verabschiedeten Naturnutzgesetzes brauchen wir ein echtes Naturschutzgesetz.

Dies gilt ebenso für den Tierschutz. Tierschutzverbände brauchen ein Verbandsklagerecht, damit unseren Tieren zukünftig in rechtlichen Auseinandersetzungen auch eine eigene Stimme gegeben wird.

Wir wollen dafür sorgen, dass alle Menschen einen Zugang zu gesunden Lebensmitteln haben - wenn möglich aus der Region. Die Gesundheit des Menschen muss Vorrang vor reinen Profitinteressen haben. Wir wollen ein gentechnikfreies Saarland, einen besseren Verbraucherschutz sowie eine stärker ökologisch orientierte Landwirtschaft. Auch im Bereich des Gesundheitsschutzes muss mehr im Saarland getan werden. Wir wollen die Gesundheitsprävention und die Umweltmedizin ausbauen und fordern einen wirklichen Nichtraucherschutz durch ein konsequentes Rauchverbot in öffentlichen Räumen und Gaststätten.

In der Verkehrspolitik ist das Saarland durch die CDU Landesregierung von einer positiven Entwicklung des öffentlichen Personen – und Nahverkehrs abgekoppelt worden. Deshalb wollen wir die Attraktivität des ÖPNV deutlich steigern und gleichzeitig die Rahmenbedingungen für Radfahrer und Fußgänger deutlich verbessern. Im Saarland ist es Zeit für eine Verkehrswende, Zeit für nachhaltige Mobilität durch einen echten Verkehrsverbund mit nutzerfreundlichen Preisen und einem integrierten gut vertakteten Beförderungsangebot für jung und alt.

Die Politik der Konservativen während der vergangenen zehn Jahre hat die soziale Spaltung des Landes vertieft. Unsere Grünen Konzepte in der Bildungs- und Sozialpolitik werden dem entgegenwirken.

Wir stehen für mehr direkte Demokratie, wir wollen die Bürgerrechte durch die Ausweitung von Volks- und Bürgerbegehren stärken. Darüber hinaus streiten wir für eine weltoffene und tolerante Gesellschaft. Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus werden wir entschieden bekämpfen.

Wir Grüne wollen dem Saarland eine bessere Zukunft bieten.

Dazu ist es erforderlich die CDU-Regierung abzulösen. Mit unserem grünen Programm setzen wir entscheidende Akzente für notwendige nachhaltige und zukunftssträchtige Veränderungen in unserem Land.

Natürlich sind wir auch an Ihren Rückmeldungen zu unserem Programm interessiert, ein Programm ist niemals abgeschlossen und unterliegt auch stets einem Veränderungsprozess, zu dem Sie gerne beitragen können.

I

Zeit für neue Energien

Die saarländische Landesregierung und die Energiewirtschaft haben in der Vergangenheit weder Bestrebungen erkennen lassen, auch nur die von der Bundesregierung angestrebten Klimaziele zu erreichen, noch waren sie in der Lage, eine Energiepolitik nach den Kriterien der Nachhaltigkeit, der Dezentralität und der ökonomischen Vernunft zu bewerkstelligen.

Das Saarland ist eines von vier Bundesländern, die weder über festgelegte Klimaschutzziele, noch über Klima- bzw. Energieberichte verfügen, von zukunftsfähigen Strategien oder Konzepten zum Ausbau und zur Förderung regenerativer Energien ganz zu schweigen.

Im Bundesvergleich schneidet das Saarland in fast allen ökologisch ausgerichteten Parametern der Energiepolitik sehr schlecht ab. Ein äußerst niedriger Einsatz von regenerativen Energien geht einher mit hohen Emissionen des Treibhausgases CO₂ und einem hohen Pro-Kopf-Verbrauch an Energie. Unter allen Bundesländern ist das Saarland dasjenige mit der größten Energieintensität – also mit dem höchsten Energieeinsatz in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP). Dabei sind die globalen Rahmenbedingungen auch für die saarländische Energiewirtschaft der Zukunft bereits heute in Grundzügen festgelegt. Steigende Preise für Rohstoffe und die Vorgaben des Klimaschutzes durch nationales oder internationales Recht werden einen erheblichen Einfluss auf Leistungs- und Herstellungsprozesse haben. Der Klimawandel ist ein weltweites Problem, welches insbesondere den Industrienationen eine besondere Verantwortung zuweist.

Ein Energiekonzept für das Saarland, das einen positiven Beitrag für den Klimaschutz leisten muss, ist ein kleiner Mosaikstein in einer integrierten Gesamtstrategie. Die saarländische Landesregierung ist nicht in der Lage, die regionalen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass das Land im zu erwartenden Wettbewerb der Zukunftsenergien gut aufgestellt ist. Die Energiepolitik der Vergangenheit hat gezeigt, dass die Landesregierung nicht imstande ist, ein nachhaltiges zukunftsweisendes Energiekonzept für das Saarland zu entwickeln und umzusetzen und dadurch eine ökologische und klimapolitische Verantwortung zu übernehmen.

Demzufolge hat die Energiepolitik der Landesregierung im vergangenen Jahr eine massive Zäsur erfahren. Gemeinsam mit einer Bürgerinitiative, viele weiteren engagierten Gruppen, sowie Bürgerinnen und Bürgern ist uns gelungen, den Bau eines 1.600 MW-Kohlekraftwerkes in Ensdorf zu verhindern. Diese Ablehnung und die massiven Proteste gegen den Kohleabbau zeigen, dass die bisherige Akzeptanz von Technologien, die Umwelt-, Gesundheits- und auch materielle Schäden hervorrufen, in der Bevölkerung deutlich gesunken ist. Zudem generieren diese alten Energietechniken keine neuen Arbeitsplätze – im Gegenteil: Sie verhindern die Entstehung neuer Arbeitsplätze im Handwerk und in mittelständischen Betrieben.

Die Ablehnung des Kraftwerksgiganten in Ensdorf hat aber auch einen anderen Zusammenhang aufgezeigt. Der Klimawandel schafft ein Klima des Wandels und die Mehrheit der Bevölkerung ist zu diesem Wandel bereit. Der Energiestandort Saarland mit seiner großen Tradition und Erfahrung im Bereich der Stromproduktion und –verteilung bietet dafür die besten Voraussetzungen. Die Politik muss dies als Chance für die überfällige Energiewende begreifen.

Wir wollen mit unserem Energiekonzept Möglichkeiten und Wege aufzeigen, den Energiestandort Saarland zukunftsfähig zu machen. Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes sollen mit bezahlbarer, sauberer Energie versorgt werden, wodurch auch neue zukunftsfähige Arbeitsplätze geschaffen werden.

Der Energiestandort Saarland mit seinen großen Stahlerzeugungskapazitäten, seiner Autoindustrie und der weiterverarbeitenden Industrie gehört zu den großen Energieproduzenten in Deutschland und exportiert über seinen eigenen Bedarf hinaus über ein Drittel bis zur Hälfte seiner Stromproduktion ins deutsche und europäische Netz. Der Anteil der Steinkohle an der Stromerzeugung beträgt dabei ca. 94 %, was einem Einsatz von rund 3,6 Millionen Tonnen pro Jahr und damit einer Produktion von jährlich rund 10 Millionen Tonnen klimaschädlichem CO₂ entspricht. Bis 2020 wird das Gros der meist veralteten Bestandskraftwerke vom Netz gehen, allein schon deshalb steht die saarländische Energiepolitik in den nächsten Jahren unter einem hohen Handlungsdruck.

KLIMASCHUTZ UND SCHADSTOFFBELASTUNG

Um die Klimaziele zu erreichen, müssen die Treibhausgasemissionen verringert werden. Dies geht maßgeblich über die Substitution des Verbrauchs fossiler Energieträger, eine Steigerung der Energieproduktivität und eine Einschränkung der Verkehrsbelastung.

Mit über 20 Tonnen CO₂ pro Jahr und Einwohner (bei ca. 1 Million Einwohnern entsprechend ca. 20 Millionen Tonnen/Jahr) schneidet das Saarland im Vergleich der Bundesländer extrem schlecht ab.

Der Vergleich mit anderen Bundesländern zeigt eindrucksvoll die immensen Einsparpotenziale für Treibhausgase im Saarland, auch wenn die derzeitige Landesregierung gerade diese Vergleichbarkeit zu verschleiern versucht.

Einen eher symbolischen Beitrag zur Energieerzeugung leisten hierzulande die sogenannten regenerativen Energien. Bundesweite Erhebungen und Vergleichszahlen sehen das Saarland mit 2,7 % (2005) auf dem vorletzten Platz aller Bundesländer, was die Abdeckung des primären Energieverbrauchs durch erneuerbare Energien betrifft. Im Bereich der Stromerzeugung sind es gerade mal 4,1 % (nach anderen Quellen 3,1 %) des Gesamtstromverbrauchs; 3,1 % des saarländischen Wärmebedarfs werden aus erneuerbaren Energien abgedeckt.

Die Sparten Wasserkraft und Geothermie treten kaum in Erscheinung, während ein größerer Beitrag nicht fossiler Energieerzeugung aus der Verbrennung von Müll und Abfällen stammt. Ausbaufähig erscheint im Saarland vor allem die Energieerzeugung aus Biomassen, Windkraft, Photo-Voltaik (PV) und Solarthermie. Mit 1.570 Sonnenstunden pro Jahr bietet das Saarland gute Voraussetzungen für die Nutzung der Sonnenenergie.

VERÄNDERUNG DER RAHMENBEDINGUNGEN

Für uns ist der Umbau der Energiewirtschaft im Saarland Teil des stets geforderten Strukturwandels. Das heißt: weg von monopolistischen, starken zentralisierten Systemen – hin zu einer dezentralen und tragfähigen Wirtschaftsstruktur.

Ein grünes Energiekonzept für das Saarland fordert deshalb neben technischen Innovationen und wirtschaftlichen Investitionen zunächst die Schaffung politisch und strukturell geeigneter Rahmenbedingungen. Die bisherigen saarländischen Landesregierungen haben in der Vergangenheit durch ihre absolute Kohle-Vorrang-Politik in vielerlei Weisen die Verbreitung der erneuerbaren Energien behindert oder durch Untätigkeit im Bereich der Landesplanung für Konflikte bei der Implementierung in die saarländische Energielandschaft gesorgt.

REKOMMUNALISIERUNG

Wie in anderen Bundesländern steht auch im Saarland die starke Zentralisierung der Energiewirtschaft einem Ausbau der regenerativen Energien entgegen. Die Energieversorgung der Zukunft wird wegen der auslaufenden Ressourcen jedoch nur in dezentralen Einheiten bewerkstelligt werden können. Für eine dezentrale, umweltfreundliche Energieversorgung ist eine Rekommunalisierung der Strom- bzw. Wärmeerzeugung sowie der lokalen Netze und Leitungen hilfreich, wobei im Erzeugungssektor auch neue, private Anbieter eine wichtige Rolle als Marktwettbewerber spielen sollen.

Die Schaffung von Nahwärmenetzen und kommunaler Stromerzeugung, aber auch der Rückkauf von Netzen und die Beteiligungen von Stadtwerken an Kraftwerken müssen über besondere Kredite finanziert und gefördert werden. Eine Rekommunalisierung macht die saarländischen Stadtwerke nicht nur handlungsfähiger in Marktaktivitäten und Preisgestaltung; sie bietet ein Mehr an Transparenz und demokratischer Mitbestimmung. Bürgerinnen und Bürger sollen sich darüber hinaus an ihrer Energieversorgung beteiligen können, beispielsweise in Form von „Bürgerkraftwerksbeteiligungen“.

Gleichzeitig fordern wir kommunale Klimaschutz-Manager, die bei der Umsetzung von Klimaschutzkonzepten koordinierende und beratende Funktion vor Ort übernehmen sollen.

AUSBAU VON FORSCHUNG UND WISSENSCHAFT

Wir wollen die saarländische Hochschullandschaft in den nächsten Jahren stärker auf Forschung und Entwicklung im Bereich der regenerativen Energien ausrichten. Daher ist es unabdingbar, die entsprechenden Forschungsgebiete etwa im Bereich der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW), der Universität oder aber von Instituten und Privatwirtschaft stärker als bisher finanziell zu fördern.

Wir fordern dazu insbesondere die Einrichtung eines Forschungsschwerpunktes „Energieeffizienz“, integrierte Mikrosysteme der Energieversorgung sowie eine Ausweitung der Grundlagenforschung und anwendungsnahen Energietechnik.

Des Weiteren fordern wir die Einrichtung eines Studienganges „Management erneuerbare Energien“. Das Ziel dieses Studienganges ist es, das Konzept der nachhaltigen Entwicklung mittels Innovation im Bereich „erneuerbare Energien“ unternehmerisch umzusetzen.

LANDESENTWICKLUNGSPLAN - ERNEUERBARE ENERGIEN

Seit Jahren schon verweisen wir auf eine dringend notwendige Vernetzung von Plan- und Arbeitsgrundlagen im Saarland. Wir wollen dazu als Rahmen einen „Landesentwicklungsplan (LEP) Saarland“ erstellen. Siedlungs- und Bevölkerungsentwicklung, Klimawandel, Ver- und Entsorgung, Verkehr, Infrastruktur sowie die Entwicklung von Natur und Landschaft sind Querschnittsaufgaben, die nicht unabhängig voneinander in verschiedenen Ministerien bearbeitet werden können.

Wir fordern einen integrierten LEP Energie Saarland, der der raumordnerischen Dimensionen dieses Themenfeldes gerecht wird. Darin festzuschreiben ist ein saarlandweiter Wärmetlas, Flächen für Wind- und Solarenergie, Anbauflächen für nachwachsende Rohstoffe, Konzeption von Nah- und Fernwärme sowie die Schaffung einer Energieagentur und Energieberatung. Dazu bietet sich das in Saarbrücken ansässige Institut für Zukunftssysteme (IZES) geradezu an. Wir wollen die Einrichtung einer Energieagentur auf Basis des IZES mit einer adäquaten Finanzausstattung und angemessenen Gestaltungsspielräumen.

FÖRDERUNG VON LANDESINITIATIVEN

Obwohl sämtliche Experten das regulierende und vor allem initiiierende Eingreifen der politischen Ebenen für unabdingbar halten, beschränkt sich die Politik der saarländischen Landesregierung mehr oder weniger auf die Rolle eines Zuschauers oder einer reinen Genehmigungsinstanz – wobei zukunftsfähige Vorhaben durch lange Genehmigungsverfahren behindert werden. Dabei ist der potenzielle Gestaltungsspielraum auch unter finanziellen Gesichtspunkten so eng nicht.

Als Beispiel seien genannt: die Schaffung von Flächenkatastern, die Initiierung von Dach- und Flächenbörsen, die Abnahme von Öko-Strom für die Verwaltung, energieeffiziente Bürogeräte usw.

Wir wollen eine Umstrukturierung des bisherigen Umweltministeriums in ein Ministerium für Umwelt, Energie, Verkehr und Klimaschutz mit einer effektiveren Abteilungsstruktur und einem auf Klimaschutz ausgerichteten Landesamt als Dienstleister anstelle einer reinen Aufsichts- und Genehmigungsbehörde.

Die Förderkulisse des Landes ist stark ausbaufähig. Die öffentlich propagierten Mittel, die das Land zur Verfügung stellt, sind völlig unzureichend, um die Klimaschutzziele auch nur annähernd zu erreichen.

SZENARIO 2020

Das Szenario 2020 zu den Zielen Grüner Energiepolitik im Saarland beinhaltet neben den Erfordernissen des Klima- und Umweltschutzes auch die Sicherstellung der Versorgung mit bezahlbarer und sauberer Energie und die Schaffung von Arbeitsplätzen im Zuge des Strukturwandels.

Politik der drei E: EnergieEinsparung – EnergieEffizienz - ErneuerbareEnergien

Nach Schätzungen existiert im Saarland im privaten Bereich ein Sanierungsbedarf in Höhe von 5 Milliarden Euro, um die vorhandenen Energieeinsparpotenziale zu nutzen. Ein erhebliches Potenzial zur Effizienzsteigerung und Umweltverbesserung liegt in der Einführung transparenter, zeitvariabler Tarife und einer intelligenten Vernetzung der Erzeuger und Nachfrager. Sie ermöglichen, u.a. den Energieverbrauch in Zeiten zu verlagern, zu denen vermehrt regenerative Energien – in Abhängigkeit von Windstärke und Sonneneinstrahlung – zur Verfügung stehen. Das Einsparpotenzial beläuft sich auf 5 bis 10% des Stromverbrauchs privater Haushalte insgesamt und damit auf 5 bis 10 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen. Ähnliche Aussagen lassen sich für den Bereich kleiner und mittlerer Unternehmen machen.

Stromerzeugung

Die derzeit im Saarland installierte Stromerzeugungsleistung beläuft sich auf ca. 2.400 MW, wovon ein Drittel dem Export ins nationale oder internationale Netz dient. Experten gehen davon aus, dass in absehbarer Zeit der Status des Landes als Energieexporteur durch eine europäische Gesamtkonzeption aufgeweicht wird.

Wir treten dafür ein, den verbleibenden mittelfristigen Bedarf an konventioneller Stromerzeugung vorrangig durch moderne Gaskraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) zu decken. Als Brückentechnologie sind diese Kraftwerke noch unverzichtbar. Unter allen Fossilienstromerzeugungsoptionen verursacht Erdgas die geringsten Schäden. Moderne Gas- und Dampf-Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen weisen einen „Brennstoffwirkungsgrad“ – thermisch und elektrisch – von 80 bis 90% auf. Wir wollen aber auch den Beitrag erneuerbare Energien auf über 30% steigern, nicht zuletzt um das Saarland selbst als Energiestandort zu sichern. Nicht eingerechnet in dieses Szenario sind die schon bestehenden Kapazitäten im Bereich von Gruben- oder Gichtgasen, der Müll- und Abfallverbrennung sowie des Repowerings, die den Anteil der nicht Fossilenergieerzeuger weiter erhöhen werden.

Grundsätzlich ist der Einsatz erneuerbarer Energien mit der Vorschriften und Ansprüchen eines Natur- und Landschaftsschutzgebietes abzugleichen.

Photovoltaik

Für die Produktion von 250 bis 300 MW Solarstrom reichen die im Saarland nutzbaren Dachflächen nicht aus – auch wenn man unterstellt, dass der technische Fortschritt bei Solarzellen der nächsten Generation höhere Ausbeuten ermöglicht. Im vorgesehenen Landesentwicklungsplan Energie sind in Frage kommende Flächen auszuweisen, wobei zunächst versiegelte Areale und Konventionsflächen aus wirtschaftlicher Nutzung zu bevorzugen sind. Im derzeit gültigen Landesentwicklungsplan Umwelt sind allein 1.975 ha Vorrangflächen für Gewerbe und Gebiete ausgewiesen, für die es derzeit keine Nutzungsoptionen gibt.

Biomasse

Bei der energetischen Nutzung der Biomasse hat das Saarland ein erhebliches Potenzial im Bereich Verwertung von Bioabfall. Nach Berechnung des IZES-Institutes (Institut für Zukunfts-Energie-Systeme) gibt es für den Bereich der Biomasse etwa ein Potenzial von 7% des saarländischen Primärbedarfs, wobei die größten Ressourcen naturgemäß im ländlichen Raum abseits der Saarschiene liegen.

Bioabfallfasserfassung und -verwertung fristen bislang ein Schattendasein und wurden nie ernsthaft betrieben. Der EVS (Entsorgungsverband Saar) sieht die Bioabfallfasserfassung als abfallrechtliche Verpflichtung und kümmert sich zu wenig um die Wertschöpfungsmöglichkeiten. Angesichts nicht unendlich vermehrbare Flächenpotenziale zur Gewinnung von Biomasse aus der Land- und Forstwirtschaft muss hier eine dezidierte Strategie entwickelt werden.

Windkraft

Windkraftanlagen (WKA) sind (wie große Solarstromanlagen) raumwirksam. In windhöffigen Gebieten ist ihr Einsatz sinnvoll. Im Saarland bietet beispielsweise der Norden mit seinen Gipfelflagen über 400 Meter solche Voraussetzungen. Dabei sollten nur Anlagen zum Einsatz kommen, die dem Stand der Technik entsprechen. Windräder mit (mindestens) 5 MW werden im Jahr 2020 üblich sein. Zum einen sind die beweglichen Massen so groß, dass auch kürzere Windspitzen oder -flauten einfach „ignoriert“ werden. Außerdem sind die künftigen Windanlagen noch stärker in den Netzbetrieb zu integrieren. Der damit verbundene Regelaufwand ist für Großanlagen sinnvoller. Wir wollen den von der Fachwelt bevorzugten Mindestabstand von ca. 500 Metern zu Wohnanlagen erhalten. Demzufolge ist auch für diese erneuerbare Energieerzeugung der ländliche Raum vorzuziehen. Im aktuellen Landesentwicklungsplan Umwelt wurden Vorrangflächen für Windkraft ausgewiesen, die nicht mit dem Naturschutz abgeglichen sind. Dies wollen wir ändern.

Wir können somit bis zum Jahr 2020 einen Ausbau der regenerativen Stromerzeugungskapazität auf etwa das 6-fache gegenüber dem Jahr 2008 erreichen – und dies allein aus Photovoltaik, Biomasse und Windkraft.

Wärme

Im Bestand wird der Fernwärmeschiene für eine Übergangsphase weiterhin eine wichtige Rolle bei der Abwärmennutzung von Kraftwerken und vor allem der Industrie zukommen. In unserem Grünen Energiekonzept soll, ähnlich wie bei der Stromerzeugung, eine Substitution durch Gaskraftwerke mit KWK-Technik und großem Wirkungsgrad erfolgen.

Unter den erneuerbaren Energien bietet die Biomasse-Nutzung ein erhebliches Potenzial zum Ausbau von Nahwärmenetzen und Nahwärmeinseln, die gegenüber den industriellen Großlösungen erhebliche Vorteile aufweisen. Nah- und Fernwärmeanlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) aus Block-Heiz-Kraftwerken (BHKW) auf Biomasse-Basis sind flexibel handhabbar, z.B. als transportierbare Einheiten. Sie verbrennen CO₂-neutral und bieten zudem Einkommensmöglichkeiten in der Land- und Forstwirtschaft.

Weitere große Potenziale liegen in einer ausgereiften Solarthermietechnik sowie in den Einsparpotenzialen, die vor allem im Bereich der Wärmedämmung und des Baus von Niedrigenergiehäusern und -wohnungen liegen.

Bioenergiedörfer und integrierte Mikrosysteme der Versorgung

Wir wollen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten die Konzepte zum Ausbau von autarken Energiedörfern vorantreiben. Solche Konzepte beruhen bislang lediglich auf privater Basis und müssen von landespolitischer Seite zukünftig massiv unterstützt werden. Auch hier bietet sich eine enge Zusammenarbeit mit dem IZES an, damit dezentrale Konzepte wie Nahwärmeinseln oder effiziente Kombi-Kraftwerke realisiert werden können. Einer Vereinzelung oder gar Zufälligkeit solcher Energie-Initiativen muss durch eine strukturierte Planung entgegenge-wirkt werden.

Auch die intelligente Stromverteilung durch virtuelle Kraftwerke, die ziel- und punktgenau Strombedarfe und –verbrauche steuern können, gehört auf die Agenda einer zukünftigen Energiepolitik.

Die Struktur einer zukünftigen Stromversorgung – auch über 2020 hinaus – lässt sich nicht in Details vorherbe-stimmen. Wir gehen aber davon aus, dass sich das heutige, zentralistische System überlebt hat. Die technischen Optionen für ein zukünftiges dezentrales System bestehen bereits heute. Ein solches System umfasst eine Viel-zahl kleiner und mittelgroßer Anlagen, von hocheffizienten Anlagen mit Gas und Dampf-Kraft-Wärme-Kopplung bis zu regenerativen Erzeugern, die mit der Nachfrage-Seite über ein intelligentes Steuerungssystem vernetzt sind. Nur auf diesem Weg sind die Klima-Ziele, die sich Deutschland gesetzt hat, zu erreichen.

Klima-Neutralität

Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung wird der Klimawandel in Deutschland bis zum Jahre 2050 Kosten von ungefähr 800 Milliarden verursachen. Davon entfallen auf das Saarland bis zu 19 Mil-liarden Euro. Gleichzeitig warnt das Institut vor den Folgen für die Energieversorgung. Kohle- und Atomkraftwerke seien wegen der zu erwartenden Trockenperioden häufig abzuschalten, schwere Schäden in Landwirtschaft und Infrastruktur seien zu erwarten.

Insgesamt gesehen können nur ein wirksamer Klimaschutz und eine klimaneutrale Energieerzeugung die „schlimmsten Entwicklungen“ hindern. Sind pro Jahr Schäden von 0,5% des Bruttosozialproduktes zu erwarten, kommt nach Berechnung des Instituts ein effizienter Klimaschutz mit 0,1 % deutlich billiger.

Für uns bedeutet dies, dass über das Jahr 2020 hinaus weitere Schritte in Richtung Klimaneutralität unternom-men werden müssen, um sowohl einem ökologischen als auch einem ökonomischen Kollaps entgegenzuwirken. Unser Ziel ist es, die CO₂-Freisetzung in der Stromerzeugung bis 2020 um 44 % gegenüber 1990 zu senken und zugleich die Voraussetzungen für eine Verringerung der CO₂-Emissionen um mindestens 80% bis 2050 zu schaffen.

Kein weiterer Kohleabbau – Schutz von Eigentum und Gesundheit

Für das Saarland steht das Ende des Steinkohlenbergbaus im Jahr 2012 fest. Trotzdem wird immer noch suggeriert, dass der Steinkohlenbergbau zumindest kurz- bis mittelfristig energie- und beschäftigungspolitisch notwendig sei. Das Gegenteil ist der Fall. Eine Sicherung der künftigen Energieversorgung des Landes erfordert den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Nutzung der klimaschädlichen Steinkohle. Nur wenn das Saarland auf Effizienz, Einsparung und erneuerbare Energien setzt, ist es für die Zukunft gerüstet. Auch mit dem Argument der Sozialverträglichkeit lässt sich der neu geplante Abbau von Kohle nicht sinnvoll begründen. Die Sozialverträglichkeit des Ausstiegs lässt sich auch auf anderem Wege sichern. Frei werdende Mittel sollen direkt den betroffenen Beschäftigten zukommen. Die Genehmigung weiterer Felder dagegen weckt Hoffnungen auf eine Fortsetzung der Förderung in diesem Land und geht auf Kosten der Zukunftschancen aller Saarländerinnen und Saarländer.

Wir wollen keinen weiteren Kohleabbau im Saarland. Dies gilt insbesondere für den gerade beantragten Abbau im Flöz Wahlschied Ost.

Auch für diesen Bereich können Gefahren für Leben, Gesundheit und Eigentum der Anlieger nicht ausgeschlossen werden.

Wir werden dafür sorgen, dass die RAG die berechtigten Ansprüche der Bergbaubetroffenen unverzüglich, unbürokratisch und nachweislich ausgleicht, einschließlich des merkantilen Minderwertes. Dazu gehören auch Schadensregulierungen durch einen unabhängigen Gutachter und die Beweislastumkehr bei den Schadensregulierungen.

Wir wollen, dass die Bergbaubetroffenen in alle Prozesse, die das Auslaufen des Steinkohlebergbaus berühren, einbezogen und demzufolge mit den einschlägigen Informationen versehen werden.

Die Landesregierung hat einen Landesentwicklungsplan Energie vorzulegen, der die zukünftige Energieversorgung auf nachhaltige, klimaverträgliche Weise sicherstellt.

Die Landesregierung hat es versäumt, ihren Einfluss bei der DSK geltend zu machen, um diese im Vorfeld davon abzuhalten, neue Flöze im Saarland erschließen zu wollen. So wäre auch das aktuelle Genehmigungsverfahren für Wahlschied Ost hinfällig gewesen.

Die Steinkohle geht – Die Kompetenz bleibt

Wir stehen zum Energiestandort Saar. Nicht die Frage, ob Energie erzeugt wird, sondern wie sie erzeugt und verteilt wird, ist Gegenstand der Betrachtung und Lösungsansatz für die Zukunft.

Im Bereich der erneuerbaren Energien wird die Zukunft liegen, nicht mehr in der Fixierung auf fossile Energieträger. Allein die enormen Preissteigerungen im Bereich von Öl und Kohle werden regenerativen Strom bald wettbewerbsfähig machen. Spätestens nach dem Ende des Saar-Bergbaus fällt das Argument von der Sicherung heimischer Arbeitsplätze durch die Verbrennung fossiler Energieträger weg. Hinzu kommt die zu erwartende Unrentabilität konventioneller Kohle-Kraftwerke ab dem Jahr 2013, wenn die erste Versteigerung von CO₂-Zertifikaten direkt den Kohle-Strom verteuert.

Eine vom Bundesumweltministerium in Auftrag gegebene Studie zeigt, dass im Jahre 2006 bundesweit 35.000 Beschäftigte im Bereich der regenerativen Energien arbeiteten, was eine Steigerung von fast 50% zum Vergleichsjahr 2004 bedeutet. Insbesondere die saarländische Bauwirtschaft und der saarländische Mittelstand werden vom Boom der erneuerbaren Energien und vom energetischen Sanierungsbedarf profitieren. Etwa 220.000 Arbeitsplätze werden nach Analyse des Bremer Energie-Instituts jährlich aufgrund der geförderten Investitionen in der mittelständischen Bauwirtschaft und im Handwerk in Deutschland gesichert oder geschaffen. Die Nachfrage nach energieeffizienten Neubauten ist im Gegensatz zum allgemein rückläufigen Wohnungsneubau stabil geblieben. Die Förderprogramme haben nicht nur positive Auswirkungen auf das Klima, sondern auch auf den Arbeitsmarkt.

Der Bereich der erneuerbaren Energien generiert bundesweit mehr Arbeitsplätze als Kohle- und Atomstromproduktion zusammen. Obwohl die regionsbezogene Datenlage über den Beschäftigungssektor erneuerbarer Energien dürftig ist, kann davon ausgegangen werden, dass das Saarland im bundesweiten Vergleich einen der hinteren Plätze einnimmt, zumindest was Arbeitsplätze im Betrieb und der Wartung regenerativer Produktionsanlagen betrifft. Große Potenziale liegen daher sowohl im Bereich der direkten Beschäftigung, aber auch in der Produktion von Anlagen, Systemen und Bauteilen.

Wie sehr im produzierenden Bereich die Saarwirtschaft heute schon profitiert, kann unschwer am Beispiel der Dillinger Hütte gezeigt werden, die Stahl für die Windkraftanlagen im derzeit größten Offshore-Windpark der Welt (hornRev) vor der dänischen Nordseeküste herstellt.

Nicht nur den derzeit 3.500 Beschäftigten der saarländischen Energiewirtschaft können über eine gezielte Vorrangpolitik mittel- und langfristig die Arbeitsplätze gesichert werden. Auch Handwerk, Anlagenbau und

Dienstleistungssektor werden durch entsprechende Investitionen profitieren, neue Arbeitsplätze schaffen und damit einen erheblichen Beitrag zum Strukturwandel des Landes leisten.

Dabei kommt dem Energiestandort Saarland auch weiterhin das große, über Generationen erworbene Know-How im Bereich der Energieproduktion und Energieverteilung zugute.

II

Zeit für Bildungsgerechtigkeit

Die Zukunft unserer Gesellschaft hängt in hohem Maße von einer umfassenden Bildung ab. Wirtschaft, Kultur und Sozialstaat werden sich nur dann weiter entwickeln können, wenn alle Menschen ihre Bildungspotenziale optimal entfalten können. Unsere Gesellschaft muss sich darüber klar werden, dass sie nur dann eine Zukunftschance hat, wenn sie in bestmögliche Bildung investiert.

Bildung ist ein komplexer, individueller, sozialer und gesellschaftlich eingebundener Prozess. Bildung eröffnet den Zugang zur Welt. Sie bedeutet Entwicklung der Persönlichkeit, der Eigenheit, der Identität. Bildung versetzt Menschen in die Lage, miteinander zu kommunizieren und sich in der Gesellschaft zu bewegen. Bildung hat nicht nur allein die Aufgabe, den Menschen das sich ständig und rapide anwachsende Wissen zu vermitteln. Sie muss besonders für Orientierung des einzelnen Menschen in der Fülle der Informationen sorgen. Durch Bildung eröffnet sich der Einzelne Zugangschancen zu Arbeit und Beruf. So ist Bildung auch eine „soziale Frage“. Als gesellschaftliches Gut bedeutet Bildung Gestaltung, nicht nur Gestaltung des eigenen Lebens, sondern auch Gestaltung der Umwelt und der Gesellschaft. Dabei hat die Bildung für eine nachhaltige Entwicklung eine Schlüsselfunktion für die politische Gestaltung des Globalisierungsprozesses und einer zukunftsfähigen Gesellschaft. Wir wollen Bildung für eine nachhaltige Entwicklung (BNE) auf der Grundlage der UN-Dekade 2005 bis 2014 zu einer Querschnittsaufgabe in der gesamten Bildungskette machen.

Bildung und Wissen entscheiden grundlegend über die Chancen, die junge Menschen in unserer Gesellschaft erhalten. Bildung entscheidet über beruflichen Erfolg, über die Möglichkeit, selbstbestimmt zu leben und am gesellschaftlichen Wohlstand teilzuhaben. Die umfassende Bildung aller Menschen ist eine Voraussetzung für die demokratische, ökologische, ökonomische, soziale und kulturelle Entwicklung unserer Gesellschaft. Die Teilhabe an Bildung ist eine Frage der Gerechtigkeit. Der Staat hat sicherzustellen, dass alle Kinder und Jugendlichen ihr Recht auf Bildung und Ausbildung wahrnehmen können und jeder gemäß seinen Fähigkeiten und Leistungen einen optimalen Bildungsabschluss erreichen kann.

Internationale Schulleistungsstudien haben bestätigt, dass unser Bildungssystem große Defizite hat. Dies gilt insbesondere für die Bereiche Leistung und Qualität sowie für den chancengerechten Zugang zu Bildung. In keinem anderen Land spielt die soziale Herkunft für den zukünftigen Bildungsabschluss eine so große Rolle wie in Deutschland. Deutschland spielt in der internationalen Bildungsliga nur in der zweiten Klasse, das Saarland steht in dieser zweiten Klasse auf einem Abstiegsplatz.

Die Bildungspolitik der CDU Landesregierung hat in den vergangenen Jahren dazu beigetragen, die soziale Spaltung der Gesellschaft durch ungleiche Bildungschancen, ein rigides Auslesesystem in den Schulen und die Einführung von Gebühren für die Hochschulbildung voranzutreiben. Seit der Regierungsübernahme durch die CDU ist kein anderer Politikbereich dermaßen vernachlässigt worden wie die Bildungspolitik. Das Saarland investiert im Vergleich zu den anderen Bundesländern nur unterdurchschnittliche Finanzmittel in seine Bildungseinrichtungen. Bei den Ausgaben pro Schülerinnen und Schüler liegt das Saarland im Ländervergleich ganz unten. Der Anteil der Bildungsausgaben am Gesamthaushalt des Saarlandes, die eigentlich als Investitionsmittel einzustellen sind, ist seit 1999 bis heute nicht erhöht worden.

Wir wollen einen Kurswechsel in der saarländischen Bildungspolitik.

Es ist dringend erforderlich, wieder mehr in Bildung zu investieren. Das gilt gleichermaßen für die frühkindliche Bildung, die Schulen und die Hochschulen. Deshalb müssen die Bildungsinvestitionen in den nächsten Jahren bis auf eine Quote von 30% des Gesamtetats angehoben werden. Dabei muss auch die demographische Entwicklung eingerechnet werden, wodurch die durch den Geburtenrückgang frei werdenden Ressourcen im Bildungssystem verbleiben und für die notwendigen Verbesserungen des Systems verbindlich genutzt werden.

Wir wollen die gesamte Bildungskette neu aufstellen, von den Kindertagesstätten über die Schulen und Hochschulen bis zur Weiterbildung der Erwachsenen.

FRÜHKINDLICHE BILDUNG VERBESSERN

Der Schlüssel für lebenslanges Lernen liegt in der frühen Kindheit. Bereits vor dem Eintritt in die Schule werden wichtige Weichen für die Zukunft gestellt. Wir wollen den „Schatz der frühen Kindheit“ heben und den Bildungs- und Erziehungsauftrag des Kindergartens bzw. der Kindertagesstätte aufwerten. Unabhängig von der sozialen Lage der Eltern sollen schon die Kleinsten gleiche Startchancen im frühkindlichen Bildungssystem erhalten. Dazu muss das Angebot von Ganztagsplätzen ausgebaut werden. Ebenso sollen Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf einen ganztägigen Betreuungsplatz erhalten. Perspektivisch muss auch die Bildung in den frühkindlichen Einrichtungen gebührenfrei sein.

Weitere notwendige Maßnahmen:

- flächendeckende Sprachförderung für alle Kinder,
- Einrichtung von zweisprachigen Kindertagesstätten,
- Ausbau der Kindertagesstätten zu Familienzentren,
- Aus- und Weiterbildung des pädagogischen Personals auf Fachhochschulniveau,
- Kooperation der Grundschullehrkräfte mit den Kindertagesstätten im Alltag und in der pädagogischen Ausbildung,
- Gestaltung einer flexiblen Schuleingangsphase beim Übergang zwischen den Bildungseinrichtungen.

DIE GRUNDSCHULE IST DIE WICHTIGSTE SCHULE

Die Grundschule ist das wichtigste Fundament für erfolgreiches Lernen und die weitere schulische Laufbahn. Die Grundschule ist eine gemeinsame Schule für alle und bringt laut internationalen Leistungsstudien gute Lernergebnisse. Unter dem Vorwand, die Qualität an den saarländischen Grundschulen verbessern zu wollen, hat die CDU Landesregierung durch Änderung des Schulordnungsgesetzes, wonach es keine einzügigen Schulen mehr geben darf, 109 Grundschulen geschlossen. Die Folgen davon sind neben dem Verlust von kulturellen Zentren in den Gemeinden erhöhte Schülertransporte, Einsparung von Lehrerstellen und größere Klassen. Seit Regierungsübernahme durch die CDU sind über 400 Lehrerstellen eingespart worden, der Klassenteiler von 27 auf 29 Kinder erhöht und die Sprachförderstunden um rund ein Drittel gekürzt worden.

Wir wollen die Grundschule mit mehr Mitteln ausstatten und die zurückgehenden Schülerzahlen nicht für Kürzungen, sondern für Investitionen in die Grundschulen nutzen. Dazu wollen wir den Klassenteiler schrittweise absenken, der idealerweise bei 20 Kindern in der Grundschule liegen soll. Um weitere Schulschließungen zu verhindern, werden wir wieder die rechtliche Möglichkeit der einzügigen Grundschule schaffen. Eltern sollen zudem die Möglichkeit haben, zwischen freiwilliger und verbindlicher Ganztagsgrundschule zu wählen, die beide gebührenfrei sind. Zur Einrichtung von verbindlichen Ganztagsgrundschulen werden wir einen flächendeckenden Stufenplan vorlegen.

Weitere Maßnahmen:

- Kooperation zwischen Grundschule und Kindergarten,
- Fortsetzung der Sprachfördermaßnahmen vor der Schule,
- Entlastung der Schulleiter/innen,
- Senkung der Unterrichtsverpflichtung der Grundschullehrkräfte,
- Ausbau der sonderpädagogischen Förderung,
- Ausbau der Schulsozialarbeit,
- Abschaffung der verbindlichen Schullaufbahnpflichtung,
- Kooperation zwischen Grundschule und weiterführender Schule (Eingangsphase).

LÄNGERES GEMEINSAMES LERNEN – EINE SCHULE FÜR ALLE

PISA (Programme for International Student) hat bewiesen, dass die Schulform bezogene Sortierung der Schülerinnen und Schüler weder leistungs- noch begabungsgerecht ist. IGLU (Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung) hat bewiesen, dass gemeinsames Lernen und individuelle Förderung in heterogenen Gruppen Leistung und Erfolg bringen. Wissenschaftlich erwiesen ist, dass es keine sichere Schullaufbahnpflichtung nach der vierten Grundschulklasse gibt. Im Gegenteil, fast 50% der Prognosen sind falsch und zudem erfolgt die Auslese nicht nur nach kognitivem Leistungsvermögen, sondern stets auch nach sozialer Herkunft. Die CDU Landesregierung hält nach wie vor am frühen Ausleseprinzip am Ende der vierten Grundschulklasse und somit am gegliederten Schulsystem fest, obwohl längst wissenschaftlich und im internationalen Vergleich die Leistungsunterlegenheit und negative soziale Funktion dieses Systems belegt sind. Die Kinder heutzutage nach Begabung – hier theoretisch dort praktisch – auf zugeordnete (niedere und höhere) Schulformen zu verteilen, widerspricht allen pädagogischen Erkenntnissen und Ansprüchen der Arbeits- und Berufswelt.

Wir wollen das Schulsystem im Saarland gerechter machen und an internationalen Standards der PISA Gewinnerländer ausrichten. Wir wollen einen schrittweisen Umbau des gegliederten Schulsystems in ein integriertes/inklusives Schulsystem mit dem Ziel, bis zum 9. Schuljahr „Eine Schule für alle“ einzurichten. Durch längeres gemeinsames Lernen und individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler wollen wir bessere Leistungen und mehr soziale Gerechtigkeit im Schulsystem erreichen. Nach dem 9. Schuljahr erfolgt eine Aufteilung der Schülerinnen und Schüler auf ein allgemeinbildendes Gymnasium oder einen berufsbildenden Zweig mit dualem System und beruflichem Gymnasium. Sowohl über den gymnasialen als auch über den beruflichen Weg kann eine Hochschulreife erworben werden.

Zur Umsetzung einer solchen Schulreform ist eine Verfassungsänderung erforderlich, da dort die bestehenden Schulformen eine Bestandsgarantie haben. Kommt eine Verfassungsänderung nicht zustande, wollen wir im Rahmen der bestehenden Schulformen eine Schulentwicklungsplanung einleiten, die gleichermaßen die demographische Entwicklung, das wohnortnahe Bildungsangebot, das Schulwahlverhalten der Eltern, die Integration aller Bildungsgänge und die soziale Funktion des Schulsystems berücksichtigt. Angesichts der dauerhaften Elternnachfrage nach Gesamtschulplätzen wollen wir den flächendeckenden Ausbau des Gesamtschulsystems mit dem Abitur nach 9 Jahren als Alternative zum G8 Gymnasium. Wir brauchen eine nachhaltige Schulentwicklungsplanung, in die auch die Erweiterten Realschulen, Förderschulen und Gymnasien einbezogen werden müssen. Der landesweite Schulversuch an den Erweiterten Realschulen für mehr Durchlässigkeit der Bildungsgänge orientiert sich zaghaft am integrierten System der Gesamtschulen. Dies wollen wir zügig weiterentwickeln. Richtungsweisend ist dabei das deutsch-luxemburgische Schengen-Lyzeum in Perl, das als echte Ganztagschule alle Elemente eines integrierten Schulsystems enthält.

Die CDU-Landesregierung hat die Schulzeitverkürzung am Gymnasium G8 ohne Vorlauf- und Erprobungszeit und ohne die notwendigen pädagogischen, organisatorischen und räumlichen Voraussetzungen eingeführt. Dies hat zu einer unverantwortlichen Überlastung vieler Schülerinnen und Schüler an den Gymnasien geführt. Eltern klagen über Freizeitverlust und eine Zunahme von Stress und gesundheitlichen Belastungen ihrer Kinder. Nach Einführung des G8 ist die Zahl der Nachhilfeeinrichtungen im Saarland um 30% angestiegen.

Wir wollen G8 reformieren. Anstatt die Lernzeit der Schülerinnen und Schüler in der Unter- und Mittelstufe zu verkürzen, müssen Wahlmöglichkeiten zwischen G8 und G9 in der Oberstufe geschaffen werden. Das Gymnasium ist strukturell und pädagogisch so umzugestalten, dass die Überforderung der Schülerinnen und Schüler beendet, die Lernfreude wieder geweckt, die Lernergebnisse verbessert und eine individuelle Förderung ermöglicht wird. Das geht am besten in echten Ganztagschulen.

Weiterhin verzichtet das Gymnasium bis zum 7. Schuljahr auf ein „Abschulen“ und „Sitzenbleiben“ der Schülerinnen und Schüler. Auf der Grundlage einer angemessenen Personalausstattung und eines eigenständigen Schulkonzeptes wird stattdessen ein differenziertes Fördersystem eingeführt.

Gymnasien und Gesamtschulen sollen nach einem Stufenplan in echte Ganztagschulen umgewandelt werden. An allen weiterführenden Schulen werden behinderte Kinder integrativ unterrichtet. Schulen für Behinderte/ Förderschulen, insbesondere für Lernbehinderte, werden infolge des Ausbaus von Integrationsmaßnahmen in Regelschulen überflüssig. Perspektivisch wollen wir an jeder größeren weiterführenden Schule mindestens einen Schulsozialarbeiter/in einsetzen, um die Schulen in ihrer erzieherischen Arbeit zu unterstützen.

Unser Ziel ist die Einrichtung eines inklusiven Bildungssystems gemäß Artikel 24 der UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen („inclusive education system“). Der Bundestag hat die Ratifizierung am 04.12.2008 vorgenommen, nach Zustimmung des Bundesrates ist es seit dem 01. Januar 2009 in Kraft. Wir wollen im Saarland die gesetzlichen Voraussetzungen zur Umsetzung der UN-Konvention schaffen mit dem Ziel, das Recht auf ungehinderten Zugang zum allgemeinen Bildungssystem für Kinder und Jugendliche mit Behinderung und besonderen Bedürfnissen beim Lernen zu sichern und ihnen damit eine gleichberechtigte Teilhabe an Bildung und am Leben in der Gesellschaft ermöglichen.

Wir wollen das reformierte Schulsystem schrittweise auf der Zeitachse von 10 Jahren umsetzen. Dabei sollen die Schulen ein Höchstmaß an Selbstständigkeit und Eigenverantwortung erhalten.

SCHULE IST MEHR ALS UNTERRICHT – MEHR ECHE GANZTAGSSCHULEN

Das Modell der freiwilligen Ganztagschule der CDU Landesregierung erfüllt nicht die Voraussetzungen für ein zukunftsfähiges, qualitativ hochwertiges Schulmodell. Im Vordergrund steht der Betreuungsaspekt im Sinne einer Versorgung der Schülerinnen und Schüler am Nachmittag ohne Anspruch auf ein hinreichendes Maß an Bildungsqualität. Dazu werden die Eltern noch mit erheblichen Gebühren belastet.

Wir wollen das Angebot an echten qualitätsvollen Ganztagschulen im Saarland deutlich ausweiten, zumal das Saarland im Bundesländervergleich bei der Versorgung mit verbindlichen Ganztagschulen auf einem der letzten Rangplätze steht.

Wir wollen Ganztagschulen, die den Namen auch verdienen, die Häuser des Lebens und Lernens sind, in denen sich die Kinder wohlfühlen, die die Eltern von Hausaufgabenbetreuung und Nachhilfe entlasten und die eine bessere und verlässliche Vereinbarung von Familie und Beruf gewährleisten. Wir wollen eine gebührenfreie Ganztagschule, um mehr Chancengleichheit insbesondere für Einkommensschwache und Migrantenfamilien zu gewährleisten. Wir wollen, dass die Eltern eine Wahlfreiheit haben zwischen einer Halbtagschule und einer Ganztagschule. In jedem Schulbezirk, Landkreis und Regionalverband müssen so viele verbindliche Ganztagschulen eingerichtet werden, dass alle Eltern, die dies wünschen, ihre Kinder auf eine solche Schule schicken können.

Wir wollen eine Schule, die mehr ist als Unterricht. Deshalb dürfen Ganztagschulen nicht missverstanden werden, als Schulen, die den bisherigen Unterricht beibehalten und nur auf den ganzen Tag verteilen. Wir wollen eine Ganztagschule als Haus des Lernens, die den Kindern und Jugendlichen genügend Zeit, Raum und Handlungsspielräume lässt, ihre individuellen Fertigkeiten und Fähigkeiten zu entwickeln. Die ganztägige professionelle Bildung und Betreuung von Kleinkindern im Vorschulalter im Bereich der Krippen und Kindertagesstätten muss im schulischen Bereich nahtlos fortgesetzt werden können.

NEUE PERSPEKTIVEN FÜR DIE BERUFLICHE BILDUNG

Die Anforderungen an die berufliche Bildung sind in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Die beruflichen Schulen müssen einerseits den wachsenden gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und technischen Ansprüchen entsprechen, andererseits aber auch zunehmend eine qualitativ hochwertige Vollzeitschulbildung anbieten für die Schülerinnen und Schüler, die einen höheren Bildungsabschluss anstreben oder noch keinen geeigneten Ausbildungsplatz gefunden haben. Die CDU Landesregierung hat das berufliche Schulwesen in den letzten Jahren sträflich vernachlässigt. Trotz eines deutlichen Schüleranstiegs hat es keinen nennenswerten Zuwachs an Lehrpersonal gegeben, mittlerweile gibt es einen drastischen Lehrkräftemangel und in zunehmendem Maße fällt Unterricht aus.

Wir wollen die berufliche Bildung stärken und mehr Personal zur Vermeidung von Unterrichtsausfall und einer Verbesserung der Lehr- und Lernbedingungen an den Schulen zur Verfügung stellen.

Wir setzen uns ein für eine Weiterentwicklung der beruflichen Schulen zu regionalen Zentren für Aus- und Weiterbildung, für den Ausbau der Differenzierungs- und Fördermöglichkeiten zur Arbeit in heterogenen Lerngruppen. Wir wollen eine echte Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung und dazu die Durchlässigkeit und Anrechnungsansprüche innerhalb der berufsbildenden Schulen verbessern. Wir setzen uns ein für die Hochschulzugangsberechtigung für Absolventen der dualen beruflichen Ausbildung. Wir wollen in Ergänzung zum dualen System die zusätzliche Einrichtung von vollzeitschulischen Ausbildungsgängen nach dem Berufsbildungsgesetz. Dies ist erforderlich, um Warteschleifen, Umwege und Wiederholungen in den Berufsbiografien der jungen Menschen zu vermeiden und das Ausbildungsplatzangebot zu erhöhen. Wir wollen die Situation der benachteiligten Jugendlichen an den Berufsschulen verbessern. Dazu muss die sozialpädagogische Betreuung und Integration von behinderten Jugendlichen ausgebaut und die Qualität der Betriebspraktika durch Lernortkooperationen verbessert werden.

MEHR SELBSTSTÄNDIGKEIT FÜR SCHULEN

Wir wollen den Schulen mehr Selbstständigkeit geben, damit sie mehr Qualität entwickeln, das demokratische Lernen besser fördern und die Effizienz der eingesetzten Mittel erhöhen können. Dabei hat die Schulleitung eine herausgehobene Rolle. Sie soll die Schule in Zusammenarbeit mit den Schulmitbestimmungsgremien und dem Personalrat selbstbestimmt führen und leiten. Hierzu sind in zunehmendem Maße Managementkompetenzen erforderlich, die Schulleiterinnen und Schulleiter sowie potenzielle Schulleitungsmitglieder durch entsprechende Fortbildungsmaßnahmen erwerben müssen. Die Gesamtverantwortung für schulinterne Steuerungsprozesse tragen die demokratisch gewählten schulischen Gremien. Wir wollen insbesondere auch eine Stärkung der Schülervertretungen. Schülerinnen und Schüler sollen durch ihre demokratisch gewählten Vertretungsorgane in allen wichtigen Gremien der Schule mitbestimmen dürfen.

Die Entwicklung der selbstständigen Schule muss dahingehen, dass diesen weitgehende Rechte und Freiheiten für die innere Gestaltung der Schule sowie die Umsetzung der Bildungsziele gegeben werden. Dazu muss die Schulaufsichtsbehörde ihr Selbstverständnis ändern und sich auf Aufgaben konzentrieren, die der Qualitätskontrolle und Vergleichbarkeit der Abschlüsse und der professionellen Beratung und qualitativen Begleitung der Schulen dienen. Die Schulen sollen Freiräume erhalten in Bezug auf Organisations- und Strukturfragen, sowie beim Finanz- und Personaleinsatz. Ebenso sollen sie ein Mitspracherecht bei der Besetzung von Leitungs- und sonstigen Funktionsstellen haben. Zur Qualitätsüberprüfung dienen Maßnahmen der internen und externen Evaluation. Die Entwicklung interner Kriterien zur Überprüfung der eigenen Arbeit ist Aufgabe der selbstständigen Schule, die externe Evaluation erfolgt auf übergeordneter Ebene durch eine Evaluierungskommission.

Wir wollen einen flächendeckenden Modellversuch selbstständige Schule einführen, der weit über den der Landesregierung hinausgeht. Als Anreiz zur Beteiligung müssen den Schulen angemessene Mittel zur Verfügung gestellt werden.

SCHULE ALS HAUS DES LERNENS – KLASSEN VERKLEINERN

Wir wollen eine leistungsstarke Schule, die die Lernmotivation fördert, in die Schülerinnen und Schüler gerne gehen, in der Lehrerinnen und Lehrer motiviert unterrichten und in der die Eltern an vielen schulischen Entscheidungen mitwirken können. Wir wollen eine Schule als ein Haus des Lernens, mit der sich die Schulgemeinde identifiziert, die ein gemeinsames Schulprogramm entwickelt hat, hinter dem alle, SchülerInnen wie LehrerInnen und Eltern stehen. In diesem Schulprogramm sind Grundsätze des gemeinsamen Lebens und Lernens in der Schule vereinbart, ebenso ein Förderprogramm zur möglichst individuellen Förderung aller Schülerinnen und Schüler. In dieser Schule gib es verbindliche Regeln zur Kooperation und zum Umgang miteinander. In der Schule herrscht ein gegenseitiges Klima des Respekts und der Wertschätzung. Die Pädagogik ist darauf ausgerichtet, individuelle Begabungen von Schülerinnen und Schülern zu erkennen und gleichermaßen zu fördern und zu fordern. Hierzu werden der Schule besondere Förderstunden und Fachpersonal zur Verfügung gestellt.

Wir wollen eine Schule, in der Kinder und Jugendliche zu hoher fachlicher Leistung befähigt werden und lernen, ihr Leben selbstbestimmt und eigenverantwortlich zu gestalten. Sie sollen lernen, andere zu respektieren sowie in friedlichem Umgang untereinander Konflikte auszutragen. Hierzu gehören auch das Zusammenleben mit Menschen aus anderen Ländern und Kulturen sowie der verantwortliche Umgang mit Natur und Umwelt.

Grundsätzlich brauchen solche Schulen gute Rahmenbedingungen, um sich zu Häusern des Lernens entwickeln zu können. Klassengrößen von 29 Kindern pro Klasse, wie unter der CDU Landesregierung für Eingangsklassen festgelegt, dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass es immer noch eine Vielzahl von Klassen mit 30 und mehr Kindern im Saarland gibt. An Gymnasien und Gesamtschulen hat das Saarland im Bundesländervergleich die größten Klassen und die schlechteste Schüler - Lehrer - Relation. Übergroße Klassen erschweren es den Lehrkräften, sich um jeden Schüler kümmern zu können. Wir wollen die Klassen schrittweise verkleinern, im Idealfall sollte keine Klasse über 25 SchülerInnen groß sein.

REFORM DER LEHRERINNENBILDUNG

Die Reform der LehrerInnenbildung ist der Schlüssel zu einer veränderten Lern- und Lehrkultur in unseren Schulen. Wir wollen die LehrerInnenausbildung reformieren, um den Erfordernissen einer veränderten und sich ändernden Schulstruktur und den Notwendigkeiten einer neuen Lernkultur in unseren Schulen besser gerecht zu werden. Dazu muss die Schulform bezogene LehrerInnenausbildung ersetzt werden durch eine Stufenlehrausbildung, in der alle Lehrkräfte gleichermaßen grundständige (sonder- und sozial-) pädagogische und psychologische Kenntnisse zum Bilden und Erziehen von Kindern und Jugendlichen erwerben. Es ist ein Anachronismus, dass im Saarland immer noch HauptschullehrerInnen ausgebildet werden, obwohl es diese Schulform schon seit mehr als zehn Jahren bei uns nicht mehr gibt und in vielen anderen Bundesländern ebenso wenig vorhanden ist. Die LehrerInnenausbildung ist grundsätzlich eine universitäre wissenschaftliche Ausbildung, die entweder mit dem Staatsexamen oder mit dem Master nach mindestens acht Semestern abschließt.

Wir wollen keine Schmalspurausbildung für die Lehrerinnen und Lehrer, die mit dem Bachelor endet. Stattdessen brauchen wir eine einheitliche, qualitativ hochwertige Lehrerausbildung, in der berufspädagogische/bildungswissenschaftliche, fachwissenschaftliche und fachdidaktische Anteile gleich gewichtet sind.

Zur LehrerInnenausbildung gehören auch eine stärkere Verzahnung der einzelnen Ausbildungsphasen und die Nutzung der Schulpraktika zur Unterrichtsforschung. Wir wollen das Zentrum für Lehrerbildung an der Universität des Saarlandes um den Bereich der Unterrichtsforschung erweitern. Hierzu müssen zusätzliche Mittel bereitgestellt werden. Die Lehrerfort- und -weiterbildung ist für die Lehrkräfte verpflichtend. Die selbstständige Schule ermittelt jährlich den eigenen Fortbildungsbedarf und entwickelt Konzepte hierzu. Sie trägt die Verantwortung für die Weiterqualifikation des Lehrpersonals. Unter Berücksichtigung dieses Bedarfes wird der Schule ein entsprechendes Fortbildungsbudget zur Verfügung gestellt.

HOCHSCHULEN MIT ZUKUNFT – ABSCHAFFUNG DER STUDIENGEBÜHREN

Die Hochschulen des Saarlandes müssen sich in den nächsten Jahren einem verstärkten internationalen Wettbewerb stellen. Um diesen zu bestehen, müssen sie neben einem höheren Maß an Autonomie und demokratischen Entscheidungsstrukturen, in die vor allem die Studierenden stärker eingebunden werden sollen, eine verlässliche und bedarfsgerechte Ausstattung mit finanziellen Mitteln erhalten. Es gilt, die Hochschullandschaft zu stärken und weiterzuentwickeln in Richtung wissenschaftliche Exzellenzzentren. Dazu ist es erforderlich, dass sich die Hochschulen in der Großregion stärker vernetzen und miteinander in Forschung und Lehrangebot kooperieren, insbesondere im Bereich der Sprach-, Kultur-, und Europawissenschaften.

Insgesamt müssen die Hochschulen des Landes ihr Profil schärfen, um zukunftsfähig zu bleiben und den Strukturwandel an der Saar aktiv zu unterstützen. Dazu ist es erforderlich, neue Forschungsschwerpunkte im Bereich der erneuerbaren Energien und Technologien sowie im Bereich Fahrzeugbau und alternativer Antriebstechniken einzurichten. Andererseits müssen die Hochschulen ein breites disziplinäres Angebot bereithalten, um als Wissenschaftseinrichtungen des Landes ihrer regionalen Verantwortung gerecht zu werden.

Der Wert einer breit aufgestellten universitären Bildung – „universitas“ – beinhaltet mehr als ein schnell absolviertes Studium. Vor diesem Hintergrund geht es uns nicht um eine reine Fokussierung auf „marktfähige“ Fächer, sondern um ein breit gefächertes Angebot. Die wissenschaftliche Profilbildung und Spitzenforschung in den Technik- und Informatikbereichen darf aber nicht auf Kosten der geisteswissenschaftlichen Fächer vorangetrieben werden. Technologieforschung und Technikfolgenabschätzung sind für die wissenschaftliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung unseres Landes gleichermaßen wichtig.

Wir wollen die Zahl der Studierenden an den Hochschulen des Saarlandes insgesamt steigern. Dies gilt insbesondere für die Studienanfänger. Im internationalen Vergleich hat Deutschland laut der jüngsten OECD – Studie „Bildung auf einen Blick“ (2008) nur eine unterdurchschnittliche Quote von HochschulabsolventInnen. Um im Wettbewerb der anderen Industrienationen mithalten zu können, müssen wir unsere Akademikerquote in den nächsten 10 Jahren um mindestens 15% steigern. Das gilt besonders für das Saarland, das im Bundesländervergleich noch deutlich hinter den anderen Ländern zurückliegt.

Studiengebühren sind der falsche Weg zur Lösung finanzieller Probleme der Hochschulen des Saarlandes. Sie verschärfen die Selektion im Bildungsbereich nach sozialen Kriterien und haben eine abschreckende Funktion schon vor der Aufnahme eines Studiums, insbesondere für sozial schwache Familien. Die PISA – Studien haben gezeigt, dass in Deutschland nur rund 10% der Studierenden aus Haushalten von Arbeitern und einfachen Angestellten kommen. Statt durch Gebühren den Hochschulzugang zu erschweren, muss dieser durch Stipendien und andere Fördermaßnahmen erleichtert werden. Zudem verlängern Studiengebühren das Studium, da viele Studierende zur Finanzierung der Gebühren arbeiten müssen.

Wir stehen zu dem Grundsatz, dass Bildung nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein darf. Die CDU – Landesregierung hat durch die Einführung von Studiengebühren die Bildungsungerechtigkeit im Saarland weiter erhöht und dadurch dem Standort geschadet. Wir werden diese Studiengebühren wieder abschaffen. Bildung ist und bleibt eine öffentliche Aufgabe, die über Steuermittel finanziert werden muss. Die Eigenverantwortung für die Finanzierung der Hochschulen liegt bei der Politik, das Land muss sich klar zu seiner Verantwortung für die Hochschulen bekennen und diesen aus dem Landeshaushalt die Einnahmen ausgleichen, die durch die Abschaffung der Studiengebühren wegfallen. Auch die studentische Mitbestimmung bei der Verbesserung von Studium und Lehre muss ausgebaut werden.

Das Studium muss so reformiert werden, dass es den veränderten, vielfältigen Studienwünschen und -bedürfnissen in einer Gesellschaft, in der die Bedeutung des lebensbegleitenden Lernens zunimmt, Rechnung trägt. Die Mindestanforderung an Modularisierung und Akkreditierung der Studiengänge ist die Sicherung des offenen Hochschulzuganges sowie Transparenz und Durchlässigkeit der Studiengänge. Hierfür sind die Beratungs- und Informationsangebote auszuweiten. Der Übergang vom ersten zum zweiten Studienzyklus ist offen und durchlässig zu gestalten. Alle Absolventen, die den ersten Zyklus (in der Regel mit dem Bachelor – Abschluss)

abschließen, müssen einen Anspruch auf Zulassung zu einem weiteren Zyklus (Master) erhalten. Daneben müssen die Bafög-Sätze an die neuen Bedingungen des Bachelor/Master-Systems angepasst werden. Die neuen Studiengänge sind als Vollzeitstudium konfiguriert und machen es den Studierenden zunehmend unmöglich, zur Finanzierung ihres Studiums zu arbeiten. Es ist vor allem notwendig, die Einkommensgrenzen zur Förderung heraufzusetzen und die Laufzeiten zu verlängern. Außerdem müssen die Betreuungsangebote für Kinder von Studierenden verbessert werden.

Die Forschung legt wichtige Grundlagen für die Welt von morgen und ist ein unverzichtbarer Baustein für eine nachhaltige Politik. Wir wollen die Bio- und Nanowissenschaften sowie die Medizintechnik ebenso weiter ausbauen und fördern wie die Informationstechnologien insgesamt. Die Ansiedlung internationaler Forschungsinstitute an der Universität des Saarlandes bis Ende der 90er Jahre hat den Wissenschaftstransfer in die Wirtschaft und den Strukturwandel beschleunigt. Wir wollen diesen Prozess fortsetzen und weitere Schwerpunkte setzen in der Europaausrichtung, dem Ausbau der Sportwissenschaft und als besonderen Schwerpunkt die Einrichtung eines Forschungsinstitutes Energieeffizienz. Der Ausbau, die Forschung und Förderung der erneuerbaren Energien haben für die ökologische und wirtschaftliche Zukunft des Saarlandes eine Schlüsselfunktion.

WEITERBILDUNG – LEBENSLANGES LERNEN

Lernen ist eine lebenslange Aufgabe. Deshalb ist es unverzichtbar, dass die schulische und berufliche Erstausbildung im Erwachsenenalter fortgesetzt wird. Dabei werden die Grenzen zwischen beruflicher und allgemeiner Weiterbildung fließend. Alle Menschen müssen Zugang zu Weiterbildungseinrichtungen erhalten. Weiterbildung wird für die Arbeits- und Lebensbedingungen vieler Menschen immer wichtiger. Sie entscheidet über die Sicherheit des Arbeitsplatzes, über Einkommenserhalt und -verbesserung sowie über berufliche und persönliche Entwicklungsmöglichkeiten. Die bestehenden Strukturen des Bildungs- und Weiterbildungssystems verstärken die soziale Auslese. Je besser die schulische Vorbildung, umso ausgeprägter ist die Weiterbildungsbeteiligung. Offensichtlich setzt sich die generelle Selektion im Bildungssystem auch in der Weiterbildung fort. Im internationalen Vergleich nimmt Deutschland beim Anteil der 25- bis 64-Jährigen, die Weiterbildungsmaßnahmen besuchen, nur eine nachrangige Position ein.

Wir setzen uns für den Ausbau der Weiterbildung ein. Dazu müssen die Möglichkeiten der Teilnahme und ein Ausbau der Angebote verbessert werden. Wir wollen, dass alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für anerkannte Weiterbildungsmaßnahmen für die Dauer einer Arbeitswoche jährlich vom Arbeitgeber freigestellt werden können. Die CDU Landesregierung hat diese Möglichkeiten drastisch eingeschränkt. Wir wollen auch die Weiterbildungsangebote für Menschen in Erziehungszeiten, Arbeitslose und für Sozialhilfeempfänger verbreitern. Gerade die Menschen, die durch Arbeitslosigkeit oder fehlenden Ausbildungsplatz zeitweise von betrieblicher Weiterbildung ausgeschlossen sind, benötigen qualifizierte Weiterbildungsangebote für eine erfolgreiche Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt.

Wir wollen eine vielfältige Weiterbildungslandschaft mit unterschiedlichen Anbietern. Dazu gehören die Volkshochschulen, die berufsbildenden Schulen, die Hochschulen und die freien Träger und auch die Bibliotheken. Bibliotheken dienen der Vermittlung von Medienkompetenz in der Wissens- und Informationsgesellschaft.

Sie sind eine unverzichtbare Bildungseinrichtung, eröffnen den Zugang zur Information und leisten damit einen wesentlichen Beitrag zur Chancengleichheit und zur politischen Meinungsbildung. Wir setzen uns dafür ein, dass öffentliche Bibliotheken verstärkt gefördert werden. Wir wollen, dass im Saarland ein Bibliotheksgesetz verabschiedet wird, das regelt, dass das Vorhalten von Bibliotheken keine freiwillige, sondern eine Pflichtaufgabe ist. Der Staat hat die Aufgabe, für Qualitätssicherung und Transparenz auf dem Markt der Weiterbildung zu sorgen, Standards festzulegen und diese kontinuierlich zu überprüfen.

Wir unterstützen Bestrebungen, die Entwicklung eines leistungsfähigen Weiterbildungssystems durch ein Bundesgesetz zu regeln. Zukunftsweisend ist ein Gesamtkonzept, das ein Recht auf Weiterbildung sichert, Lernzeitanprüche sowie ausreichende Finanzierung, Beratung und Qualität vorsieht und dadurch mehr Verbindlichkeit, Planungssicherheit und Verlässlichkeit für alle Beteiligten bietet.

III

Zeit für mehr soziale Gerechtigkeit

Eine neue Ausrichtung unserer sozialen Systeme ist längstens überfällig. Wir müssen wieder Vertrauen darauf herstellen, dass Menschen unabhängig von Alter, Herkunft, Geschlecht oder Behinderung bei Bedarf solidarische Hilfe erhalten. Die Eckfeiler unserer Sozialpolitik sind Nachhaltigkeit, Teilhabegerechtigkeit, Geschlechtergerechtigkeit und Generationengerechtigkeit.

KINDERARMUT BEKÄMPFEN – KINDER BRAUCHEN MEHR

Alarmierende Zahlen über die enorm anwachsende Kinderarmut im Saarland erfordern rasch eine konzentrierte Kraftanstrengung, um Gerechtigkeit und insbesondere um die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft sicherzustellen. Kinderarmut ist mittlerweile kein Randproblem mehr. Kinderarmut hat sich auch im Saarland zu einem Massenphänomen entwickelt. Am häufigsten von Armut betroffen sind die Kinder von Alleinerziehenden und Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund. Diese Kinder sind nicht nur häufiger arm, sondern sie bleiben es - seit Hartz-IV - auch länger. Ihre Chancen, aus der Armutssituation wieder herauszukommen, liegen deutlich niedriger als bei anderen Bevölkerungsgruppen. Im Saarland lebt nach Berechnungen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes jedes 7. Kind, insgesamt sind dies knapp 23.000 Jungen und Mädchen, von Sozialgeld. Wesentliche Gründe dafür, dass Kinder und Jugendliche relativ häufig von Sozialhilfe leben müssen, sind Arbeitslosigkeit, geringes Einkommen, ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse und Trennung der Eltern. Diese Kinder und Jugendlichen sind dabei auf die Bewältigungsstrategien und Entwicklungen der Einkommenslage ihrer Eltern angewiesen. Vor diesem Hintergrund müssen Maßnahmen gegen Kinderarmut auf der politischen Agenda höchste Priorität haben, damit sich unsere Kinder später einen befriedigenden Platz im beruflichen, sozialen und privaten Leben sichern können.

Wir wollen verhindern, dass Armut weiter vererbt wird und den Teufelskreis der Armut durchbrechen, damit jedes Kind faire und gerechte Chancen erhält. Entscheidend dafür ist eine möglichst frühe und gute Bildung und Förderung. Kinder, die schon in der Krippe oder im Kindergarten eine gute Bildung und Förderung erhalten, haben es später leichter und größere Chancen auf beruflichen Erfolg. Deshalb wollen wir das Angebot der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung massiv ausbauen und mit einem qualitativen hochwertigen Bildungsangebot verknüpfen. Forderungen anderer nach einem Erziehungsgehalt lehnen wir ab, da dies keine bessere Bildung und Betreuung gewährleistet und stattdessen die Chancengleichheit noch verstärkt.

Arme Kinder leben oft in beengten Wohnverhältnissen und in vernachlässigten Stadtteilen. In Armut lebende Kinder haben generell ein höheres Risiko, krank zu werden und liegen häufig in ihrer körperlichen und psychischen Entwicklung zurück. Armut erlaubt es den Kindern also nicht, ihre Potenziale und Ressourcen angemessen zu entwickeln. So steigt die Gefahr, dass sich Entwicklungsdefizite herausbilden, die später nur schwer oder gar nicht beseitigt werden können. Bisher existieren lediglich einzelne Maßnahmen im Saarland gegen Kinderarmut. Angesichts der problematischen Situation ist das nicht genug. Alle Anstrengungen müssen in einem Gesamtkonzept gebündelt werden.

BEKÄMPFUNG DER ARMUT ALS QUERSCHNITTAUFGABE

Die Bekämpfung von Kinderarmut muss zur Querschnittsaufgabe werden. Dazu muss die landesweite Berichterstattung ausgebaut und um einen eigenen Kinderarmutsbericht mit entsprechender Bedarfsanalyse ergänzt werden. Wir wollen, dass erfolgreiche Modellprojekte gegen Kinderarmut, wie z.B. in Saarbrücken-Malstatt und Alt-Saarbrücken, finanziell abgesichert und deren Arbeitsansätze landesweit ausgebaut werden.

Wir müssen mehr in die Kinderbetreuung investieren, sodass alle Kinder unabhängig vom Einkommen der Eltern individuell besser gefördert werden können. Dazu gehört auch eine erweiterte Qualifizierung des Personals und die Gewährleistung der Kostenfreiheit für Kinderbetreuung und Schulbesuch. Kinder mit Migrationshintergrund müssen dabei besonders berücksichtigt werden, damit es gelingt, sie von Anfang an zu integrieren. Hierzu sind flächendeckende Sprachförderprogramme zum Erlernen der deutschen Sprache – nicht nur für Migrantenkinder – erforderlich. Darüber hinaus sollen Sachleistungen zu einer optimalen Entfaltung und Entwicklung von Kindern beitragen. Die Übernahme der Kosten für Schulmahlzeiten, Nahverkehr, Bibliothek und außerschulischen Sport- und Musikunterricht müssen zum Bestandteil öffentlicher Daseinsvorsorge gehören.

JUGENDLICHE NACH VORNE – POLITIKWECHSEL FÜR JUGENDLICHE

Die Entwicklungschancen junger Menschen entscheiden über die Zukunft unserer Gesellschaft. Jugendliche müssen heute wichtige Entscheidungen und Weichenstellungen für ihren weiteren Lebensweg oft unter schwierigen Bedingungen treffen. Gesellschaftliche Brüche und Wandlungsprozesse haben die Jugendfrage längst erreicht. Internationale Studien attestieren Deutschland, neben schlechten Ergebnissen im Bildungsbereich nur ein Mittelmaß bei verlässlichen Lebenswelten für die junge Generation. Chancenlose Jugendliche dürfen in keinem Politikfeld zur „vergessenen Generation“ werden und brauchen dringend neue Perspektiven und einen Politikwechsel für mehr Teilhabe.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Teilhabechancen junger Menschen durch konkrete Initiativmaßnahmen gestärkt werden. Es ist dringend notwendig, den Jugendlichen überall mehr Mitspracherechte und Beteiligung zu ermöglichen. Wir wollen die Angebote der Jugendarbeit im Bereich der Freizeit und der außerschulischen Bildung ausweiten. Wir wollen die Sozialarbeit bei Jugendlichen mit sozialer Benachteiligung und individueller Beeinträchtigung intensivieren und gezielte Hilfen bei der Erziehung hinzugeben. Zielgruppenorientierte und stadtteilbezogene Formen der Jugendarbeit, die besonders erfolgreich im Bereich der Prävention und Integration arbeiten, müssen weiter ausgebaut werden. Jugendlichen muss der Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt erleichtert werden. Dazu muss die Berufsorientierung in Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit, den Unternehmen, Kammern und Schulen einen höheren Stellenwert erfahren. Eine neue Beteiligungskultur für Jugendliche erfordert stärkere demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten. Deshalb wollen wir das aktive Wahlalter auf 16 Jahre herabsetzen.

Häufig beginnen Verschuldungsprobleme schon im Jugendalter und setzen sich im Erwachsenenleben fort. Daher wollen wir die Schuldnerberatung unter den Aspekten Haushaltbudgetierung und Jugendschuldnerberatung sowie Präventionsprojekte gegen Jugendverschuldung weiter ausbauen.

ARMUTSLÖHNE VERHINDERN – MINDESTLOHN EINFÜHREN

Immer mehr Menschen in Deutschland sind arm, obwohl sie einer Vollzeittätigkeit nachgehen. Knapp 4 Millionen Menschen sind mittlerweile hiervon betroffen. Erschreckend ist, dass etwa 0,4 Millionen NiedrigverdienerInnen ihren versicherungspflichtigen Lohn mit dem Arbeitslosengeld II aufbessern müssen, um ihre Existenz zu sichern. Daher müssen umfassende Regelungen für Mindestlohn und Mindestarbeitsbedingungen eingeführt werden, die in allen Branchen unerlässlich sind. Das Arbeitnehmerentsendegesetz ist auf alle Branchen auszudehnen.

ZUGANG ZUM ARBEITSMARKT – EXISTENZSICHERNDE ERWERBSARBEIT

Zugang zur Erwerbsarbeit ist für die meisten Menschen unverzichtbar für die eigenständige Existenzsicherung. Erwerbsarbeit ist ein Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe und Anerkennung sowie für die Einbindung in soziale Zusammenhänge. Sie ist zugleich Quelle für Selbstsicherheit und Selbstbestätigung. Wir brauchen daher dringend eine aktivere Arbeitsmarktpolitik. Neben individueller Beratung sind Weiterbildungs-, Umschulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen sowie Förderprogramme zur Existenzgründung notwendig. Unterstützungsprogramme müssen zu den Erwerbslosen passen – nicht umgekehrt.

Für Erwerbslose, die auf absehbare Zeit keine Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt haben, sind spezifische Angebote zu entwickeln. Für sie ist die Einrichtung eines sozialen Arbeitsmarktes notwendig, der verlässlich funktioniert, ohne den Weg in den ersten Arbeitsmarkt zu verbauen.

KLEINE ARBEITSEINKOMMEN ENTLASTEN – JOBS SCHAFFEN

Viele Menschen mit geringen Qualifikationen können von ihrem Arbeitseinkommen nicht leben. Mitverantwortlich sind die hohen Lohnnebenkosten, die kleinere Einkommen überproportional belasten. Wir wollen die Lohnnebenkosten im unteren Einkommensbereich auf Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite gezielt und spürbar senken.

Dazu soll das Grüne „Progressiv-Modell“ umgesetzt werden. Was bei der Steuer als gerecht empfunden wird – kleine Einkommen: geringe Steuern, große Einkommen: hohe Steuern- soll auch für die Sozialversicherungsbeiträge gelten. Das Prinzip heißt, je geringer das Einkommen, desto geringer der Beitragssatz. Durch die sinkenden Arbeitskosten haben gering Qualifizierte bessere Chancen auf den Arbeitsmarkt und mit dem „Progressiv-Modell“ lohnen sich einfache Jobs und die Anteile an Schwarzarbeit können erheblich gesenkt werden.

GRÜNE GRUNDSICHERUNG – NEUORIENTIERUNG IN DER SOZIALPOLITIK

Wir brauchen einen neuen sozialpolitischen Aufbruch, bei dem Hartz-IV durch eine bedarfsorientierte Grundsicherung abgelöst wird. Die Grüne Grundsicherung besteht aus zwei gleichberechtigten, sich ergänzenden Komponenten: der Existenzsicherung und der Teilhabegarantie durch den Ausbau öffentlicher Leistungen. Wir setzen uns dafür ein, dass durch eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen diese in die Lage versetzt werden, den Zugang zu öffentlichen Gütern zu gewährleisten. Kindergarten und Schulesen, Sozialtickets für den ÖPNV sowie angemessene Ermäßigungen bzw. Freistellung von Gebühren für Bildungs- und Kultureinrichtungen sind bereitzustellen.

Wir verstehen diese Grundsicherung als einen Rechtsanspruch für Bedürftige und nicht als ein Almosen. Niemand soll aus Scham oder Angst in Armut leben müssen.

Wir wollen eine Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze. Die Regelsätze für Sozialleistungen nach SGB II und dem SGB XII sollen auf 420,- Euro angehoben werden. Das ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern dies wirkt sich auch auf die Binnennachfrage aus, indem man die Kaufkraft von Haushalten mit geringem Einkommen stärkt. Darüber hinaus wollen wir die Regelsätze für Kinder und Jugendliche auf eine neue Berechnungsgrundlage stellen, damit der alltagspezifische und besondere entwicklungsbedingte Bedarf berücksichtigt wird. Die Regelsätze für Kinder und Jugendliche dürfen nicht mehr von den Erwachsenensätzen abgeleitet werden und sind bis auf 350,- Euro zu erhöhen. Neben einer ausreichenden Pauschalregelfinanzierung muss es auch für Kinder und Jugendliche in besonderen Lebenslagen und aus besonderen Anlässen Einmalleistungen geben. Perspektivisch setzen wir uns für eine eigenständige Kindergrundsicherung ein.

IV

Zeit für Grüne Wirtschaftspolitik

Das Saarland steht vor immensen Herausforderungen. Der weltweite Kollaps der Finanzmärkte schlägt auch hierzulande auf die reale Wirtschaft durch. Die akute Konjunkturkrise darf nicht den Blick dafür trüben, dass wir nach wie vor schwerwiegenden langfristigen Problemen gegenüberstehen. Die Verknappung der natürlichen Ressourcen, der säkulare Anstieg der Energiepreise und der fortschreitende Klimawandel stellen herkömmliche Wirtschaftskonzepte in Frage. Keines der Phänomene ist isoliert zu betrachten. Auf all diese Herausforderungen müssen wir mit stimmigen Konzepten auch auf regionaler und lokaler Ebene reagieren.

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG UND ÖFFENTLICHE HAUSHALTE

Das Saarland ist das einzige der westlichen Bundesländer, dessen Bevölkerung stetig schrumpft. Schätzungen zufolge wird die Einwohnerzahl des Saarlands bis zum Jahr 2050 um ein weiteres Viertel zurückgehen. Rückgang und Alterung der Bevölkerung bedeuten auch weniger Einnahmen, während viele Ausgaben fixen Charakter besitzen.

Die Haushaltslage des Saarlandes ist schon jetzt desolat. Nach dem Auslaufen der Teilentschuldung im Jahr 2004 hat sich der Schuldenstand verdoppelt; er lag im Herbst 2008 bei knapp zehn Milliarden Euro. Das entspricht fast 10.000 € pro Kopf.

Die finanzielle Notlage des Landes schlägt auf die Kommunen durch. Die kommunale Verschuldung im Saarland ist bereits jetzt die zweithöchste aller Bundesländer. Sie beläuft sich gegenwärtig - einschließlich aller Nebenhaushalte - auf schätzungsweise 5.000 € pro Kopf.

Eine echte Entlastung ist nicht in Sicht. Im Ergebnis der Verhandlungen zur Föderalismuskommission II soll das Saarland zwar über neun Jahre hinweg jährlich (netto) 255 Millionen Euro erhalten. Das entspricht aber lediglich etwa der Hälfte der gegenwärtigen jährlichen Zinsausgaben. Es besteht die akute Gefahr, dass in den wachstumsrelevanten Bereichen - Bildung, Forschung und Wirtschaftsförderung - Mittel gekürzt werden.

WIRTSCHAFTSSTRUKTUR UND WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG

Weite Teile des Saarlandes sind traditionell geprägt von der Dominanz industrieller großbetrieblicher Produktion. Es weist eine entsprechend geringe Selbstständigengquote auf. Der Rückstand, den das Saarland hier im Vergleich zum Bundesdurchschnitt aufweist, hat sich in den letzten Jahren tendenziell eher vergrößert.

Aktuell arbeitet die Hälfte der Industriebeschäftigten in Betrieben, die im Zeitraum von 1968 bis 1972 angesiedelt wurden. Dabei handelt es sich meist um Zweigbetriebe und Tochtergesellschaften größerer Unternehmen. Deren Entscheidungszentralen, Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten sind typischerweise außerhalb des Saarlandes angesiedelt.

Obwohl das Saarland in den Jahren 2003 und 2006 das so genannte „Dynamikranking“ der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) gewann, zeigt der Absturz auf den vierzehnten Platz im Jahr 2008 die immer noch einseitige Ausrichtung auf wenige - und stark konjunkturabhängige - Branchen.

Das Saarland ist als das Bundesland mit der höchsten Energieintensität von der langfristigen Verknappung und Verteuerung der fossilen Rohstoffe überdurchschnittlich stark betroffen. Das Saarland ist daher in besonderem Maß darauf angewiesen, die Energieversorgung auf eine nachhaltige, sichere Basis zu stellen.

„WEICHE“ STANDORTFAKTOREN: TALENTE, TECHNOLOGIE UND TOLERANZ

Kreativität ist eine ökonomische Ressource. Weltoffenheit, Aufgeschlossenheit gegenüber technischem Fortschritt und Toleranz gegenüber fremden Kulturen fördern das kreative Potenzial einer Region. Auch hier herrscht im Saarland Nachholbedarf. In einer jüngeren Untersuchung des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung, die die Bundesländer mit Hilfe des „TTT-Index“ (TTT steht für „Talente, Technologie und Toleranz“) vergleicht, belegt das Saarland den elften Platz – und damit den letzten Rang unter den alten Bundesländern.

Die Bilanz des Gründungs- und Innovationsgeschehens fällt ernüchternd aus. Ein eigenes Innovationsprogramm des Saarlandes existiert nicht. Von den Mitteln des wichtigsten bundesweiten Innovationsprogramms, mit dem einschlägige Kooperationen bei Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten gefördert wurden, entfielen bis zum Jahr 2008 gerade einmal 1,2 Millionen auf das Saarland – das entspricht einem Anteil von 0,3%!

Die Unternehmensneugründungen insgesamt weisen im Saarland im letzten Jahrzehnt eine fallende Tendenz aus. In den letzten drei Jahren nahm die Anzahl der Neugründungen stetig ab; 2007 ist der „Gründungssaldo“ sogar erstmals negativ. Es wurden mehr Unternehmen liquidiert als neu eröffnet.

Die bisherige Praxis der Wirtschaftsförderung ist immer noch in erster Linie an Kapitaleinsatz und Arbeitsplätze gekoppelt nicht an Ideen. Die Förderprogramme sind zudem meist auf Großbetriebe zugeschnitten; kleine und mittlere Betriebe sind mit dem bürokratischen Aufwand für Beantragung und Kontrolle überfordert.

FÖRDERUNG VON TALENTEN UND TOLERANZ

Vernünftige Wirtschaftspolitik beginnt im Kindergarten. Wissen, Bildung und Kreativität sind die wichtigsten Ressourcen, die dem Saarland verbleiben. Die gravierendsten Probleme am Arbeitsmarkt haben seit geraumer Zeit die Anbieter einfacher Arbeit. Ihnen erwuchs massive Konkurrenz – sowohl in Form von Arbeitskräften, die direkt auf den deutschen Arbeitsmarkt drängen als auch durch die Herstellung von Produkten, die andernorts mit niedrigeren Löhnen hergestellt werden. Gegen die „Marginalisierung“ Benachteiligter und die Entstehung von „Transferdynastien“ kann längerfristig nur die verbesserte Teilhabe an Bildungschancen wirken.

Schülerinnen und Schüler sollen eine Kultur der Selbstständigkeit erfahren und erlernen. Ihre Orientierung bezüglich der Erwerbswelt muss früher gefördert werden, indem zum einen die Wissensvermittlung über berufliche Tätigkeiten - einschließlich selbstständiger Aktivitäten – und zum anderen die Entwicklung von sozialer Kompetenz besser in den Bildungsplänen verankert wird.

Dem Bevölkerungsschwund gilt es unter anderem mit einer offeneren Migrationspolitik gegenzusteuern. Eine offene Migrationspolitik muss aber in jedem Fall durch eine sinnvolle, integrative Bildungspolitik ergänzt werden. Das Saarland muss insbesondere Migranten die Teilhabe an Bildung und damit an Zukunftschancen ermöglichen. Die Vergeudung dieses kreativen Potenzials kann sich das Saarland nicht länger leisten.

VORFAHRT FÜR GUTE ARBEIT

Erwerbsarbeit ist nicht nur Broterwerb. Sie ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe, Wohlstand und persönliche Entfaltung. Deshalb müssen die Rahmenbedingungen zum Abbau der Arbeitslosigkeit und gerechte Zugangsmöglichkeiten zur Erwerbsarbeit für alle geschaffen werden. Unser Ziel ist es, Benachteiligungen am Arbeitsmarkt besonders von Frauen, älteren Menschen und Migrantinnen und Migranten abzubauen. Die Zukunft des Landes liegt in innovativen Konzepten, kreativen Produkten und gut ausgebildeten Menschen.

Wir setzen auf eine Arbeitszeitpolitik, die mit Instrumenten wie Arbeitszeitkonten, Familien- Teilzeit, Job – Rotation und Job – Sharing vorhandene Arbeit besser verteilt. Im zweiten Arbeitsmarkt wollen wir vor allem die Qualifizierung für personenbezogene Dienstleistungen fördern. Dies ist angesichts der demografischen Entwicklung auch ein Wachstumssektor.

FÖRDERUNG VON TECHNOLOGIE UND INNOVATION

In der Krise sind Investitionen in die Erneuerung der Angebotspalette notwendig. Forschung und Entwicklung sind gefragt. Wir wollen die konsequente organische Entwicklung hin zum „Premium-Standort“ für ausgewählte Technologien und Dienstleistungsbereiche forcieren. Im Saarland bieten sich dafür unter anderem die Schwerpunkte Informationstechnologie, Automobiltechnologie, Nanotechnologie und integrierte Mikrosysteme der Energieversorgung an.

Gezielte Forschungs- und Hochschulpolitik mit Blick auf die strategischen Zielbranchen sind unerlässlich. Es sind insbesondere an den Hochschulen Forschungskapazitäten zu schaffen und auszubauen, die auf die Zielbranchen zugeschnitten sind. Dazu gehört die Inangriffnahme eines gezielten, effizienten und ergebnisorientierten Know-How-Transfers von Forschung zu Wirtschaft und umgekehrt.

Insbesondere kleinere und mittlere Unternehmen sollen davon profitieren. Sie können sich in der Regel keine eigenen Forschungsabteilungen leisten und sind auf die Nutzung von Verbundvorteilen mit anderen Unternehmen und mit Forschungsinstitutionen angewiesen. Der gemeinsame Zugriff auf eine sektorspezifische Wissensbasis macht einen Gutteil der Größen- und Konzentrationsvorteile aus, auf denen wirklich erfolgreiche regionale „Cluster“ beruhen.

Während hierzulande alle Wertschöpfungsstufen der Automobilindustrie mit Produktionsstätten vertreten sind, existieren entsprechende Forschungseinrichtungen nur vereinzelt und voneinander isoliert. Wir wollen den Aufbau eines Instituts für automobilen Entwicklung, das alle Bereiche des Fahrzeugbaus umfasst und dem Systemcharakter des Individualverkehrs gerecht wird. Ein Feld für eine solche integrierte Forschung wäre u.a. der Aufbau eines Konzepts für Elektromobilität bei der Antriebstechnik, Fahrzeugentwicklung und Versorgung mit regenerativer Energie. Das Saarland mit seiner Siedlungsstruktur bietet sich zugleich als Testfeld für eine entsprechende Infrastruktur an. Hier liegen auch die Verbundvorteile mit dem gleichfalls angedachten Institut für integrierte Mikrosysteme der Energieversorgung und mit der Informationstechnologie auf der Hand.

Es gilt sowohl die virtuelle als auch die physische Campusbildung zu unterstützen. Gründungen aus Hochschulen sind stärker zu fördern, indem ein Programm „Junge Innovatoren“ eingeführt wird. Die Förderkriterien sind so auszugestalten, dass Gründungen aus den Sozial- und Geisteswissenschaften gleiche Förderchancen haben und dass der steigenden Bedeutung von Teamgründungen Rechnung getragen wird.

GRÜNDUNGS- UND UNTERNEHMERKULTUR

Es gilt das endogene Potenzial der Region zu erschließen und eine lebendige Gründungs- und Unternehmerkultur zu entwickeln. Dazu gehört ein besserer Zugang zu professioneller Beratung für kleine und mittlere Unternehmen. Viele potenzielle Gründer, die über Ideen verfügen, besitzen kaum unternehmerischen Hintergrund. Darin liegt häufig ein Grund für das Scheitern solcher Wagnisse. Die wichtige Aufgabe der Gründungsberatung und der Betreuung neuer Unternehmen darf nicht nur Behörden und behördenähnlichen Institutionen überlassen bleiben. Hier müssen stärker als bisher professionelle Unternehmensberater und Mentoren mit einschlägiger Branchenerfahrung herangezogen werden. Die Betreuung ist durch eine Übernahme der Kosten über die Gründungsphase des Unternehmens hinaus zu fördern.

Das Saarland muss den Zugang saarländischer Unternehmen zu öffentlichen Fördermitteln erleichtern. Die Möglichkeiten der Vergabe von Bürgschaften müssen ausgebaut werden, um die Chancen kleiner und mittlerer Unternehmen zu erhöhen, mit einem besseren Rating Zugang zum Kapitalmarkt zu erhalten.

KONJUNKTURPROGRAMM FÜR STRUKTURWANDEL NUTZEN

Gerade das Saarland kann es sich nicht leisten, auf die gegenwärtige Rezession mit einem konjunkturellen Strohfeuer zu reagieren. Angesichts der aktuellen Herausforderungen muss die Wirtschafts- und Finanzpolitik zugunsten des Strukturwandels, insbesondere des Klimaschutzes und der Bildung umgestaltet werden. Die Mittel der Konjunkturprogramme sind schwerpunktmäßig in Bereiche zu investieren, die die langfristigen Wachstumsperspektiven des Saarlandes verbessern.

Klimaschutz ist nicht nur eine ökologische, sondern auch eine ökonomische Notwendigkeit. Jeder Cent für den Klimaschutz wird sich mittelfristig - zum Beispiel als Energieeinsparung - wieder im Haushalt positiv niederschlagen und Freiräume für andere wichtige Aufgaben schaffen. Vor allem die energetische Sanierung von landeseigenen und kommunalen Gebäuden, die Dezentralisierung der Energieversorgung und der Ausbau erneuerbarer Energien müssen Priorität genießen.

Zwischen Qualität des Bildungssystems und Wirtschaftswachstum besteht ein enger Zusammenhang. Bildungsinvestitionen haben eine hohe volkswirtschaftliche Rentabilität. Das Saarland muss hier trotz knapper Mittel verstärkt investieren; nicht zuletzt weil es sonst Gefahr läuft, im Wettbewerb der Bundesländer um geeignete Lehrkräfte ins Hintertreffen zu geraten.

Auf jeden Fall widerstehen muss die Politik der Versuchung, Hilfen an Betriebe nach wahltaktischen Erwägungen zu vergeben. Davon profitierten vor allem solche Firmen, die sich durch eigenes Fehlverhalten und Versäumnisse in Schieflage gebracht haben, aber schlicht "zu groß sind um zu scheitern". Benachteiligt wären kleinere und mittlere Unternehmen, die unverschuldet in die Krise geraten sind – und künftige Generationen, die die entstandene Schuldenlast tragen müssen.

Das Saarland steht vor immensen Herausforderungen – für die es nicht gerüstet ist. Große Teile des Landes sind geprägt vom jahrzehntelangen Raubbau und großindustrieller Produktion und hoher Energieintensität. Nach wie vor dominieren einige wenige, besonders konjunkturrempfindliche Branchen. Die öffentlichen Haushalte befinden sich seit langem in einer Notlage, die den vergeblichen Versuchen der Vergangenheit geschuldet sind, nicht mehr wettbewerbsfähige Wirtschaftsbereiche auf Dauer zu alimentieren.

Einen nachhaltigen Ausweg aus dieser Situation bietet nur die gezielte Förderung, Vernetzung und Nutzung der Kenntnisse und Talente, die auf die vielen Köpfe der Menschen hierzulande verteilt sind. Dies ist die wertvollste Ressource, die dem Saarland verbleibt. Grüne Wirtschaftspolitik setzt auf die Entwicklung wissensbasierter, nachhaltiger und umweltverträglicher Wertschöpfungsprozesse. Wir wollen allen Menschen die Chance eröffnen, ihre individuellen Ziele zu erreichen und eigene Aktivitäten zu entwickeln – und dies nicht auf Kosten anderer und schon gar nicht künftiger Generationen. Wir wollen die Entwicklung einer nachhaltigen Kultur der unternehmerischen Initiative.

NACHHALTIGE HAUSHALTS- UND FINANZPOLITIK

Bündnis 90/Die Grünen bekennen sich zum langfristigen Ziel eines ausgeglichenen Haushalts. Ein gangbarer Weg zu einem ausgeglichenen Haushalt im Jahr 2020 ist aber für das Saarland nicht in Sicht. Die Hilfen, die im Rahmen der Föderalismuskommission II vereinbart wurden, reichen nicht einmal annähernd aus, die jährlichen Zinsausgaben zu bedienen. Rückgang und Alterung der Bevölkerung bedeuten zudem auch weniger Einnahmen, während die allermeisten Ausgaben fixen Charakter besitzen. Wir lehnen eine Schuldenbremse in der gegenwärtigen Form ab, die in wichtigen wachstumsrelevanten Bereichen zu massiven Kürzungen führen wird.

Denn Haushalts- und Finanzpolitik darf kein Selbstzweck sein. Eine verantwortungsvolle und nachhaltige Finanzpolitik bedeutet für uns, dass wir künftigen Generationen kein geringeres Nettovermögen hinterlassen, als wir selbst haben. Wir können nicht damit fortfahren, zukünftige Handlungsspielräume für eine ökologische und soziale Politik einzuengen, indem wir die Verschuldung immer massiver ausweiten. Dem fatalen Hang,

aktuelle Probleme auf Kosten künftiger Generationen zu lösen, darf nicht länger nachgegeben werden. Insofern ist der strikte Verweis auf laufende Einnahmen Voraussetzung für eine nachhaltige Finanzpolitik. Wir setzen auf eine gerechte Steuerpolitik, die eine angemessene Finanzierung staatlicher Aufgaben und Leistungen durch die Gesellschaft sichert. Steuerhinterziehung und –betrug wollen wir deshalb auf der Landesebene konsequent bekämpfen. Des Weiteren setzen wir uns dafür ein, den Finanzausgleich in Deutschland zu reformieren. Unter Wahrung der regionalen Ausgleichsfunktion soll er einfacher, gerechter und zukunftssicherer werden. Auf der Ausgabenseite sehen wir die Notwendigkeit einer konsequenten Aufgabenkritik. Es ist zu überprüfen, ob die jeweiligen Ausgaben auch ökonomisch sinnvoll sind. Dies ist jedoch nicht das einzige Kriterium – denn grüne Haushaltspolitik ist mehr als reine Sparpolitik. Wir wollen in die Zukunft des Landes investieren und setzen deshalb unsere Haushaltsschwerpunkte im Bereich Ökologie und Innovation, Bildungs- sowie Sozialpolitik. Diese Akzentuierung muss auch bei einer angespannten Haushaltslage verstetigt werden, denn alles andere würde zu noch höheren Kosten in der Zukunft führen, die wir uns finanz- und haushaltspolitisch nicht leisten können.

ÖKOLOGISCHE ABFALLENTSORGUNG

Die im Saarland anfallenden Abfallmengen pro Kopf der Bevölkerung liegen immer noch beträchtlich über vergleichbaren Werten in weiten Teilen Deutschlands. Gleichwohl bestehen bei den Verbrennungsanlagen im Saarland so große Überkapazitäten, dass eine der beiden Anlagen eigentlich in Kürze abgeschaltet werden könnte - Anlagen, die unnötigen Kosten verursachen und den Gebührenzahler belasten. Dies ist das Ergebnis einer über weite Strecken verfehlten Politik der gegenwärtigen CDU-Landesregierung, ebenso der Vorgängerregierung. Bis zum heutigen Tag mangelt es dank der Untätigkeit der Landesregierung an einer verursachergerechten Gebührenpolitik des Entsorgungsverbandes Saar (EVS) als gemeinsamem Zweckverband der Kommunen. Die Anreize zur Vermeidung und Verwertung von Abfällen sind nach wie vor nur gering, die Angebote zur Abgabe von Wertstoffen, wie z.B. durch eine ausreichende Zahl von Wertstoffhöfen sind unzureichend.

Wenngleich der EVS seine Position durch ein neues ambitioniertes Wertstoffhof-Konzept zu ändern bereit ist, bleibt abzuwarten, ob es in dieser Form und mit der vorgesehenen Mittelausstattung umsetzbar ist. Es müssen Wertstoffhöfe oder Rückkonsum-Zentren in „fast“ jeder Kommune im Landkreis oder bezogen auf eine bestimmte Einwohnerzahl auch für mehrere Gemeinden übergreifend zur Verfügung stehen. Eine vernünftige Abfallberatung vor Ort ist unabdingbar. Ziel muss es sein, eine konsequente Senkung des Restmüllaufkommens sowie eine konsequente Steigerung der Müllverwertung zu erreichen. Dazu gehören auch dezentrale Kompostierungsanlagen in den Gemeinden bzw. je nach Menge und Stand der Technik auch gemeindeübergreifend in kreisweiten Biogasanlagen zur Nutzung von organischem Abfall.

Für die Bürgerinnen und Bürger muss es kostengünstige Hol- und Bringmöglichkeiten von Sperr-, Holz- und Sondermüll aller Art durch eine Integration in die Wertstoffhöfe geben. Wir wollen eine kostengünstige Verwaltung sowie eine soziale und ökologische Gestaltung der Gebühren erreichen. Dazu gehört auch eine konsequente Kommunikation mit den Kunden sowie ein Höchstmaß an Transparenz aller wirtschaftlichen Aktivitäten.

Handlungsbedarf besteht unter anderem im Bereich des Bioabfalls. Die bestehende Anlage in Lockweiler ist zwar in ökologischer Hinsicht und in puncto Zuverlässigkeit besser als ihr Ruf. Sie repräsentiert jedoch den Stand der Technik von Mitte der neunziger Jahre und verursacht hohe Kosten. Die dort praktizierte Trockenvergärung ist für die Konsistenz des hierzulande anfallenden Biomülls nur bedingt geeignet. Andererseits ist bei den kostengünstig außerhalb des Saarlandes verbrachten Abfallmengen eine ökologisch einwandfreie Behandlung nicht gesichert. Hier sind dringend Alternativen gefordert: sei es die Umrüstung der Anlage in Lockweiler oder eine neu zu errichtende Anlage. Dabei sind aufgrund der in diesem Bereich herrschenden Größenvorteile auch grenzüberschreitende Lösungen in Betracht zu ziehen.

Auch wenn der EVS sich unter dem Druck der Öffentlichkeit und der Umweltverbände in jüngster Zeit in manchen Bereichen bewegt hat, stehen wir Grüne ebenso alternativen Konzepten einer ökologischen Abfallentsorgung offen gegenüber. Ob als Zweckverband, Arbeitsgemeinschaft oder per öffentlich-rechtliche Vereinbarung, also in den Formen, die das Gesetz über die kommunale Gemeinschaftsarbeit vorsieht, muss es Ziel sein, die Ökologisierung, das heißt die konsequente Vermeidung und Verwertung von Abfall voranzutreiben und die Anreize

zur Effizienz, insbesondere im Bereich der sozialen und ökologischen Gebührengestaltung, besser zu setzen als bisher. Dazu gehört insbesondere der Übergang zur Müllverwertung.

Die Landesregierung muss Rahmenbedingungen schaffen, die gewährleisten, dass die Kommunen, Bürgermeister und Räte ihrer Verantwortung in Entsorgungsfragen nachkommen können. Die Abfall- und Abwasserwirtschaft muss Thema in den Stadt- und Gemeinderäten werden, auch wenn ein erheblicher Teil der entsprechenden Aufgaben noch dem EVS übertragen ist.

Durch die Schaffung von Überkapazitäten haben sich die Landesregierung und die EVS-Geschäftsführung im Abfallbereich in eine Gebührenfalle hinein manövriert. Die Kosten dieser Anlagen belasten den Gebührenhaushalt. Um diese Belastung zu mindern, setzt man auf Erlöse, die durch die Verbrennung importierter Abfallmengen zustande kommen sollen. Wir sind der Auffassung, dass den Bürgerinnen und Bürgern, insbesondere in Saarbrücken, Völklingen, Neunkirchen und Großrosseln, die sich gegen die Schaffung dieser Überkapazitäten in Velsen und Neunkirchen gewandt haben, keine zusätzlichen Umweltbelastungen durch Müllimporte von weit außerhalb des Saarlandes mehr zugemutet werden können.

V

Zeit für Erhaltung der biologischen Vielfalt

Die Erhaltung der biologischen Vielfalt ist eine Querschnittsaufgabe und muss auf regionaler, nationaler und globaler Ebene in allen Politikbereichen eingebunden werden. Natur und Artenschutz sind nicht nur in die Land-, Forst-, Jagd- und Fischereiwirtschaft, sondern auch in die Verkehrs-, Klima- und Energiepolitik zu integrieren. In Deutschland sind heute rund 35% der 48.000 Tierarten und 72% der Biotop gefährdet. Raumbedeutende Nutzungsformen, wie intensive Landwirtschaft, der anhaltende Raubbau in unseren Wäldern und die Überfischung der Meere tragen weiter zu dem rasanten Artensterben bei.

Die dramatische Situation erfordert umgehend, sich auch auf der Ebene des Saarlandes mit konkreten Maßnahmen zur Erhaltung der biologischen Vielfalt nach dem Grundsatz: „Global denken – Lokal handeln“ zu befassen. Es darf nicht weiter wie bisher auf die internationale Verantwortlichkeit verwiesen werden, um eigenes Nichtstun zu legitimieren.

FLÄCHENVERBRAUCH REDUZIEREN

Das Saarland zählt zu den Bundesländern mit der höchsten Dichte an Verkehrsinfrastruktur, an Einwohnerzahl pro Quadratmeter, an raumbedeutender Siedlungsaktivität für den privaten Wohnungsbau und an Gewerbeflächenpotenzial pro Kopf.

Wir wollen den Netto-Flächenverbrauch drastisch zurückfahren. Das bedeutet ausdrücklich, nicht neue Bautätigkeiten u.ä. aufzugeben, sondern vielmehr einen anderen, verantwortungsvollen Umgang mit der verfügbaren Fläche. Wir wollen ein konsequentes Flächenrecycling bzw. ein nachhaltiges Flächenmanagement einrichten und eine Neuausrichtung der Wohnungsbauförderung mit dem Schwerpunkt auf Renovierung und Ausbau, anstatt auf ausschließlichen Neubau zu setzen. Dazu gehört auch die Förderung von Projekten zur Nachverdichtung in den Kommunen sowie zur Aktivierung von Baulücken. Hierzu ist auch das Bundesförderprogramm REFINA (Forschung für die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und ein nachhaltiges Flächenmanagement) für die Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit (gemeinsame Gewerbegebiete und Siedlungsentwicklung) zu nutzen.

BIOTOPVERBUND UMSETZEN

Die Vorgabe im Bundesnaturschutzgesetz nach einem Biotop-Verbund von mindestens 10% der Landesfläche wird im Saarland bisher nicht umgesetzt. Die besondere Situation im Saarland (Verinselung der Lebensräume) hat bei vielen Arten zu einem Verlust des innerartlichen Austausches geführt. Wir wollen dem entgegensteuern, um einen wirksamen Biotopverbund zu erreichen, der dem Austausch der Arten dient. Die Landesregierung muss dazu verpflichtet werden, ein landesweites Biotop-Verbund-Konzept zu erarbeiten, in dem die vorhandenen Lebensräume mit neuen Verbundelementen vernetzt werden. Die Vorgabe aus dem Bundesnaturschutzgesetz von 10% der Landesfläche ist nicht nur zu erfüllen, sondern aufgrund der besonderen Situation im Saarland auf 15 % zu erhöhen. Ebenso muss die Landesregierung ein Konzept für Entwicklungsräume für einen Biotop-Verbund entwickeln, in dem zukünftig Ausgleichsmaßnahmen für Eingriffe in die Natur und Landschaft konzentriert werden.

NATURSCHUTZ - STATT NATURNUTZGESETZ

Mit der Novelle des saarländischen Naturschutzgesetzes hat das Saarland den wirtschaftenden Menschen zum Maß aller Dinge erklärt und den Schutz der Naturgüter in die zweite Reihe gestellt. Der Ansatz „Naturschutz nur, wenn es den Menschen dient“, hat aus einem Naturschutz- ein Naturnutzgesetz gemacht. Die zum 01.01.2008 vollzogene Verwaltungsstrukturreform hat schließlich alle umweltrelevanten behördlichen Zuständigkeiten auf regionaler Ebene zerschlagen und in einer Landesbehörde zentralisiert. Dadurch hat sich die Landesregierung vom Ansatz des wirklichen Naturschutzes verabschiedet und das Senken von Naturschutzstandards billigend in Kauf genommen. Wir wollen, dass die Verwaltungsstrukturreform für die umweltrelevanten Bereiche rückgängig gemacht wird und die Zuständigkeiten, u.a. für den Naturschutz, das Wasser- und Jagdrecht an die Gemeindeverbände zurückverwiesen wird. Darüber hinaus sind viele Bereiche des praktischen Naturschutzes aus der Zuständigkeit des Umweltministeriums und des Landesamtes für Umweltschutz herauszulösen und an die Gemeindeverbände sowie an die Kommunen zu verweisen. Wir wollen das saarländische Naturschutzgesetz novellieren, damit aus einem Naturnutz- ein echtes Naturschutzgesetz wird.

ÖKOLOGISCHE UND GENTECHNIKFREIE LANDWIRTSCHAFT

Das Saarland lebt von seiner Kulturlandschaft. Landwirtschaftliche Nutzflächen, Wälder, Streuobstflächen und Weinbau charakterisieren unser Land. Die Landwirtschaft ist überwiegend klein strukturiert und unterscheidet sich von der industriellen landwirtschaftlichen Produktion in anderen Regionen und Ländern. Durch den Vormarsch gentechnikveränderter Organismen, die insbesondere aus Amerika auf den europäischen Kontinent überschwappen, droht ein Aderlass für die Lebensgemeinschaften der Kulturlandschaft. Deshalb fordern wir den völligen Verzicht auf den Anbau gentechnisch veränderter Nutzpflanzen. Nicht zuletzt kann ein ungeordneter Anbau nachwachsender Rohstoffe für die stoffliche Verwertung oder die Energieerzeugung nachhaltige negative Auswirkungen für unsere Tier- und Pflanzenwelt ausüben.

Uns ist es in der Vergangenheit gelungen, im Sinne der saarländischen Verbraucherinnen und Verbraucher die Chancen für eine gentechnikfreie, ökologische Landschaft deutlich zu machen. Gerade das kleine, überschaubare Saarland mit seinen guten Voraussetzungen zur Umsetzung der Agrarwende kann hier aus dem Schatten der anderen Bundesländer heraustreten. Wir werden uns mit allen Mitteln gegen den Anbau und das damit verbundene Risiko der Ausbreitung gentechnisch veränderter Organismen in der Landschaft einsetzen, auch um unsere Tier- und Pflanzenarten zu schützen.

Wir wollen die Landesregierung dazu verpflichten, die Direktvermarktung mit einer breit angelegten und erfolgsorientierten Kampagne zu stärken und damit den Landwirten auch längerfristig einen Anreiz zu geben, auf Gentechnik beim Anbau ihrer Produkte zu verzichten. Wir unterstützen die landwirtschaftlichen Betriebe, die auf ökologische Wirtschaftsweisen umsteigen.

Angesichts des Verfalls der Milchpreise fordern wir von der Landesregierung eine Bundesratsinitiative zur Umsetzung der Ergebnisse des ersten Milchgipfels. Wir fordern eine Begrenzung der Milchmengen und ein Konzept zur Absatzförderung von Milch und Milchprodukten im Saarland, besonders im Hinblick auf die Entwicklung und Förderung von Regionalmarken und Bioprodukten.

BIOENERGIE - GEPLANT UND UMWELTVERTRÄGLICH

Wir wollen einen deutlich stärkeren Anteil von Bioenergien, bestehen aber auf eine umweltverträgliche und nachhaltige Entwicklung in der Fläche.

Mit Landnutzern, Naturschützern und der Bevölkerung muss deshalb ein abgestimmtes Konzept entwickelt werden.

Die bisherigen Positionen, den Anbau nachwachsender Rohstoffe den Landwirten zu überlassen und selbst das

„Ruder“ aus der Hand zu geben, ist zwar bequem, provoziert aber die bekannten Konflikte und führt zu einem Stillstand, der dem Saarland einen der letzten Plätze im Bio-Energie-Ranking der Länder beschert.

Wir fordern von der Landesregierung, alle planerischen Instrumente zu nutzen, um einen verantwortlichen Anbau von Biomasse zu garantieren. Wir wollen, dass zur Erzeugung von Biogas in erster Linie Reststoffe und Abfälle aus der landwirtschaftlichen Erzeugung, der Lebensmittelproduktion, der Landschaftspflege etc. genutzt werden. Beim Anbau von nachwachsenden Rohstoffen auf landwirtschaftlichen Flächen dürfen keine gentechnisch veränderten Pflanzen angebaut werden, und es ist auf eine konsequente Fruchtfolge zu achten.

UNTERSTÜTZUNG DES EHRENAMTLICHEN NATURSCHUTZES

Der ehrenamtliche Naturschutz, eine wichtige Säule des Natur- und Artenschutzes in der Fläche und Bindeglied zur Bevölkerung, darf nicht weiter parteipolitisch „missbraucht“ werden. Meist sind Naturschutzorganisationen dann gefragt, wenn es um die Unterstützung von PR-Aktionen geht. Nicht gefragt sind diese jedoch, wenn es um die Umsetzung politischer Ziele geht, die mit Zielen des Natur- und Artenschutzes konkurrieren. Wir fordern eine Form der Unterstützung von Naturschutzorganisationen, die nicht wie bisher der Willkür der Landesregierung unterliegt.

Zeit für den Schutz des Saarwaldes

Das Saarland ist eines der waldreichsten Bundesländer, rund 36% der Landesfläche tragen ein grünes Blätterdach. Der flächenmäßig größte Waldbesitz, der Staatswald im Saarland (ca. 45.000 ha) wird durch den Saarforst-Landesbetrieb bewirtschaftet. Die kommunalen Wälder (ca. 38.000 ha) werden entweder in Eigenregie oder im Rahmen vertraglicher Vereinbarungen durch Saarforst oder durch sonstiges fachkundiges Personal betreut. Der Privatwald mit einer Gesamtfläche von ca. 22.000 ha wird zum Teil durch drei Forstbetriebsgemeinschaften forstlich betreut, der übrige Privatwald wird teilweise in Eigenregie, auf großen Flächen vor allem im Realteilungsgebiet auch gar nicht bewirtschaftet.

Die saarländische Landesregierung versuchte in den letzten Jahrzehnten durch drastische Rationalisierungsmaßnahmen die Betriebsergebnisse im Staatswald zu verbessern: in der Holzernte durch zunehmende Mechanisierung, durch verstärkte Einschläge gerade in älteren Wäldern, durch Vernachlässigung der Wiederbewaldung und Waldpflege und durch Einsparungen, insbesondere von Waldarbeitern und der Zerschlagung der Forstrevierebene.

Industrialisierung und zunehmender Verkehr sind Hauptursachen der flächigen Walderkrankungen, deren Auswirkungen auch heute noch eine der gravierendsten umweltpolitischen Probleme darstellen. Unserer Generation kommt die verantwortungsvolle Aufgabe zu, das waldkulturelle Erbe nicht nur weiterzuführen, sondern auch den Gesundheitszustand der meist kranken Wälder wieder zu verbessern und dies bei zunehmend schwieriger werdenden Rahmenbedingungen. Wir setzen wir uns dafür ein, dass die saarländischen Wälder nicht nur erhalten bleiben, sondern deren Zustand und Bedeutung im Sinne einer lokalen und damit auch globalen Verantwortung durch eine entsprechende Bewirtschaftung verbessert wird. Der öffentliche Wald hat hier eine besondere Verantwortung und Vorbildfunktion.

NATURNAHER WALD SCHÜTZT DAS KLIMA

Wir begrüßen ausdrücklich die bisherigen Initiativen, den Saarwald möglichst naturnah zu bewirtschaften. Die geänderten Rahmenbedingungen, denen unser Wald ausgesetzt ist und in Zukunft sein wird und die neuen Herausforderungen an seine Wohlfahrtsleistungen erfordern jedoch Anpassungen der waldpolitischen Zielsetzungen, die weit über die Funktion als Lieferant des nachwachsenden Rohstoffes Holz hinausgehen müssen. Gerade in der heutigen Zeit, ist dies ein wichtiger und verantwortlicher Schritt, den Folgen des laufenden globalen Klimawandels zu begegnen. Der Grüne Grundsatz „global denken – lokal handeln“ wird durch diese politische Entscheidung umgesetzt.

Neben dem Ziel den CO₂-Ausstoß insgesamt zu reduzieren, ist es erforderlich das Potenzial der natürlichen CO₂-Bindung zu optimieren. Nach anerkannter und wissenschaftlich bestätigter Meinung eignen sich dazu gerade Wälder, die im Rahmen der Photosynthese erhebliche Mengen an CO₂ aufnehmen und im Holz langfristig binden. Wälder und intakte humusreiche Waldböden sind neben den Ozeanen die größten CO₂-Speicher. Deshalb sind diese wegen ihrer positiven Auswirkung auf die globale CO₂-Bilanz von herausragender Bedeutung. Wälder und ihre Böden binden in großen Mengen den „Klimakiller“ CO₂ im nachwachsenden Holz und in der organischen Substanz der Böden. Dies umso mehr, je älter die Bäume, je höher die Dichte des Holzes und je humusreicher die Waldböden sind.

Wir sehen dabei in dem gezielten Ausnutzen des heimischen Baumartenspektrums die waldbaulich und wirtschaftlich sinnvollste Möglichkeit, auf die bereits laufenden klimatischen Rahmenbedingungen zu reagieren. Wir müssen uns langfristig auf andere Wälder einstellen, Wälder, die sich am ehesten einer durch Menschen verursachten Veränderung der Umweltbedingungen anpassen können.

Wir bekennen uns zu energieextensiven Formen der Waldbewirtschaftung. Die in den letzten Jahren durchgeführte Hochmechanisierung der Waldarbeit widerspricht dem Ziel, gerade dort sparsam mit Energie umzugehen, wo die Verschwendung von Energie zu den bekannten Schäden in den Wäldern und der laufenden Klimaveränderung führt. Die weitere maschinelle „Aufrüstung“ der Waldarbeit ist auch ein falsches Signal in unsere Gesellschaft, die zu einem sparsamen und effizienten Umgang mit Energie angehalten wird.

HOLZ ALS ERNEUERBARE ENERGIEQUELLE

Holz leistet als erneubare Energiequelle einen wichtigen Beitrag zum Ausstieg aus den fossilen Energieträgern. Dies darf jedoch nicht dazu führen, dass der Wald zum „reinen Energielieferanten“ verkommt. Eine Energieholzmobilisierung muss strengsten ökologischen Standards unterworfen werden und darf dem Ziel nach Steigerung der Naturnähe und der Holzvorräte in unseren Wäldern nicht widersprechen. Wir wollen den verstärkten Anbau von Energiewäldern auf sogenannten Grenzertragsstandorten und in landwirtschaftlichen Defiziträumen. Schnell wachsende heimische Baumarten (z.B. Birke, Weide, Eber, Esche, Haselnuss) können dort die Akrobiodiversität fördern und zu einem Biotopverbund beitragen. Dieser Anbau ist gemeinsam mit den örtlich zuständigen Landnutzern abzustimmen, landesplanerisch zu ordnen und in einem Biotopverbundsystem einzubinden.

NOVELLIERUNG DES WASSERGESETZES

Wälder verhindern den Bodenabtrag durch Wasser und Wind (Erosion). Wälder verbessern durch intakte Nährstoffkreisläufe die Bodenbildung hinsichtlich Qualität und Quantität. Die prognostizierte Veränderung des Klimas wird zu einer Veränderung unserer Wälder und des Wasserhaushaltes führen. Unsere Wälder dürfen nicht länger an die Mechanisierung angepasst werden, die Technik muss sich dem schonenden Umgang mit unserem Öko-System Wald anpassen und einen ungestörten Abfluss des Oberflächenwassers garantieren. Wir fordern eine Forsttechnik, die die Bodenstruktur und auch die Bedeutung des Waldbodens als Wasserfilter und –speicher nicht beeinträchtigt und lehnen das Ausbringen von Pestiziden und Klärschlamm im Wald ab.

Wir wollen eine Novellierung des saarländischen Wassergesetzes zur Verbesserung der Renaturierung der Fließgewässer. Wir wollen den Rückbau von Gewässerregulierung im Wald, die Schaffung von ausgedehnten Waldretentionsräumen und eine auf diese Zielsetzung abgestimmte Wirtschaftsweise.

WALD GESTALTET LANDSCHAFT

Wald gestaltet die Landschaft und prägt das Landschaftsbild. Wälder fordern neben den anderen unsere Region prägenden Elementen, wie Streuobstwiesen, landwirtschaftlichen Nutzflächen und Wasserflächen den ästhetischen Wert unserer Kulturlandschaft. Diese vielfältige Landschaftsausstattung ist es, die die Bedeutung unseres Landes auch als Tourismusregion ausmacht, denn Wald wird von den Erholungssuchenden am stärksten als ursprüngliche Natur empfunden. Wir treten ein für die Erhaltung des freien Zugangs zum Wald und die Erhaltung siedlungsnaher Wälder als Erholungsgebiet durch eine kontinuierliche Raumordnungspolitik.

„GRÜNER-ARBEITSPLATZ“-WALD

Wir sehen im Wald als Arbeitsplatz zukünftig auch erhebliche neue Beschäftigungspotenziale im Rahmen einer verantwortungsvollen und zukunftsfähigen Bewirtschaftung der Wälder. Ähnlich wie im Bereich der Landwirtschaft werden Holzprodukte zukünftig nicht nur energiepolitisch interessanter, sondern auch die stoffliche Nutzung für die chemische Industrie wird dem Produkt Holz eine neue Wertschätzung einbringen. Beides sind ideale Voraussetzungen, den Wald als neuen „Grünen Arbeitsmarkt“ zu entwickeln. Dazu brauchen wir gut

ausgebildete Waldfacharbeiter und Förster, die Förderung von Unternehmungsgründungen im Bereich der Waldpflege, die Unterstützung und Professionalisierung von Forstbetriebsgemeinschaften und keinen weiteren Personalabbau im Bereich der Waldwirtschaft. Wir wollen die Grundsätze einer naturnahen Waldbewirtschaftung als einfache, für jedermann überprüfbare Kriterien festlegen und als Waldkodex für eine neue Umgangsform mit dem Wald verwenden. Auch die forstliche Förderung ist auf eine naturnahe Waldbewirtschaftung und den zu schaffenden Waldkodex auszurichten. Das saarländische Wald- und Jagdgesetz ist nach neuesten ökologischen Gesichtspunkten und neuen Ansprüchen an den Wald und seinen Erzeugnissen zu reformieren und noch stärker auf eine naturnahe Waldbewirtschaftung auszurichten.

ÖKOLOGISCH VERTRÄGLICHE JAGDNUTZUNG

Die Nutzung wildlebender Ressourcen (also auch heimische jagdbare Tierarten) ist außerhalb besonderer Schutzgebiete, wie Naturschutzgebiete, Kernzonen des geplanten Biosphärenreservats legitim. Die Kriterien und Prinzipien einer nachhaltigen Jagd werden dann erfüllt, wenn die Jagd dazu dient, eine artenreiche und vitale Wildpopulation mit heimischen Arten und deren Lebensräume zu erhalten und dabei auf andere, nicht sinnvolle nutzbare und nicht jagdbare Tierarten sowie auf die Pflanzenwelten und Landnutzer in besonderem Maße Rücksicht nimmt. Der Schutz bedrohter jagdbarer Tierarten und ein verantwortungsvoller Umgang mit den übrigen jagdbaren Tierarten muss durch einen wirksamen Schutz ihrer Lebensräume und eine möglichst ungestörte Entwicklung realisiert werden.

Wir wollen die Sicherstellung eines artenreichen, an die Tragfähigkeit des Biotops angepassten Wildbestandes. Wir wollen die Bindung der Abschusspläne an Waldzustandsinventuren, die Einführung effektiver Jagdmethoden und ein Verbot der Verabreichung jeglicher Futtermittel. Die ökologische und waldökologische Schulung der Jäger muss forciert werden, ebenso brauchen wir ein Wildtiermanagement, das an Klima-, Natur- und Artenschutzerfordernisse angepasst ist, anstatt der herkömmlichen, trophäenorientierten Jagd. Dazu wollen wir die Jagdgesetze reformieren, insbesondere auch damit die Klimaschutzziele im Wald gewährleistet werden.

Wir Grüne wollen durch Umsetzung unseres Waldprogrammes zu einer verantwortungsvollen Bewirtschaftung unserer grünen Lunge beitragen. Wir wollen auch die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes dazu gewinnen, dass sie selbst Verantwortung für unsere Wälder übernehmen, denn es sind ihre Wälder und nicht die von Förstern und Jägern. Wir wollen, dass der Schutz unserer Wälder eine Aufgabe aller Saarländerinnen und Saarländer wird, denn wir alle atmen auch den Sauerstoff, den die Wälder produzieren.

VII

Zeit für Bürgerrechte, Freiheit, Sicherheit

DEMOKRATIE UND BÜRGERRECHTE

Wir wollen einen starken Rechtsstaat, der seine Bürgerinnen und Bürger schützt, dabei ihre Rechte achtet und sie nicht allgegenwärtig und flächendeckend überwacht. Die notwendige Bekämpfung von Terrorismusgefahren darf nach unserer Ansicht nicht mit im stetigen Abbau bürgerrechtlicher Standards bezahlt werden. Sicherheitsinteressen und Freiheitsrechte können nicht beliebig gegeneinander abgewogen werden. Das Schüren der Angst vor Terroranschlägen wird von der Großen Koalition, allen voran Bundesinnenminister Schäuble, und auch von der CDU-Landesregierung dazu genutzt, den deutschen Rechtsstaat Schritt für Schritt in einen Überwachungsstaat umzubauen. Die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus nehmen wir ebenso ernst wie die Herausforderung, ihm wirksam zu begegnen. Sicherheit darf aber nicht zur Staatsdoktrin werden, der sich alles unterzuordnen hat. Durch die Ausweitung der Sicherheitsgesetze geraten immer mehr Menschen ins Visier staatlicher Überwachung, gegen die sie sich kaum wehren können. Online-Durchsuchungen, Speicherung von Verbindungsdaten auf Vorrat, Nutzung der Mautdaten für polizeiliche Zwecke, Konto-, Video-, Telefon- und Computerüberwachung bilden in der Summe die neue Qualität eines Überwachungsstaates, in dem grundsätzlich jede und jeder verdächtig ist.

Wir können und wollen der Bedrohung durch den Terrorismus mit den Mitteln des Rechtsstaates unter Wahrung der Menschen- und Bürgerrechte entgegentreten.

GENEN VERSCHÄRFUNGEN IM POLIZEIGESETZ

Wir wenden uns gegen eine verschärfte Telefon- und Videoüberwachung. Kameras schrecken Gewalttäter nicht ab und verhindern auch keine Terroranschläge. Das haben spätestens die Anschläge in London gezeigt. Statt erweiterten Kompetenzen brauchen wir besser geschultes und ausgestattetes Personal und eine bessere Vernetzung der zuständigen Behörden. Neue Gesetze und die Aufrüstung des Sicherheitsapparates bedeuten nicht zwangsläufig mehr Sicherheit. Einen wirksamen Schutz gegen Terrorgefahren bietet vielmehr eine professionelle Polizeiarbeit. Die bisherigen Fahnderfolge zeigen, dass es im Rahmen der bestehenden Gesetze möglich war und ist, der Terrorgefahr wirksam zu begegnen. Sicherheitspolitik geht weit über den Einsatz von Polizei, Staatsanwaltschaft und Verfassungsschutz hinaus. Es müssen ökonomische und soziale Konzepte zur Prävention und zur Konfliktlösung einbezogen werden. Dazu gehört es auch, die Zivilgesellschaft zu stärken und dafür die strukturellen Rahmenbedingungen zu schaffen, den Dialog der Kulturen und Religionen zu fördern und die Integration voranzubringen. Die Strategie, zunächst Angst zu schüren und in der Folge dann Bürgerrechte und Freiheiten immer weiter auszuhöhlen, bringt keine Sicherheitsgarantie. Absolute Sicherheit kann es nicht geben. Unser Ziel muss es sein, Sicherheit rechtsstaatlich zu gewähren.

Seit der Änderung des saarländischen Polizeigesetzes im Jahr 2007 können im Saarland Fotos und Fingerabdrücke auch strafunmündiger Kinder, die in Bezug auf Straftaten auffällig geworden sind, in einer Verbrecherkartei gespeichert werden. Dies wollen wir nicht. Dies widerspricht dem sich aus der Strafunmündigkeit ergebenden

Schutzgedanken und bewirkt eine Stigmatisierung der Kinder. Eine frühzeitige „Abstempelung“ kann gerade das Einschlagen einer kriminellen Karriere bewirken. Wer auffälligen Kindern helfen will, muss die auslösenden Probleme angehen. Dazu müssen die Sozial- und Jugendhilfe weiter ausgebaut werden.

Wir wollen, dass die automatisierte Kennzeichenerfassung wieder abgeschafft wird. Durch die automatische Erfassung von Kennzeichen wird eine Vielzahl von Menschen ins Visier der Polizei genommen, die zu der Maßnahme keinerlei Anlass gegeben haben. Eine anlass- oder verdachtslose flächendeckende automatisierte Kennzeichenerfassung verletzt den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit.

PRIVATE DATEN BESSER SCHÜTZEN

Der große Netzangriff soll in einem der intimsten Bereiche des heutigen Lebens geführt werden, nämlich im privaten Computer. Er ist heute die elektronische Schublade, in der beispielsweise Tagebucheinträge, Urlaubsfotos, private Kommunikation, Gesundheits- und Sozialdaten abgelegt werden. Für uns Grüne ist der garantierte Schutz der Privatsphäre unantastbar. Daher wenden wir uns strikt gegen die Einführung der heimlichen Online-Durchsuchung. Das Bundesverfassungsgericht hat hohe Hürden für Online-Durchsuchungen aufgebaut und das Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme geschaffen. Damit ist verbrieft: nicht nur in der Wohnung, sondern auch auf dem Computer gibt es Bereiche, die zur Privatsphäre gehören. Die Heimlichkeit des Angriffs vergrößert die Grundrechtsverletzung gegenüber einer Hausdurchsuchung erheblich.

Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger wirksam davor schützen, dass ihre Daten ohne ihr Wissen gespeichert und verkauft werden. Zusätzlich zum Schutz vor staatlichem Datenmissbrauch muss auch der Datenmissbrauch in der privatwirtschaftlichen Sphäre wirksam verhindert werden. Staat und Privatwirtschaft haben den Datenschutz in den vergangenen Jahren sträflich vernachlässigt. Wir wollen eine Überarbeitung der Datenschutzgesetze und eine Stärkung der Kontrolle des Datenschutzes.

Um eine einheitliche und unabhängige Datenschutzkontrolle im privaten und im öffentlichen Bereich zu gewährleisten, wollen wir daher diese in einem unabhängigen weisungsungebundenen Landeszentrum bündeln (Datenschutzzentrum). Hierdurch kann eine niedrigschwellige und bürgernahe Kontroll- und Beratungsinstanz geschaffen werden, die als Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger in allen Fragen des Datenschutzes dient. Wir wollen eine Modernisierung der Datenschutzgesetze, um die Interessen der Bürgerinnen und Bürger in Zukunft besser zu schützen und Sorge dafür zu tragen, dass keine Daten ohne ihre ausdrückliche Einwilligung weitergegeben werden. Datenhandel muss verboten werden und der Datenschutz als Grundrecht in die Verfassung aufgenommen werden.

POLIZEI STÄRKEN – KRIMINALITÄT BEKÄMPFEN

Wir wollen eine starke und bürgernahe Polizei. Die Polizei ist ein Eckfeiler der Sicherheit in unserem Land. Sie hat eine wichtige Schutzfunktion. Sie hat gleichermaßen Kriminalität wirksam zu bekämpfen wie Bürgerrechte zu wahren. Dabei soll sie sich durch Bürgernähe und Flexibilität auszeichnen, um neuen Herausforderungen wirksam begegnen zu können.

Wir setzen uns für eine dezentrale Polizei ein. Die Polizeireform der CDU-Landesregierung hat dazu geführt, dass Polizeiwachen zentralisiert wurden und die Polizeipräsenz in der Fläche reduziert wurde. Das ist für eine effektive und bürgernahe Polizeiarbeit langfristig kontraproduktiv. Hier hat die Landesregierung auf Kosten der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger gespart. Die Polizei muss auch personell verstärkt werden. In den nächsten Jahren werden zahlreiche Polizistinnen und Polizisten in den Ruhestand treten. Deshalb muss rechtzeitig mit dem Aufbau einer altersgemischten Polizei und der Ausbildung junger Polizistinnen und Polizisten begonnen werden. Der Überstundenberg bei der saarländischen Polizei ist unter der CDU-Landesregierung massiv gestiegen. Dieser Umstand beeinträchtigt nicht nur die Qualität der Polizeiarbeit, er stellt auch eine erhebliche Belastung für die Polizistinnen und Polizisten sowie ihrer Familien dar.

Wir wollen mehr „grün“ auf den Straßen. Um den berechtigten Sicherheitsbedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger Rechnung zu tragen, muss die Polizei in der Öffentlichkeit präsent sein. Statt mehr Überwachungstechnik, die die Freiheitsräume der Bürgerinnen und Bürger beschneidet, brauchen wir mehr polizeiliche Präsenz auf Straßen und Plätzen und eine bessere Erreichbarkeit in den Kommunen.

Wir machen uns für eine „bunte“ Polizei stark. Die Polizei kann langfristig nur erfolgreich arbeiten, wenn sie unsere sich ständig verändernde Gesellschaft abbildet. Sie benötigt deshalb für ihre Arbeit verstärkt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund und Erfahrungen aus verschiedenen Kulturen. Auch Frauen sind im Polizeidienst noch deutlich unterrepräsentiert. Sie dürfen nicht schon durch einseitige Auswahlkriterien benachteiligt werden. Die Organisation der Polizeiarbeit muss auf ihre Belange verstärkt Rücksicht nehmen.

Wir setzen uns für eine moderne Ausstattung der Polizei ein. Wir wollen außerdem das vorhandene Personal optimal nutzen. Dazu muss die saarländische Polizei in stärkerem Maße als bisher von polizeifremden Ausgaben entlastet werden. Wir unterstützen daher kommunale Präventionsbeiräte. Diese können ein wirksames Instrument sein, in dem gesellschaftliche Institutionen und Polizei gemeinsam Strategien für mehr Sicherheit vor Ort entwickeln. Wir machen uns für eine unabhängige Anlaufstelle stark. Zur Verbesserung der Arbeit unserer Polizistinnen und Polizisten bedarf es nicht zuletzt eines unabhängigen Polizeibeauftragten, der dem Landtag gegenüber verantwortlich ist.

Wir treten ein für eine wirksame Kontrolle privater Sicherheitsdienste. Private Sicherheitsdienste übernehmen in immer stärkerem Maße teilweise polizeiähnliche Aufgaben. Ihre Arbeit dient auch der Entlastung der Polizei und deren Konzentration auf Kernaufgaben. Private Sicherheitsdienste müssen aber kontrolliert werden. Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen für ihre schwierigen und sensiblen Aufgaben qualifiziert sein und werden.

DEMOKRATISCHER VERFASSUNGSSCHUTZ

Wir wollen die Verfassung nachhaltig schützen. Aufgaben und Arbeitsweisen des Verfassungsschutzes haben sich in den vergangenen Jahren zum Teil grundlegend verändert. Die geänderte Aufgabenstellung im Zusammenhang mit dem internationalen Terrorismus macht es erforderlich, ausreichend Sachmittel und Personal für diese Arbeit bereitzustellen. Hierfür braucht der Verfassungsschutz insbesondere mehr Fachleute wie beispielsweise Islam- oder IT-Experten. Auch im Bereich des Rechtsextremismus gibt es beispielsweise Strukturen, die ohne verdeckte Ermittlungen nicht kontrolliert werden können. Allerdings müssen sich die Verfassungsschutzbehörden auf die wirklichen Gefahren für Staat und Gesellschaft konzentrieren und dürfen ihre Ressourcen nicht für die Überwachung friedlicher oppositioneller Gruppierungen, wie etwa von Globalisierungsgegnern, verschwenden.

Wir wollen einen demokratischen, freiheitlichen und rechtsstaatlichen Grundsätzen verpflichteten Verfassungsschutz. Die Trennung zwischen Polizei und Geheimdiensten ist ein wichtiges Element unserer demokratischen Gesellschaft und darf nicht aufgeweicht werden. Das Landesamt für Verfassungsschutz muss umstrukturiert und reformiert werden. Den besten Schutz für unsere Verfassung stellen aufgeklärte Bürgerinnen und Bürger dar. Aufklärungsarbeit zählt daher zu den Hauptaufgaben des Verfassungsschutzes.

Wir wollen eine effektive parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes. Der hierfür eigentlich zuständige Ausschuss für Verfassungsfragen im saarländischen Landtag wurde in der laufenden Legislaturperiode nur wenige Male einberufen. Es ist zudem ein Unding, dass diesem Ausschuss nur drei Mitglieder angehören, die allesamt von CDU und SPD gestellt werden – Bündnis 90/Die Grünen und die FDP dürfen keine stimmberechtigten Mitglieder in diesem Ausschuss stellen. Dieser Kontrollausschuss verfügt auch über keinerlei Befugnisse gegenüber dem Landesamt für Verfassungsschutz. Dies wollen wir ändern.

BÜRGERINNEN UND BÜRGER BETEILIGEN

Unverändert gelten für Volksbegehren und Volksentscheide bis heute die gesetzlichen Vorschriften aus dem Jahr 1979. Diese Regelungen haben sich in der Praxis nicht bewährt. Die Ziele, die mit der Einführung dieser direkt-demokratischen Elemente in der Verfassung erreicht werden sollten, nämlich die politische Kultur im Saarland zu verändern und zu beleben und Politikverdrossenheit zu vermeiden, wurden nachweislich nicht erreicht. Das liegt an den hohen Hürden, die in der saarländischen Verfassung festgelegt sind. Besonders das sogenannte „absolute Finanztabu“ verhindert faktisch jedes Volksbegehren. Wir wollen, dass die Elemente der direkten Demokratie im Saarland zu einem echten und praktikablen Mitwirkungsrecht für die Bürgerinnen und Bürger umgestaltet werden.

In anderen Bundesländern finden regelmäßig Volksbegehren und Volksentscheide statt. Die Bürgerinnen und Bürger geben ihre Stimme dort nicht für fünf Jahre an der Wahlurne ab, sondern entscheiden zwischen den Wahlen über wichtige Fragen, z.B. über bildungspolitische Themen wie Schulschließungen und -strukturen, über Energiethemen und die Abfallentsorgung. Dies muss auch im Saarland möglich sein.

Wir wollen, dass Volksbegehren fair werden. Sie müssen auch dann zulässig sein, wenn sie sich auf den Staatshaushalt auswirken. Erst wenn eine Auswirkung auf den Haushalt von einer gewissen Intensität zu befürchten ist, muss eine Grenze gezogen werden.

Wir wollen, dass das Unterschriftenquorum für Volksbegehren von 20% auf 10% gesenkt wird.

Für den Volksentscheid soll zukünftig die einfache Stimmenmehrheit genügen, wobei sich aber mindestens 25 % der Stimmberechtigten am Volksentscheid beteiligen müssen.

Wir wollen die bisherige Frist von zwei Wochen zur Unterschriftensammlung auf zwei Monate verlängern, damit ein Großteil der Bevölkerung die Möglichkeit hat, sich in die Unterschriftenliste einzutragen.

Wir wollen freie Unterschriftensammlungen zulassen, anstatt einer Amtseintragung im Rathaus einer Gemeinde, das festgelegten Öffnungszeiten unterliegt. Wir wollen auch freie Sammlungen auf der Straße und in der Fußgängerzone ermöglichen.

Wir wollen eine umfassende Information der Bürgerinnen und Bürger. Dazu soll ihnen mindestens zwei Wochen vor dem Volksentscheid mittels einer Benachrichtigungskarte Termin, Ort und Gegenstand des Volksentscheids mitgeteilt werden. Zusätzlich soll jeder Haushalt ein ausführliches Informationsblatt über die Inhalte des Volksentscheids und den Auffassungen der Initiatoren und des Landtages erhalten.

Die Bürgerinnen und Bürger müssen zudem die Möglichkeit haben, in allen wesentlichen politischen Fragen ein direktdemokratisches Verfahren einzuleiten, wenn eine relevante Zahl der Bürgerinnen und Bürger dies für nötig hält. Die muss auch für die Verfassung selbst gelten. An Volksbegehren über Verfassungsänderungen sind dabei aber höhere Anforderungen zu stellen als an sonstige Volksbegehren.

Außerdem muss die Volksinitiative im Saarland eingeführt werden. Dieses demokratische Mittel ermöglicht es den Bürgerinnen und Bürgern, mit vertretbarem Aufwand Themen in die politische Diskussion zu bringen. Wird die Volksinitiative von 20.000 Stimmberechtigten unterstützt, muss sich der Landtag mit dem Anliegen der Bürgerinnen und Bürger im Parlament befassen. Oft sind auf dieser Stufe bereits Kompromisse möglich. Die Volksinitiative kann auch dann genutzt werden, wenn die Initiatoren noch gar nicht sicher sind, ob sie wirklich bis zum Volksentscheid „durchmarschieren“ wollen. Lehnt das Parlament die Volksinitiative ab, bleibt immer noch die Möglichkeit, als nächsten Schritt ein Volksbegehren einzuleiten.

Nicht nur auf Landesebene, sondern auch vor Ort in den Kommunen müssen die direkt-demokratischen Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung reformiert werden. Gerade dort, wo es um das unmittelbare Lebensumfeld geht, in den Kreisen, Gemeinden und Städten, wird Demokratie als attraktive Chance zur Beteiligung und Mitsprache

spürbar. Die Bürgerinnen und Bürger sind keineswegs politikverdrossen, sie wollen mitentscheiden, ob z.B. ein neues Gewerbegebiet angesiedelt, ein neues Wohnbaugebiet ausgewiesen oder ein Schwimmbad geschlossen wird. Bürgerbegehren und Bürgerentscheide sind im Saarland jedoch noch keine wirkungsvollen Instrumente, um Bürgerinnen und Bürger zur Mitbestimmung zu motivieren. Seitdem diese Instrumente im Saarland – als einem der letzten Bundesländer - eingeführt wurden, hat es nur wenige Bürgerbegehren gegeben, kaum eines war erfolgreich. Einen Bürgerentscheid gab es noch nie. Bürgerbegehren über bestimmte Themen, wie etwa die Bauleitplanung, sind im Saarland im Gegensatz zu anderen Bundesländern gar nicht möglich. Unnötige formale Hürden müssen daher abgebaut werden. Wir wollen die Bürgerbeteiligung deutlich verbessern und bürgerfreundlicher gestalten. Umweltthemen sowie Bau- und Planungsverfahren dürfen – wie in anderen Bundesländern auch – vom Bürgerentscheid nicht ausgeschlossen werden. Das Unterschriftenquorum muss gesenkt werden. Für den Erfolg von Bürgerentscheiden soll eine einfache Mehrheit ausreichen.

REFORM DES AKTENEINSICHTSRECHTES

Wir wollen ein echtes Recht auf Informationsfreiheit für alle saarländischen Bürgerinnen und Bürger. Sie sollen freien Zugang zu den Informationen über die Tätigkeiten der öffentlichen Verwaltung erhalten, ohne eine persönliche Betroffenheit nachweisen zu müssen. Den Bürgerinnen und Bürgern soll mit Hilfe eines Informationsfreiheitsgesetzes die Möglichkeit eröffnet werden, den politischen Prozess mitzugestalten und staatliche Entscheidungen zu kontrollieren. Das derzeit geltende Informationsfreiheitsgesetz muss reformiert werden. Insbesondere die Ausnahmetatbestände, die die Behörden zur Verweigerung der Akteneinsicht berechtigen, müssen nachgebessert werden. Die Bürgerinnen und Bürger müssen über ihr Recht auf Informationszugang offensiv informiert werden, damit sie auch in die Lage versetzt werden, dieses Recht ausüben zu können.

JUGENDKRIMINALITÄT – URSACHEN BEKÄMPFEN

Eine effektive Jugendkriminalitätsbekämpfung beginnt mit der Bekämpfung ihrer Ursachen. Sinnvolle Prävention setzt frühzeitig schon im Kindes- und Jugendalter an und zwar dort, wo hohe Kriminalitätsraten einen Zusammenhang mit den sozialen und kulturellen Lebensbedingungen der Menschen aufweisen. Darum gehört der Kampf für gerechte Bildungschancen, lebenswerte Wohnquartiere und gegen das soziale Abkoppeln ganzer Stadtteile oder Personengruppen zur Prävention. Die Polizei muss deshalb neben der Verfolgung von Straftaten in Kooperation mit Schulen, sozialen Einrichtungen und Vereinen und in Zusammenarbeit mit den Behörden, z.B. der Jugendhilfe, um ihre Kompetenzen einbringen, um Kriminalität zu vermeiden. Es muss Sorge dafür getragen werden, dass die Strafmaßnahmen sofort ergriffen werden und nicht – wegen überlasteter Gerichte oder Behörden – Monate oder gar Jahre später.

ABRÜSTUNG IN PRIVATHAUSHALTEN

Nicht erst seit dem schrecklichen Amoklauf von Winnenden ist klar: Die massive Verbreitung und Präsenz von funktionsfähigen Schusswaffen in Privatwohnungen ist in hohem Maße Besorgnis erregend und eine Gefahr für die Sicherheit. Das Waffengesetz muss wesentlich deutlicher als bislang die Gewährleistung der persönlichen und öffentlichen Sicherheit in den Mittelpunkt stellen. Eine Änderung des Waffenrechts kann zwar nur ein Teil des komplexen Prozesses der Aufarbeitung von Amokläufen an Schulen sein. Es bleibt allerdings die Tatsache, dass ohne die Verfügbarkeit von funktionsfähigen Schusswaffen eine solche Tat nicht begangen werden kann. Alle Amoktäter der vergangenen Jahre hatten einen leichten Zugriff auf scharfe Waffen und Munition in ihren Privatwohnungen. Funktionsfähige Schusswaffen und Munition gehören grundsätzlich nicht in private Haushalte. Die bestehenden gesetzlichen Schutzvorschriften für die Lagerung von Waffen und Munition gewährleisten keinen Schutz vor einem Missbrauch durch die Schützen selbst und ihre Angehörigen. Die Zulassungsbedingungen für Waffenbesitz müssen verschärft und Verstöße hiergegen als Straftaten geahndet werden.

UNABHÄNGIGE, MODERNE, EFFIZIENTE JUSTIZ

Die Unabhängigkeit der Justiz ist ein zentraler Pfeiler unserer Verfassung. Unabhängig ist zwar tatsächlich die Rechtsprechung als solche. Die Gerichte gehen jedoch im Hinblick auf Gerichtsorganisation, Verwaltung und Geld am Gängelband der Landesregierung. Das ist der Justiz als dritter Staatsgewalt nicht würdig. Aus der Abhängigkeit in Fragen der Gerichtsverwaltung kann sich auch eine Gefahr der Einschränkung der Unabhängigkeit ergeben. Wir wollen deswegen, dass die Gerichte in Fragen ihrer Verwaltung möglichst unabhängig von der Landesregierung sind. Die Selbstverwaltung der Justiz ist daher zu stärken. Wir wollen insbesondere ein eigenes Antragsrecht an den Landtag als Haushaltsgesetzgeber prüfen. Weiterhin kann auch eine personalpolitische Selbstverwaltung ein sinnvolles Element sein, um die Unabhängigkeit der Justiz von politischen Einflüssen zu sichern, wenn sie verantwortungsvoll ausgestaltet ist.

Eines unserer zentralen rechtspolitischen Ziele ist es, Vergehen tatnahe zu ahnden und gleichzeitig die Justiz von unnötigem Ballast zu befreien. Eine Optimierung gerichtlicher Organisations- und Arbeitsabläufe, eine Stärkung der außergerichtlichen Streitschlichtung durch Schiedsstellen und alternative Sanktionsmöglichkeiten bei Misdeltikten, wie Schwarzfahren und Ladendiebstahl, sind Mittel zur Entlastung der Gerichte. Zugleich muss die Justiz sowohl im richterlichen als auch im nicht richterlichen Bereich personell ausreichend ausgestattet werden und über moderne Bürotechniken verfügen. Die Unabhängigkeit und Qualität der Justiz ist zu schützen, sie muss frei von politischen Einflüssen arbeiten können. Eine eigenständige Rechtswissenschaft an der Universität des Saarlandes ist zu sichern.

Wir treten ein für ein Gerichtswesen, das effizient organisiert ist und zugleich eine hohe Qualität der Rechtsprechung gewährleistet. Im Vordergrund der Gerichtsorganisation muss immer ein wirksamer und hochwertiger Rechtsschutz für die rechtssuchenden Bürgerinnen und Bürger stehen. Deshalb sind wir ebenso offen für eine Bereinigung antiquierter Zuständigkeiten wie eine Zusammenlegung öffentlich-rechtlicher Fachgerichtsbarkeiten, sofern dafür die bundesrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden. Eine Zusammenlegung von saarländischen und rheinland-pfälzischen Obergerichten sehen wir dagegen kritisch. Ein eigenständiges Justizwesen ist ein wesentliches Element der Selbstständigkeit des Saarlandes.

Zeit für besseren Tierschutz

Nachdem der Tierschutz auf Initiative von Bündnis 90/Die Grünen in die Landesverfassung aufgenommen wurde, werden weitere Überlegungen angestellt, dieses für eine zivilisierte Gesellschaft zentrale Ziel weiter auszubauen. Mit der Änderung des Grundgesetzes vom 26. Juli 2002 wurde der Tierschutz nach langjähriger Diskussion endlich als Staatsziel anerkannt und im Grundgesetz verankert.

In Artikel 20a heißt es: „Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.“

Viele konkrete Regelungen mit dem übergeordneten Ziel des Tierschutzes müssen jedoch auch in den unserer Verfassung untergeordneten Fachgesetzen des Bundes und der Länder umgesetzt werden.

TIERSCHUTZ UND LANDWIRTSCHAFT

Auch heute noch wird im Bereich der Landwirtschaft in vielen Fällen nach dem Motto „Masse statt Klasse“ produziert. Das Tier verkommt dabei zum einfachen Produktionsfaktor in einer Wertschöpfungskette, seine natürlichen Bedürfnisse werden ihm schlichtweg abgesprochen. Eine echte Agrarwende, die auch im Bereich der industriellen Tierhaltung und -aufzucht Aspekte des Tierschutzes verstärkt berücksichtigen soll, wird nach wie vor in weiten Bereichen durch eine reformunwillige Agrarlobby verhindert. Ein Umdenken und neue tiergerechte Ansätze innerhalb des Agro-Sektors sind nicht nur dringend geboten, sondern auch großflächig umsetzbar.

Selbst wenn sich im Saarland die Tierhaltung in der Landwirtschaft im Vergleich zu anderen Regionen besser darstellt, bedeutet dies keineswegs, dass in Zukunft keine weiteren Verbesserungen im Sinne des Tierschutzes nötig sind. Wir werden es weiterhin nicht akzeptieren, dass die Tiere als unsere Mitgeschöpfe zu puren Fleischlieferanten degradiert werden. Gerade die sogenannten Nutztiere verdienen eine respektvolle Behandlung, bevor sie direkt (Fleisch) oder indirekt durch andere Erzeugnisse (Milch, Joghurt, Käse, Eier u.a.) den Speiseplan bereichern und somit dem Menschen dienen!

Im Bereich der Haltungsbedingungen, der Fütterung und der Transporte dürfen nicht weiterhin nur wirtschaftliche Ziele verfolgt werden, vielmehr sind diese den arttypischen Ansprüchen der betroffenen Tierarten unterzuordnen.

TIERSCHUTZ UND JAGD

Neben der Landwirtschaft muss insbesondere aber auch die Jagd zukünftig verstärkt tierschutzrechtlichen Aspekten Rechnung tragen.

Jahr für Jahr werden Tausende von Tieren aus purer Lust an der Jagd getötet und anschließend ungenutzt entsorgt. Das Tierschutzgesetz schreibt dagegen vor, dass ein Tier nur dann getötet werden darf, wenn dafür ein vernünftiger Grund gegeben ist. Ein solcher ist nicht gegeben, wenn Tiere zum Objekt gesellschaftlicher Ereignisse oder zur Zielscheibe degradiert werden. So wenden wir uns entschieden gegen den weiteren Abschuss nicht nutzbarer und im Bestand bedrohter Tierarten und fordern

den sofortigen Stopp des Abschusses von Hunden und Katzen ohne vorherige Freigabe durch die zuständige Behörde (z.B. Untere Naturschutzbehörde oder örtlich zuständige Ortspolizeibehörde).

OFFENE TIERHEIME UND GNADENHÖFE

Tierheime sind die letzte Anlaufstelle für jede Art von Tieren, die aus den unterschiedlichsten Gründen ohne Besitzer sind. Mitarbeiter/Innen der Tierheime müssen sich somit in allen Bereichen der Tierhaltung und Tierpflege auskennen. Da die Tierheime nur gering oder gar nicht vom Land unterstützt werden, müssen Vereine, Stiftungen oder Privatpersonen die finanzielle Belastung zum Großteil selbst bewältigen.

Große Tiere, wie zum Beispiel Pferde oder Kühe, können meist aus Platzgründen nicht untergebracht werden. Somit werden oftmals diejenigen Tiere, deren Halter nicht in der Lage waren sie artgerecht zu halten, aus „Platzmangel“ zum Schlachthof geführt. Die Unterhaltung von Tierheimen, Tierauffangstationen und Gnadenhöfen muss eine öffentliche Pflichtaufgabe unter Einbindung ehrenamtlich tätiger Menschen werden. Da das Land in der Vergangenheit die tierschutzrechtliche Zuständigkeit an sich gezogen hat und da der Tierschutz Verfassungsrang besitzt, fordern wir die Zuständigkeit für alle Einrichtungen, in denen Tiere aufgenommen und versorgt werden, dem Land zu übertragen. Es kann nicht sein, dass der Tierschutz in die kommunalpolitischen Tretmühlen gerät und als „Last“ dem Sparwillen geopfert wird.

EXOTEN SIND KEINE HAUSTIERE

Der Handel mit exotischen Tieren hat derartige Ausmaße angenommen, dass hier oftmals kriminelle Verhältnisse vorliegen. Obwohl das Washingtoner Artenschutzübereinkommen Regelungsinhalte definiert hat, um den weltweiten Handel mit zum Teil bedrohten Arten einzuschränken, werden nach wie vor Millionen von Tieren zum Objekt der Begierde einer oft fragwürdigen Klientel.

Auf Tierbörsen können auch noch so unerfahrene Besucher hochgiftige Tiere erwerben, ohne einen Nachweis über Alter oder Sachkenntnis erbringen zu müssen. Aus diesem Grund vegetieren viele Tiere, unabhängig ob Wildfänge oder Nachzuchten in einer ihnen nicht natürlichen und damit nicht artgerechten Umgebung hilflos dahin. Wir fordern eine Ächtung des Handels mit Exoten, Initiativen zur Beendigung des Handels mit Exoten für private Zwecke, Sachkundenachweise beim Handel von Exoten und ein Verkaufs- und Kaufverbot für giftige Tiere. Begründete Ausnahmen können nur die dafür zuständigen Behörden erteilen. Insgesamt brauchen wir schärfere Kontrollen durch die für die Überwachung des Artenschutzrechtes zuständigen Behörden und effiziente Instrumente, die den Schutz von Exoten, erhöhen können.

TIERE SIND KEINE VERSUCHSOBJEKTE

Artikel 20a Grundgesetz verpflichtet dazu, in allen Bereichen im Sinne des Schutzes der Tiere zu handeln. Immer noch werden zahlreiche Tierversuche (z.B. in der Kosmetikindustrie) durchgeführt, wovon ein erheblicher Anteil vermeidbar wäre. Auch in der medizinischen Forschung und chemischen Industrie ist der Tiermissbrauch in Form von Laborversuchen nach wie vor an der Tagesordnung.

Millionen von Tieren wird jährlich im Namen der Forschung Leid angetan, sie müssen im Verlauf der an ihnen durchgeführten Experimente im Extremfall ihr Leben lassen. Verpflichtende Veröffentlichungen aller Tierversuche, die Einführung einer Negativliste mit ethisch unzulässigen Tierversuchen und die Förderung der Entwicklung von Alternativverfahren sowie die Anerkennung von bereits existierenden Ersatzmethoden zum Tierversuch können hier Abhilfe schaffen.

LOBBY FÜR DEN TIERSCHUTZ

Nachdem im Saarland durch die Einrichtung der Tierschutzstiftung - Saar zumindest politisch der Versuch unternommen wurde, den Tierschutz auch in der Gesellschaft zu verankern, fehlen jedoch oft direkte, weisungsunabhängige Ansprechpartner, die man in tierschutzrelevanten Fragen ansprechen kann. Ähnlich wie im Naturschutz, wo diesem Prinzip durch die Berufung eines Landesbeauftragten für Naturschutz bereits entsprochen wird, fordern wir schon lange die Berufung eines ehrenamtlichen Landesbeauftragten für Tierschutz.

Auch wenn die CDU-Landesregierung unsere Anstrengungen für ein Verbandsklagerecht für tierschutztreibende Verbände abgelehnt hat, bleibt dies eine unserer zentralen Forderungen. Durch die Schaffung eines sogenannten Verbandsklagerechts, das Bremen als erstes Bundesland auf Betreiben der Grünen einführte, wäre es möglich, im Falle untätiger Behörden und bei Entscheidungen zum Nachteil von Tieren juristische Schritte im Sinne des Tierschutzes einzuleiten. Unser erklärtes Ziel ist es deshalb, qualifizierten anerkannten Tierschutzverbänden, die bestimmte Voraussetzungen erfüllen müssen, im Saarland die Mitwirkung an tierschutzrelevanten Verfahren zu ermöglichen. Unseren Tieren soll zukünftig eine eigene Stimme in rechtlichen Auseinandersetzungen gegeben werden.

Wir treten im Saarland für einen umfassenden Tierschutz ein. Ein „Weiter so“, wie unter der Regie der CDU darf es nicht geben, da diese Politik für unser Mitgeschöpfe, unsere Tieren Leid und Elend bedeutet.

IX

Zeit für die Verkehrswende – nachhaltige Mobilität

Das Saarland ist durch die CDU-Landesregierung von einer positiven Entwicklung des öffentlichen Personen- und Nahverkehrs abgekoppelt worden. Die Nutzungshäufigkeit öffentlicher Verkehrsmittel liegt im Saarland deutlich unter der des Bundesdurchschnittes und ist deshalb verbesserungsbedürftig. Das Saarland hat die höchste Dichte an Privat-KFZ und eine der niedrigsten Nutzungsquoten des öffentlichen Personennahverkehrs. (ÖPNV).

Insbesondere die Anbindung des ländlichen Raumes an die Zentren des Landes ist in der Vergangenheit sträflich vernachlässigt worden. Wir setzen uns ein für eine Wende in der Verkehrspolitik. Wir wollen einen modernen und kundenfreundlichen ÖPNV im Saarland, wie es ihn in anderen Bundesländern schon lange gibt. Mobilitätsbedürfnisse und -chancen von Jung und Alt, sowie verschiedene Lebenslagen müssen bei der Planung und Gestaltung von Verkehrsinfrastruktur und -angeboten berücksichtigt werden. Wir wollen im Saarland einen attraktiven, bequemen und vor allem wirksamen Personennahverkehr einrichten. Wir wollen aber auch mehr Güter von der Straße auf die Schiene verlagern. Ebenso sollen Bus-, Bahn- und Fahrradfahren attraktiver werden – auch für viele, die jetzt noch mit dem PKW unterwegs sind.

Unser Ziel ist es, das Saarland zu einer Modellregion für nachhaltige Mobilität zu machen. Wir wollen unter Beweis stellen, dass das Mobilitätsbedürfnis der Menschen, ebenso das der Wirtschaft, so gestaltet werden kann, dass negative Folgen für Mensch und Umwelt minimiert, die wirtschaftliche Entwicklung gesichert und eine Teilhabe für alle unabhängig vom sozialen Status und finanziellem Hintergrund möglich wird.

LANDESENTWICKLUNGSPLAN VERKEHR

Wir wollen ein Gesamtkonzept mit konkreten Entwicklungszielen. Bestandteile dieses Landesentwicklungsplans Verkehr sind nachfolgende Bereiche:

Echter Verkehrsverbund – Erhöhung der Nutzerfreundlichkeit

Wir setzen uns ein für die Schaffung eines echten Verkehrsverbundes im Saarland. Der bestehende Tarifverbund SaarVV ist ein Schritt in die richtige Richtung, von einem echten Verkehrsverbund dennoch weit entfernt. Busse und Bahn müssen im Rahmen eines integrierten Fahrplans streng vertaktet und aufeinander abgestimmt werden. Auf allen Hauptstrecken wollen wir zusätzliche Eilzüge einsetzen. Um die Nutzungshäufigkeit des ÖPNV zu erhöhen, muss die Nutzerfreundlichkeit deutlich verbessert werden.

Auch bei der Gestaltung der Preise muss die Attraktivität des ÖPNV deutlich gesteigert werden. Wir wollen durch eine Senkung der Fahrpreise mehr Menschen zum Umstieg vom Auto auf Bus und Bahn bewegen. Wir setzen uns ein für eine Absenkung der Fahrpreise sowie für die Einführung eines kostengünstigen Bürgertickets, um den zur Eindämmung des Klimawandels notwendigen Umstieg auf den ÖPNV zu erreichen und diesen insgesamt attraktiver zu gestalten.

Für Schülerinnen und Schüler werden wir analog zum Semesterticket für Studierende ein Schülerticket einführen, mit dem alle öffentliche Verkehrsmittel im Saarland an 365 Tagen im Jahr zu einem günstigeren Preis als bislang genutzt werden können. Dies soll durch Informationen zu ökologischer Mobilität flankiert werden, dazu gehört auch eine erweiterte Umwelterziehung mit dem Schwerpunkt auf ökologische Mobilitätskunde in den Schulen.

Investitionsschwerpunkt ÖPNV

Statt nur in neue Straßenbauprojekte zu investieren, wie es die CDU-Landesregierung in den letzten Jahren getan hat, wollen wir einen Investitionsschwerpunkt beim ÖPNV setzen. In dem Zusammenhang wollen wir die Einrichtung von 25 bis 30 neuen Haltepunkten, die günstig für die Bedürfnisse ihrer Nutzerinnen und Nutzer liegen. Insbesondere die Bedürfnisse älterer und behinderter Menschen müssen bei der Modernisierung und dem Neubau der Haltepunkte eine Berücksichtigung erfahren. Zudem werden wir im Saarland die Park-&-Ride und Bike-&-Ride-Angebote deutlich verbessern. Im ländlichen Raum wollen wir außerdem intelligente Verkehrsdienstleistungen, insbesondere für junge, ältere und immobile Mitbürgerinnen und Mitbürger, wie z.B. Anrufsammeltaxen, Markt- und Discobusse sowie Car-Sharing-Angebote ausbauen.

Einführung eines Nachtverkehrsnetzes

Zu einem nutzerfreundlichen ÖPNV gehört auch die Einführung eines attraktiven Nachtverkehrsnetzes. Am Wochenende müssen Busse und Bahnen auf den wichtigsten überörtlichen Strecken im Saarland wie auf den größeren Strecken auch nachts fahren. So wird der ÖPNV, insbesondere für Jugendliche, aber nicht nur für diese, zur wirklichen Alternative zum Auto. Junge Menschen können dann auch noch sicher und bequem nach Hause kommen, wenn sie abends länger ausgehen.

Alte Strecken wiederbeleben – Kooperationen prüfen

Zur Verbesserung des Angebotes besonders im ländlichen Raum gehört die Wiederbelebung von stillgelegten Bahnstrecken. In den vergangenen Jahren sind große Fahrgastpotenziale von der Deutschen Bahn AG vom Schienenverkehr abgeschnitten worden. Grund hierfür ist offenbar die mangelnde Bereitschaft der Bahn, sich auf Nutzungsansprüche potenzieller Kundinnen und Kunden einzulassen.

Die Entwicklung in anderen Regionen in Deutschland hat gezeigt, dass Wettbewerber der DB kleine und vermeintlich unrentable Strecken abseits der großen Bahnrouen mit guten Erfolgen bewirtschaften können. Wir wollen deshalb eine Reaktivierung der Bahnstrecke von Völklingen nach Überherrn, die bereits im Güterverkehr privat betrieben wird, ebenso die Wiederbelebung der Strecke Homburg-Zweibrücken einschließlich der Inbetriebnahme des Bahnhofes Einöd. Auch eine Reaktivierung der Strecke Merzig-Losheim ist zu prüfen. In den genannten Regionen gibt es ein ausreichendes Fahrgastpotenzial. Bestehende Bahnhöfe wollen wir modernisieren und die Zugänglichkeit verbessern.

Wir stehen im Sinne eines prosperierenden ÖPNV auch der Beteiligung privater Unternehmen, etwa zur Reaktivierung von Bahnstrecken, positiv gegenüber. Neben der Ausschöpfung vorhandener Mittel der öffentlichen Hand muss auch die Mobilisierung des Kapitalmarktes zur Finanzierung notwendiger Investitionen möglich sein. Die Nutzung privaten Know-hows und Kapitals auch bei der Reaktivierung und bei der Errichtung sowie der Modernisierung von Haltepunkten und Bahnhöfen muss in Betracht gezogen werden.

Fahrradwegenetz ausbauen

Radfahren ist umweltfreundlich und macht Spaß. Auf vielen Straßen hört der Spaß jedoch auf, denn Radfahren ist dort oft sehr gefährlich. Wir fordern daher die fahrradgerechte Umgestaltung des Straßenraumes auf Kreis- und Landstraßen – auch innerörtlich – für den Alltagsverkehr und ein gut ausgebautes Fahrradwegenetz für den Fahrradtourismus im Saarland. Hierzu gehört eine flächendeckende Radverkehrsplanung.

Wir wollen die Rahmenbedingungen für Fahrradfahrer und Fußgänger grundlegend verbessern. Von fehlenden oder schlecht ausgebauten Geh- und Radwegen über nicht barrierefrei abgesenkte Bordsteine und fehlende Radabstellanlagen bis hin zur massiven Fehlnutzung von Geh- und Radwegen als Parkplatz besteht hier auf kommunaler und überörtlicher Ebene noch großer Handlungsbedarf.

Mit einem Maßnahmenpaket werden wir die Förderung des Radverkehrs im Alltags- und Freizeitverkehr bündeln und u.a. folgende Maßnahmen auf den Weg bringen: Schaffung eines landesweiten Radwegenetzes, aufbauend auf den vorhandenen Radfernwegen; Ausbau der Infrastruktur, beispielsweise durch bessere Beschilderung und mehr Fahrradabstellplätze; Einrichtung einer „Servicestelle Radverkehr“, um die Aktivitäten von Land, Kreisen und Kommunen besser zu koordinieren; landesweite Kampagne zur Förderung des Radverkehrs.

X

Zeit für Grünen Verbraucherschutz

Unsere Konsumwelt verändert sich schnell. Neue Produkte und neue Kommunikationsmöglichkeiten verändern unser Leben. Neue Dienstleistungen und die Vielzahl an verfügbaren Informationen stellen hohe Anforderungen an die Kompetenz der VerbraucherInnen. Verbraucherverträge umfassen mit umfangreichen Klauseln Leistungen der Daseinsvorsorge in den Bereichen Gesundheit, Pflege, Rente, Finanzen, Mobilität, Energieversorgung und Telekommunikation, um nur einige zu nennen.

Wir setzen uns dafür ein, die politischen Rahmenbedingungen für eine schützende und Teilhabe gewährende Verbraucherpolitik im Saarland zu schaffen. Den VerbraucherInnen wird eine hohe Eigeninitiative abverlangt. Deshalb fordern wir, sie müssen einerseits geschützt werden vor Gesundheitsgefahren oder finanziellem Missbrauch. Andererseits fordern wir, die saarländischen VerbraucherInnen zu befähigen, auf Augenhöhe am Markt teilzunehmen. Strukturell besteht zu Lasten der VerbraucherInnen ein Ungleichgewicht: Sie brauchen Informationen, Informationsrechte und gleichberechtigten Zugang zu Waren, Gütern und Dienstleistungen.

Ferner sollen alle Produkte, auch im Lebensmittelbereich, dahingehend gekennzeichnet werden, nach welchen sozialen, ethischen und ökologischen Kriterien sie hergestellt wurden. So sollen die Bürgerinnen und Bürger darüber informiert werden, ob z.B. ein Produkt aus Kinderarbeit stammt oder etwa über die CO₂-Bilanz des Produktes aufgeklärt werden.

VerbraucherInnen im Saarland sollen wissen „was drin ist“. Das Wissen um gesunde Ernährung wollen wir allgemein bekannt machen, denn jede/r zweite leidet bereits unter Fehl- und Überernährung. Bei Lebensmitteln soll der Gehalt an Fett, Zucker und Salz durch eine Ampel-Kennzeichnung in den Farben grün, gelb und rot eindeutig sichtbar werden. Wir machen uns stark für eine echte Wahlfreiheit der VerbraucherInnen. Sie werden von uns Saar-Grünen Unterstützung erhalten, gehört, beraten und in ihren Interessen gut vertreten sein.

Informierte VerbraucherInnen haben eine echte Wahlfreiheit. Wir setzen uns dafür ein, die VerbraucherInnen frühzeitig und umfassend über eventuell aufgetretene hygienische Mängel bei der Lebensmittelherstellung zu informieren. Wir werden die gesetzlichen Regeln zur Verbraucherinformation verbessern. Wir wollen, dass die Kontrollbehörden die Namen von „schwarzen Schafen“ nennen dürfen, auch um die seriös arbeitenden übrigen Betriebe zu schützen.

BESSERE LEBENSMITTELKONTROLLE – GESUNDE ERNÄHRUNG

Grüne Verbraucherpolitik bedeutet Verbraucherschutz. Wir fordern, die Kontrolldichte und die Güte der Kontrollen für Lebensmittel im Saarland zu erhöhen. Wir wollen weder Gammelfleisch noch verschimmelttes Brot noch pestizidbelastetes Obst oder Gemüse auf dem Tisch. Wir werden uns einsetzen für höhere Bußgelder bei Verstößen gegen Vorschriften über Lebensmittelhygiene. Wir werden unabhängige Anlaufstellen für Lebensmittelsicherheit auf Landesebene schaffen und sie dauerhaft finanzieren. Wir werden auch organisatorisch Verbraucherschutz sicher stellen und die Lebensmittelkontrollen effektiv durchführen lassen.

Das gilt auch für Kontrollen der Mahlzeiten in Schulen und in Kindertagesstätten. Auf der Grundlage der Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) setzen wir uns für gesundheitsfördernde Essensangebote in allen Bildungseinrichtungen des Landes ein. Eine gesunde Ernährung soll auch Thema in Kindertagesstätten und im Schulunterricht sein. Angesichts einer Zunahme von essgestörten Kindern und Jugendlichen und dementsprechenden Fehlentwicklungen (Adipositas, Anorexia) muss der Ernährungserziehung eine größere Bedeutung als bisher zukommen.

Wir wollen Verbraucherkompetenz systematisch stärken, damit die VerbraucherInnen kompetent, kritisch und selbstbestimmt auch mit online angebotenen Dienstleistungen umgehen können. Das gleiche fordern wir für die Gesundheitsbildung. Nur gut informierte VerbraucherInnen vermögen als PatientInnen abzuschätzen, ob die von ihren ÄrztInnen angebotenen individuellen Gesundheitsleistungen (IGEL), die sie privat bezahlen müssen, erforderlich sind.

Nichts anderes gilt für die Teilnahme am Finanz- und Wirtschaftsleben. Wir setzen uns dafür ein, dass alle VerbraucherInnen im Saarland befähigt sind, die Zusammenhänge bei finanziell bedeutsamen Vertragsabschlüssen zu verstehen. Damit vermeiden sie, in Schuldenfallen durch Handyverträge, Online-Down-Load-Abonnements oder überhäufige Teilnahme an Gewinnspielen in Fernsehen und Internet zu geraten.

BESSERER ZUGANG ZU INTERNET-INFORMATIONEN

Eine Voraussetzung für kompetente Verbraucherentscheidungen ist der Zugang der Verbraucher zu wichtigen Informationen. Für den Zugang zu Informationen ist zunehmend das Internet bedeutsam. Deshalb werden wir uns für eine Erhöhung der Zahl der saarländischen Haushalte mit leistungsfähigem Breitbandanschluss einsetzen. Darunter verstehen wir einen Anschluss, der diesen Namen auch verdient und vor allem eine Teilnahme am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben über elektronische Kommunikationswege in einer zumutbaren Geschwindigkeit ermöglicht. Wir fordern, dass die Versorgung der saarländischen VerbraucherInnen in der Fläche nicht auf eine feste, derzeit ausreichende Datenrate zu beschränken. Wegen ständig wachsender Datenmengen, die übertragen werden, fordern wir, die Mindestdatenrate dynamisch anpassen. Wir unterstützen Bemühungen, kurzfristig für alle Haushalte Übertragungsraten von mindestens 4 MB/s, mittelfristig mindestens im oberen zweistelligen MB/s-Bereich, sicherzustellen. Wir werden uns für die Nutzung alternativer Netzzugänge einsetzen. Hier kommen vor allem Zugänge über Funk in Betracht. Dafür müssen auch Rundfunkfrequenzen genutzt werden, die bei der Umstellung der Rundfunkübertragung von analog auf digital als „digitale Dividende“ frei werden.

MEHR BERATUNG UND INFORMATION FÜR VERBRAUCHERINNEN

Wir fordern eine dauerhafte Sicherstellung der Finanzierung der Verbraucherzentrale des Saarlandes. Wir wollen, dass flankierend zur Bildung der VerbraucherInnen ebenso das Wissen der ExpertInnen in der Verbraucherzentrale zur Verfügung steht.

Wir setzen uns dafür ein, die VerbraucherInnen frühzeitig und umfassend über Inhaltsstoffe und eine eventuelle gentechnische Veränderung ihrer Nahrung informiert werden. Außerdem werden wir uns weiterhin dafür einsetzen, dass das Saarland gentechnikfreie Region bleibt. Dies betrifft vor allem die saarländische Landwirtschaft. Denn der Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen birgt immer das Risiko von Auskreuzungen in der Nachbarschaft mit sich und gefährdet dadurch die Produktion und Vermarktung gentechnikfreier Produkte. Wir fordern, dass die Ergebnisse der Untersuchung von Lebensmitteln auf Rückstände von gentechnisch veränderten Zutaten den VerbraucherInnen zugänglich gemacht werden.

Über die Herkunft der Waren informierte VerbraucherInnen wissen: „regional ist erste Wahl“. Wir werden die Strukturen für regional gewonnene und vermarktete Bioprodukte ausbauen. Wir werden den extensiven ökologischen Landbau stärker finanziell fördern als das bisher der Fall ist und dies durch Aufklärungskampagnen flankieren. Wir wollen die saarländischen VerbraucherInnen in die Lage versetzen, durch ihre Konsumentenscheidungen zum Erhalt unserer Lebensgrundlagen beizutragen.

Zeit für Gesundheit

Geistiges, seelisches und körperliches Wohlbefinden ist die Voraussetzung für ein Leben in Gesundheit. Wir setzen uns dafür ein, die Lebensumstände im Land so zu gestalten, dass das Wohlergehen der Saarländerinnen und Saarländer gesichert ist. Dies ist Grundlage jeder Prävention. Hinzu tritt die Förderung und Wiederherstellung der Gesundheit in einem modernen System. Darin ist medizinische Wissenschaft und Technik immer an den Menschen auszurichten, denen sie dienen sollen. Das Individuum steht im Mittelpunkt unseres Gesundheitssystems, sei es als Patientin bzw. Patient oder als Beschäftigte.

Gleiches Recht auf Gesundheit

Alle Menschen haben das gleiche Recht auf Gesundheit. Wir stehen dafür ein, dass der Zugang zum Gesundheitssystem unabhängig von Alter, Geschlecht, Wohnort, Bildungsniveau und kulturellem Hintergrund möglich ist. Dazu ist es notwendig die Rechte von Patientinnen und Patienten weiter auszubauen. Patientenrechte sind Verbraucherrechte in ihrer elementarsten Form. Die Teilhabe an diesen setzt jedoch entsprechende Informationen voraus. Wir wollen das Gesundheitssystem auf all seinen Ebenen transparenter gestalten. Dies lässt sich über eine kontinuierliche und unabhängige Gesundheitsberichterstattung auch auf Landesebene schnell und einfach verwirklichen. Zusammen mit einer Infrastruktur von Gesundheitskonferenzen, auf denen Patientenvertretungen und Selbsthilfegruppen ihre Interessen einbringen können, bilden sie die Grundlage unseres patientenorientierten Gesundheitssystems. Der Vernetzungsgrad innerhalb des Systems muss gerade auch unter Einbeziehung derer, um die es eigentlich geht, gesteigert werden. Die immer noch bestehenden Defizite sind dringend zu überwinden.

Einzelne Gruppen sind mit besonders hohen Zugangshemmnissen konfrontiert. Für Migrantinnen und Migranten sowie für psychisch kranke Menschen fordern wir, spezielle Angebote zu entwickeln, die den Bedürfnissen der genannten Gruppen gerecht werden und auch ihnen die volle Teilhabe am Gesundheitssystem ermöglichen. Grundsätzlich müssen soziokulturelle und geschlechterspezifische Aspekte von Krankheit stärker berücksichtigt werden.

Gesundheitsprävention - Umweltmedizin

Gesundheitsaufklärung ist eine Form der Prävention. Diese muss bereits in Kindergärten und Schulen ansetzen. Eigenverantwortlichkeit für die Gesundheit kann nicht früh genug gestärkt werden. Primäre Prävention durch die entsprechende Lebensgestaltung darf jedoch auch in den folgenden Lebensphasen nicht vernachlässigt werden. Auch hier wollen wir Prozesse lebenslangen Lernens in Gang setzen. Ebenso sind Programme zur Früherkennung von Krankheiten sowie solche, die die Verschlechterung einer ausgebrochenen Krankheit verhindern, verstärkt zu fördern. Letztere gehen nachweislich mit erheblichen Kosteneinsparungen einher, wichtiger für uns ist jedoch, dass sich dadurch die Lebensqualität für die Betroffenen steigern lässt.

Einen weiteren aktiven Beitrag zur Gesundheitsprävention wollen wir leisten, indem wir die Umweltmedizin als fächerübergreifenden Forschungsschwerpunkt fest an den Hochschulen des Landes verankern und in Zukunft noch ausbauen. Das Saarland soll in dieser Disziplin eine Vorreiterrolle einnehmen. Entscheidungen, die die Gesundheit

der Saarländerinnen und Saarländer betreffen, sollen in unserem Land nicht mehr ohne ein qualifiziertes und unabhängiges Votum der Umweltmedizin erfolgen.

Konsequenter Nichtraucherchutz

Passivrauchen schadet allen – Raucherinnen und Rauchern sowie Nichtraucherinnen und Nichtrauchern. Besonders gefährdet sind Kinder, chronisch Kranke und ältere Menschen. Die Belastung der Luft durch Feinstaubpartikel in Innenräumen, in denen geraucht wird, liegt um ein Vielfaches höher als die in der Außenluft zugelassenen Grenzwerte. Auf diese gesundheitliche Gefährdung durch Passivrauchen wurde bislang nur unzureichend reagiert.

Das Bundesverfassungsgericht hat die hohe Bedeutung des Schutzes der Bevölkerung vor den Gefahren des Passivrauchens anerkannt und verdeutlicht, dass die Landesgesetzgeber durch gesetzliche Regelungen einen konsequenten Nichtraucherchutz ohne Ausnahmen schaffen können. Dies wurde im Saarland bisher nicht umgesetzt. Das von der CDU-Landesregierung erlassene Nichtraucherchutzgesetz musste bereits wegen verfassungsrechtlicher Fehler nachgebessert werden. Aber auch das nachgebesserte Gesetz hat gravierende Mängel. Die zahlreichen Ausnahmegenehmigungen führen zu Ungleichbehandlungen und vielen ist völlig unklar, wo das Rauchverbot überhaupt gilt. In der Praxis führt dies dazu, dass vielerorts das Gesetz gar nicht eingehalten wird. Es besteht daher Handlungsbedarf in Richtung eines effektiveren Schutzes vor den Gefahren des Rauchens und des Passivrauchens.

Wir Grüne stehen für ein konsequentes Rauchverbot in öffentlichen Räumen und Gaststätten. Wir wollen daher eine gesetzliche Regelung schaffen, die Nichtraucherinnen und Nichtraucher wirklich schützt und Wirten sowie Ordnungsämtern Planungssicherheit gewährt.

Auch in den anderen Gebieten der Suchtprävention wollen wir bestehende Angebote erhalten und wenn nötig erweitern. Eine von uns präferierte Drogenpolitik wird parallel dazu auch die Hilfen und Entkriminalisierungsansätze fortentwickeln.

Qualität steigern

Wir Grüne fühlen uns dem Subsidiaritätsprinzip verpflichtet. Lösungen müssen möglichst problemnah gefunden und umgesetzt werden. Dieser Gedanke leitet uns auch, wenn es um die notwendigen Qualitätssteigerungen in den Sektoren Behandlung, Pflege und Rehabilitation geht und hilft die geeigneten Instrumente zu bestimmen. Grundlegend muss dafür die Aus- und Fortbildung im medizinischen Bereich reformiert werden. Dies gilt für die ärztliche Ausbildung, die nach unseren Vorstellungen praxis- und patientennäher gestaltet werden muss. Auch an der Universität des Saarlandes sind allgemeinmedizinische Aspekte und Grundlagen der Hausarztpraxisführung stärker in den Curricula zu berücksichtigen.

Für andere Heil- und Pflegeberufe muss ebenfalls eine Ausbildung auf Hochschulniveau angestrebt werden. Nach unseren Vorstellungen sind Bereiche wie Osteopathie, Heilpraxis, Geburtshilfe und besonders der Pflegeberuf als ergänzende Anbieter gesundheitlicher Dienstleistungen neu zu beurteilen. Dies zielt auf eine Aufwertung der komplementären medizinischen Bereiche und ihrer Verzahnung mit der klassischen Medizin. So wird das Angebot im Interesse der Patientinnen und Patienten erweitert, ohne dass Qualitätsstandards unterschritten werden. Wir fordern deshalb auch, dass naturheilkundliche Verfahren, die ihre Wirksamkeit erwiesen haben, in Zukunft mit den Krankenkassen abgerechnet werden können.

Der gesamte Gesundheitsbereich ist eine personalintensive Branche. Menschliche Arbeitsleistung kann nur in engen Grenzen durch den Einsatz von Technik substituiert werden. Die von uns Grünen intendierten Qualitätssteigerungen im Medizin- und Pflegebereich dürfen nicht zu Lasten der dort Beschäftigten gehen. Der Prozess, dass durch die Arbeitszeitverdichtungen die Belastung für das Pflegepersonal immer weiter ansteigt, darf nicht fortgesetzt werden. Deshalb bestehen wir auf die bedarfsgerechte Ausstattung von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen mit Fachkräften und tariflichen Arbeitszeitregelungen.

Zukunftsfähige medizinische Versorgung für Stadt und Land

Eine flächendeckende, wohnortnahe und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung zu sichern, ist das Ziel grüner Gesundheitspolitik im Saarland. Das Recht auf Gesundheit sollte nicht vom Wohnort abhängig sein. Demographischer Wandel und Honorarsituation führen zu Lücken in der hausärztlichen Infrastruktur. Die Grünen wollen den Beruf des Hausarztes wieder attraktiv machen. Nur so kann eine adäquate Versorgung auch des ländlichen Raums langfristig erhalten bleiben.

Damit ist die Basis des von uns angestrebten integrierten Versorgungssystems gelegt, das die Arbeit der Gesundheitsdienste vor Ort, von ambulant tätigen Ärztinnen und Ärzten, anderen Heilberufen, von stationären medizinischen Einrichtungen wie Krankenhäusern und Rehakliniken miteinander verzahnt. Diese Vernetzung der Angebote ist geeignet dem zunehmenden Kostendruck im Gesundheitswesen zu begegnen dabei aber die Versorgung der Bevölkerung wohnortnah und flächendeckend zu sichern.

Ein flächendeckendes Angebot an stationärer und ambulanter palliativer Versorgung, sowie angemessener psychologischer Begleitung ist für uns ein wichtiges Anliegen, da immer mehr Sterbende ihr Leben nicht mehr in der vertrauten häuslichen Umgebung beenden können. Wir legen Wert darauf, dass unabhängig vom Ort des Sterbens eine qualifizierte Schmerztherapie für die Betroffenen sichergestellt wird. Im Sinne der Hospizidee sind möglichst viele Einrichtungen zu schaffen, die den Betroffenen in der unterschiedlichsten Form die Lebenszeit erleichtern. Dabei sind Angehörige genauso wie ehrenamtlich Tätige in diesem Bereich zu unterstützen.

Viele Krankenhäuser schreiben rote Zahlen. Die Grünen fordern daher eine Reform der Investitionsfinanzierung für Krankenhäuser. Das bisherige System hat auch im Saarland dazu geführt, dass aufgrund fehlender Investitionsmittel Krankenhäuser Kürzungen bei den Personalkosten vornehmen, die voll zu Lasten der Kranken, aber auch des Personals gehen. Die Budgetierung der Krankenhäuser, die Personal- und Qualitätsabbau zur Folge hat, muss aufgehoben werden. Unser Ziel ist es, die Investitionsmittel der Krankenhäuser zu erhöhen und ihnen die Möglichkeit zu geben, selbst über die Verwendung zu entscheiden, um flexibel auf sich verändernde Anforderungen des Gesundheitsmarktes reagieren zu können. Wir werden uns für eine entsprechende Änderung der bundesgesetzlichen Rahmenbedingungen stark machen, die eine an Qualitätskriterien und Versorgungszielen orientierte Krankenhausplanung ermöglicht. Wir Grüne möchten in enger Abstimmung mit den Krankenkassen, den Verbänden und Leistungsanbietern einen Plan für das Saarland entwickeln, der der Komplexität der Problematik gerecht wird. Nur auf diesem Weg kann eine wohnortnahe, qualitativ hochwertige und flächendeckende saarländische Krankenhauspolitik im Sinne der Patientinnen und Patienten beschritten werden.

Fit und gesund im Alter

Immer mehr Menschen in unserer Gesellschaft nähern sich dem Rentenalter. Der demografische Wandel trifft das Saarland besonders hart. Dennoch waren nie zuvor unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger so fit und agil wie heute. Fitness und Gesundheit möglichst lang zu erhalten und lange selbstständig zu leben, sind zentrale Wünsche älter werdender Menschen. Ebenso wichtig ist es für Ältere, Aufgaben zu haben, das Leben noch aktiv gestalten zu können und an der Gemeinschaft teilzuhaben. Wir wollen deshalb Rahmenbedingungen im Saarland schaffen, die die Aktivitäten älterer Menschen fördern, die Gesundheit erhalten, um auf diese Weise eine spätere Betreuungsbedürftigkeit zu verhindern oder möglichst lang hinauszuzögern.

Konkret wollen wir eine seniorenfreundliche Beratungs- und Infrastruktur in unserem Land schaffen. Der öffentliche Personennahverkehr muss durch Service, die Vermeidung von Sturzgefahrenstellen, Fahrerschulungen und Busfahrtraining seniorengerecht ausgestattet werden. Barrieren im öffentlichen Raum müssen abgebaut werden, um die Alltagswege zu erleichtern, z.B. längere Grünphasen bei Ampeln, die Markierung von Stufen sowie eine ausreichende Zahl von Sitzgelegenheiten und öffentlichen Toiletten. Wir unterstützen den Ausbau von Familienzentren, Mehrgenerationenhäusern und Pflegestützpunkten.

Parallel dazu müssen Maßnahmen zur Erhaltung und zum Ausbau sozialer Netze gefördert werden. Dadurch bleiben ältere Menschen in der Mitte der Gesellschaft sozial integriert und vereinsamen nicht.

Grundlegend für ein selbstbestimmtes Leben im Alter ist die Nahversorgung etwa mit Lebensmitteln,

Postdienstleistungen und sonstigem Bedarf des täglichen Lebens. Diese wollen wir mit Unterstützung vieler gesellschaftlicher Gruppen sicherstellen, damit Seniorinnen und Senioren möglichst lange ihren Alltag selbst bestreiten können, ohne von der Familie oder sonstiger fremder Hilfe abhängig zu sein.

Wir wollen außerdem, dass die Wirtschaft Rücksicht auf die Anliegen und Bedürfnisse älterer Kunden nimmt. Maßnahmen dazu sind u.a. seniorenfreundliche Verpackungen und Beschriftungen sowie die Gestaltung von Supermärkten.

MILITÄRISCHEN FLUGLÄRM EINDÄMMEN

Der Luftraum des Saarlandes ist stark frequentiert. Militärischer Fluglärm in unserer Region, insbesondere im Nordsaarland, ist für viele Menschen schon lange zur Belastung geworden. Gemeinhin ist zwischenzeitlich bekannt, dass Lärm krank machen kann und zudem auch die touristische Entwicklung unserer Region gefährdet. Alle bisherigen Bemühungen sind leider ohne für die Betroffenen erkennbaren Erfolg geblieben. Vor diesem Hintergrund ist ein durchdachtes und von allen politischen Kräften getragenes Maßnahmenpaket gegen die Beeinträchtigung der Bürgerinnen und Bürger durch militärischen Fluglärm im Saarland unerlässlich geworden. Zusätzlich ist zu befürchten, dass der militärische Flugbetrieb mit seinen Folgen auch ebenso ökonomische Auswirkungen auf die betroffenen Regionen hat.

Wir wollen, dass ein Gutachten erstellt wird, das feststellt, wie sich der Fluglärm auf die entsprechenden Regionen im Saarland auswirkt – insbesondere auf die Lebensqualität der Menschen und den Tourismus, von dem viele Saarländerinnen und Saarländer zwischenzeitlich leben. Wir wollen, dass die betroffenen Bürgerinnen und Bürger stärker in den Fokus der Diskussion gerückt werden, als das bisher der Fall war. Es müssen alle denkbaren politischen Maßnahmen ergriffen werden, um eine Verringerung der Anzahl der Flüge zu erreichen. Es ist dafür Sorge zu tragen, dass die Flughöhe so hoch ist, dass es zu keiner spürbaren Beeinträchtigungen der Betroffenen mehr kommt. Ebenso muss der Einsatz sogenannter Täuschkörper wirkungsvoll unterbunden werden. Dazu wollen wir einen Runden Tisch einrichten unter Beteiligung von Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung, der US-Streitkräfte, der saarländischen und rheinland-pfälzischen Landesregierung und der Interessenvertretung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger, um endlich eine Lösung zur Verringerung der Lärmbelastung zu erreichen.

Wir setzen uns für ein konsequentes militärisches Nachtflugverbot zwischen 19 Uhr und 7 Uhr morgens ein und wollen auf Bundesebene niedrigere und strengere Grenzwerte im Hinblick auf die zulässige Lärmbelastung durch den Flugverkehr erreichen, damit die Bürgerinnen und Bürger eine bessere rechtliche Grundlage zum Schutz ihrer Gesundheit erhalten.

MOBILFUNK MIT WENIGER STRAHLENBELASTUNG

Mobile Kommunikation ist in der heutigen Gesellschaft unverzichtbar geworden. Die Frage nach möglichen gesundheitsschädlichen Wirkungen von Mobilfunk und Elektromog ist aber weiterhin strittig. Bündnis 90/Die Grünen schließen sich der Mahnung des Bundesamtes für Strahlenschutz zu einem behutsamen Umgang mit Mobilfunk, W-Lan und anderen auf Mikrowellen basierenden Funktechniken an. Deshalb fordern wir seit Jahren eine Forschungsinitiative, die darauf abzielt, eine Minimierung der Strahlenbelastung für die Gesamtbevölkerung, die Anrainer von Mobilfunksendern und die Handynutzer zu erreichen.

Der Ausbau von Mobiltechnologie bei niedrigen Grenzwerten und gleichzeitig guter Netzabdeckung ist möglich, dies belegen Beispiele in Italien und der Schweiz.

Wir setzen uns ein für die umfassende Aufklärung über die Risiken und die Offenlegung aller relevanten Daten der Mobilfunktechnik durch Landes- und Bundesbehörden. Für uns ist es wichtig, dass das Mitbestimmungsrecht der kommunalen Gebietskörperschaften bei der Errichtung von Mobilfunkanlagen gestärkt wird und dies auch in der Landesbauordnung verankert wird. Es ist unser erklärtes Ziel, die Mobilfunktechnologie nur unter Wahrung demokratischer Rechte und Verantwortung für die Gesundheit zu nutzen.

Zeit für Europa

Das Saarland liegt mitten im Herzen Europas und seine Geschichte war immer eng mit Europa verbunden. Bei einigen anstehenden europäischen Projekten haben das Saarland und seine Nachbarn in der Großregion Modellcharakter. Dennoch gibt es auch im Saarland noch viele Probleme auf dem Weg zu einer europäischen Identität. Es gibt zwar schöne europäische Verpackungen, aber oftmals fehlt der Inhalt. So ist man vom Euro-Bahnhof in Saarbrücken zwar in weniger als zwei Stunden in Paris, aber ein deutsch-französisches Tagungszentrum zur Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen fehlt immer noch.

Wir wollen Europa konkret vor Ort gestalten. Wir wollen, dass die Menschen von der zentralen Lage des Saarlandes in Europa profitieren. Europapolitik ist für uns eine Querschnittsaufgabe, die alle Politikfelder betrifft. Wir stehen zu dem Vertrag von Lissabon, er ist eine wichtige Grundlage für mehr Bürgernähe und Transparenz in Europa. Durch ihn bekommen die Kommunen mehr Wirkungsmöglichkeiten innerhalb der EU. Der Vertrag von Lissabon stärkt das demokratische Europa und gibt dem Europäischen Parlament mehr Rechte.

GREEN NEW DEAL

Für die Herkules-Aufgaben der Bekämpfung des Klimawandels und der Neuordnung der Weltwirtschaft braucht es den Green New Deal, die GRÜNE Antwort auf die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise. Europa muss eine neue Richtung einschlagen. Mit der Finanz- und Kreditmarktkrise wurden uns die Schwachstellen der gegenwärtigen wirtschafts- und sozialpolitischen Strategien deutlich vor Augen geführt. Dabei kamen weit reichende Fehler im System zum Vorschein. Die Welt steht vor einer ernstzunehmenden und grundlegenden Ressourcenkrise, die sich auf alle Bereiche unseres Lebens auswirken wird. Wir brauchen einen neuen Gesellschaftsvertrag, der Klimaschutz und Wirtschaftsförderung mit den Interessen der Menschen verbindet: ein zukunftsfähiges Modell für Stabilität und wirtschaftliche Gerechtigkeit, mit Nachhaltigkeit und ethischer Entwicklung; ein Europa der Solidarität, das seinen Bürgerinnen und Bürgern eine vernünftige Lebensqualität auf der Grundlage wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit garantieren kann; ein Europa der gelebten Demokratie, das für seine Bürgerinnen und Bürger und nicht für die Einzelinteressen der Industrie einsteht; ein Europa, das sich für eine grüne Zukunft einsetzt. Dies bedeutet eine Politik für morgen, eine Politik für grüne Technologien und Millionen Jobs. Die Europäische Union muss sich selbst das Ziel setzen, in den nächsten fünf Jahren fünf Millionen grüne Arbeitsplätze zu schaffen. Wir wollen, dass die EU Vorreiterin ist für diese grüne Entwicklung und das Saarland Leuchtturm für den Green New Deal.

GESUNDHEITS- UND VERBRAUCHERSCHUTZ

Die Menschen in Europa sind besorgt über die Luft, die sie atmen, das Wasser, das sie trinken und den Giftcocktail in ihrem Essen. Fast 90% der BürgerInnen fürchten, dass Umweltverschmutzung ihre Gesundheit beeinträchtigt. Allergien und Krebserkrankungen nehmen rasant zu. Verbesserungen in der Umweltpolitik sind daher der Schlüssel für Gesundheit. Wir GRÜNE waren in Europa Motor für wesentliche Erfolge wie den Ausstiegsbeschluss für hochgefährliche Pestizide und das Verbot von Hochrisikostoffen in Kosmetika und Kinderspielzeug. Wir haben das Auskunftsrecht für die Verbraucherinnen und Verbraucher im EU-Chemikaliengesetz REACH durchgesetzt. Wir wollen, dass die Europäische Union den Gefahren der öffentlichen

Gesundheit mit mehr Nachdruck begegnet, egal ob es um Wasser- oder Luftverschmutzung, Lärm oder giftige Stoffe geht.

Keine andere Partei tritt so überzeugend für Gentechnikfreiheit und Stärkung der ökologischen Landwirtschaft ein wie wir GRÜNE. Wir wollen auch in Zukunft die Wahlfreiheit der Verbraucherinnen und Verbraucher garantieren. Deshalb braucht es die Schließung der Kennzeichnungslücke bei tierischen Produkten, Reinheitsgebot beim Saatgut, kein Klonfleisch und keine Patente auf Leben. Wir sind die einzige Partei, die die rechtliche Absicherung der gentechnikfreien Regionen in Europa einfordert und setzen auf ein gentechnikfreies Europa und Saarland. Leitlinie unseres GRÜNEN Engagements in Europa und im Saarland ist das Vorsorgeprinzip. Deshalb setzen wir uns mit Vehemenz für eine sichere Nanotechnologie ein. Es kann nicht sein, dass diese Risikotechnologie quasi im rechtsfreien Raum auf den Markt gedrückt wird. Es braucht nanospezifische Regulierungen, wie es auf GRÜNE Initiative bei Kosmetika oder neuartigen Lebensmitteln gelungen ist. Das Saarland setzt mit Hilfe von EU-Geldern auf den Ausbau der Nanotechnologie. Es kann nicht sein, dass dabei Schutz und Sicherheit, insbesondere der Arbeitsplatzschutz mit Füßen getreten werden. Sicherheit muss auch im Saarland unser oberstes Ziel sein.

SOZIALES EUROPA

Das System der sorglosen Deregulierung, welches Großkonzerne in die Lage versetzt hat, eigene Regeln zu diktieren, ungeachtet der tatsächlichen Auswirkungen auf die Wirtschaft und die Gesellschaft als Ganzes ist gescheitert. Wir wollen die Gelegenheit nutzen, ein verantwortungsbewusstes und stabiles Europa zu schaffen, dessen Investitionen ethischen Grundsätzen genügen und das den Wohlstand und das Wohlergehen seiner Bürgerinnen und Bürger definiert. Es kann nicht sein, dass immer mehr Menschen in Europa in Armut leben und immer mehr Menschen zwar eine Arbeit haben, diese aber nicht vor Armut schützt. Mit dem Green New Deal wollen wir der Entwicklung entgegensteuern, dass die Scheere zwischen arm und reich immer weiter auseinandergeht. Wir setzen uns für eine Stärkung der Arbeitnehmerrechte ein, gegen Sozialdumping und Ausbeutung. Wir fordern einen EU-Sozialpakt, der die soziale Sicherheit erhöht und die Rechte der Bürgerinnen und Bürger stärkt. Das geschlechtsspezifische Lohngefälle von durchschnittlich 17 Prozent ist ein Offenbarungseid für Europa. Wir setzen uns ein für Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern in allen EU-Mitgliedsstaaten und für einen Mindestlohn, denn Gleichstellung der Geschlechter und Anti-Diskriminierung sind integrale Bestandteile des sozialen Europa.

BÜROKRATIE ABBAUEN

Wir wollen, dass die Menschen Europa im Alltagsleben positiv und ohne unnötige Bürokratie wahrnehmen. Deshalb wollen wir u.a. standesamtliche Hürden für die im EU-Ausland lebenden EU-Bürgerinnen und –Bürger abbauen. Es ist nicht einzusehen, warum z.B. französische MitbürgerInnen, die im Saarland leben, weite Wege zum Generalkonsulat in Frankfurt in Kauf nehmen müssen, wenn sie einen Ausweis oder Pass beantragen. Dies stellt eine klare Behinderung der Freizügigkeit in der EU dar.

Ein wichtiges Anliegen für uns ist es, den Bürgerinnen und Bürger den europäischen Einigungsprozess näherzubringen. Landesregierung und Landtag müssen daher ihre europapolitische Öffentlichkeitsarbeit verstärken und dabei eng auch mit nicht Regierungsorganisationen und Kommunen zusammenarbeiten. Wir setzen uns dafür ein, dass die Interessen des Saarlandes und der Großregion bei den Institutionen der EU kompetent und stark vertreten werden. Wichtig sind dafür eine Stärkung der Europa-Kompetenz der Landesverwaltung und eine starke Landesvertretung in Brüssel.

ZUSAMMENARBEIT IN DER GROSSREGION STÄRKEN

Unsere Großregion (Saarland, Luxemburg, Lothringen, Rheinland-Pfalz, Wallonien, französische und deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens) hat über 11 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner, von denen rund 91.000 Berufspendlerinnen und –pendler täglich die Grenzen passieren. Wir wollen die europäische Identität in der Region stärken und unterstützen deshalb grenzüberschreitende Projekte, die diesem Ziel dienen. Dies gilt z.B. für die „Universität der Großregion“, die in den nächsten drei Jahren entstehen soll. Mit diesem europäischen

Modellprojekt, an dem neben der Universität des Saarlandes, die Universitäten Lüttig, Luxemburg, Nancy und Metz beteiligt sind, wird zum ersten Mal ein europäischer Hochschulraum geschaffen, der den Studierenden ermöglicht, grenzüberschreitend zu studieren.

Unsere Unterstützung dient auch der Weiterentwicklung des Euro-Districts Saar-Moselle. Der Verein „Zukunft Saar-Moselle-Avenir“ leistet hier eine wichtige Arbeit und hat durch verschiedene Veranstaltungen, wie z.B. dem grenzüberschreitenden Fahrrad-Tag „Vélo Saar-Moselle“, zahlreiche Impulse gegeben. Des Weiteren setzen wir uns für eine verstärkte kulturelle Zusammenarbeit in der Großregion ein. Wir wollen, dass die Großregion eine große Strahlkraft entwickelt und begrüßen, das von der EU geförderte Pilot-Programm zur touristischen Vernetzung der Großregion. Wir sind davon überzeugt, dass wir weitere solche Projekte auf Landesebene und auch auf kommunaler Ebene brauchen, denn Europa lebt vor Ort.

EU UND KOMMUNEN HAND IN HAND

In Brüssel werden viele Entscheidungen getroffen, die Auswirkungen auf die Kommunen haben. Wir haben z.B. erreicht, dass sich die Kommunen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge nicht mehr ausschließlich für den kostengünstigsten Anbieter entscheiden müssen. Sie können auch ökologische, soziale und ethische Kriterien geltend machen – für mehr Nachhaltigkeit und Sozialverträglichkeit, Klimaschutz und Geschlechter-Gerechtigkeit. In der Daseinsvorsorge, die wichtige Bereiche wie etwa die Wasserversorgung, den öffentlichen Personen- und Nahverkehr, Krankenhäuser und soziale Dienste betrifft, kämpfen wir für die Anerkennung des kommunalen Selbstverwaltungsrechts. Überzogene Privatisierungswünsche im Bereich der Daseinsvorsorge lehnen wir ab.

EURATOM – NEIN DANKE/NON MERCI

Durch den benachbarten Nuklearstandort Cattenom und das Atommüllendlager in Lothringen besteht ein besonderes Problem von europäischer Dimension. Wir unterstützen alle Aktivitäten unserer Nachbarn, die darauf ausgerichtet sind, weitere Atommülllager zu verhindern. Ebenso fordern wir die saarländischen Landkreise und die saarländische Landesregierung auf, alle rechtlich und politisch gegebenen Möglichkeiten auszunutzen, um die Installation weiterer Atommüllendlager in der Grenzregion zu verhindern.

Der international organisierten Atomindustrie muss durch eine grenzüberschreitende Vernetzung ihrer Kritikerinnen und Kritiker begegnet werden. Wir Grüne waren und sind stets ein wichtiger Teil der Anti-AKW-Bewegung. Wir wollen den Widerstand gegen die gefährlichen Pläne der Nuklearwirtschaft, insbesondere mit unseren Grünen Partnerparteien in Europa gemeinsam organisieren. Weiterhin gilt: Euratom wollen wir abschaffen. Denn eine Förderung der Atomenergie, wie sie Ziel des Eurato-Vertrages ist, ist mit den Grundsätzen einer zukunftsfähigen EU unvereinbar.

Zeit für Integration

Das Saarland ist – wie Deutschland insgesamt - ein Einwanderungsland. Jahrzehntelang wurde diese Tatsache verdrängt oder bewusst gelehnet – und so eine wirksame Integrationspolitik verhindert. Bislang wurde es in Deutschland, im Saarland und in vielen Kommunen versäumt, die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Chancen der Zuwanderung zu nutzen und Integrationsdefizite endlich auszugleichen.

Das Saarland kann es sich ebenso wenig wie die anderen Bundesländer nicht leisten, die vielfältigen Potenziale der Migrantinnen und Migranten zu ignorieren. Zentrale Aufgabe muss es daher sein, alle gesellschaftlichen Bereiche interkulturell im Sinne einer umfassenden Diversity-Strategie zu öffnen. Zugang zu Bildung, Beteiligung und Beschäftigung sind wichtigste Aufgaben einer gelingenden Integrationspolitik. Gleichberechtigter Zugang für Kinder aus Migrantenfamilien zu Kindergärten, Schulen, Aus- und Weiterbildung ist die Grundlage für bessere Zukunftsperspektiven.

Im Saarland besteht die Integrationspolitik aus einem unüberschaubaren Dickicht von Einzelmaßnahmen. Die Landesregierung spricht von einem Konzept, tatsächlich ist aber eine Gesamtstrategie nicht einmal ansatzweise erkennbar. Der Ausländersozialarbeit des Landes fehlt jeglicher Zusammenhang. Für erfolversprechende Programme zum Spracherwerb werden zu wenig Mittel zur Verfügung gestellt, ohne dass das Land im Bundesrat gegen diese unbefriedigende Situation etwas unternimmt.

Unser Ziel ist es, die Integrationspolitik des Saarlandes in einer stimmigen Gesamtstrategie festzuschreiben und politisch aufzuwerten. Die Ausländerbehörden wurden durch eine Verwaltungsstrukturreform zentralisiert, ein Schritt, der nicht zu einer Verbesserung, sondern zu einer Verschlechterung der Bedingungen für die ausländischen Bürgerinnen und Bürger führte.

TEILHABE UND TEILNAHME

Wir wollen den Migrantinnen und Migranten im Saarland eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration ist die wechselseitige Anerkennung. Sie muss beruhen auf Werten und Regeln der demokratischen Rechtsordnung, die in unserer Verfassung fixiert sind. Integration gelingt nur dort, wo Diskriminierung erfolgreich bekämpft wird – ob im Arbeitsleben, in Bildung und Ausbildung oder auf dem Wohnungsmarkt. Fremdenfeindlichkeit ist nicht nur an den Rändern unserer Gesellschaft anzutreffen. Um sie zu bekämpfen, muss in demokratischen Strukturen individuelles gesellschaftliches Engagement gestärkt werden. Unsere Demokratie kann es sich nicht leisten, große Teile der Bevölkerung von politischer Teilhabe weitgehend auszuschließen.

EINBÜRGERUNG UND WAHLRECHT

Wir wollen, dass sich mehr Menschen für eine Einbürgerung entscheiden können, weil sie sich mit dieser Gesellschaft und diesem Staat identifizieren. Viele Eingewanderte erfüllen die Voraussetzungen für eine Einbürgerung bereits, nehmen diese Option aber nicht wahr. Im Saarland sind die Einbürgerungszahlen in den letzten Jahren rückläufig. Ursächlich dafür sind nicht zuletzt bestehende bürokratische Hürden, die von den Betroffenen eher als Abschreckung denn als Einladung verstanden werden müssen. Die deutsche Staatsangehörigkeit allein kann keinen Integrationsprozess ersetzen. Wir wollen eine möglichst weitgehende Angleichung der Rechte von langjährig in

Deutschland lebenden Eingewanderten, auch wenn sie die deutsche Staatsangehörigkeit nicht annehmen. Wer seinen Lebensmittelpunkt in einer saarländischen Kommune hat, soll auch politisch mitbestimmen dürfen. Wir wollen erreichen, dass auch eingebürgerte Deutsche in die Integrations- und Migrationsbeiräte wählbar sind und dass sie das aktive Wahlrecht haben, wenn sie auf ihren Antrag in das Wählerverzeichnis zur Wahl des Integrations- und Migrationsbeirates aufgenommen worden sind.

SPRACHE UND BILDUNG

Integration heißt aktive Teilnahme und Teilhabe an der Gesellschaft. Das Beherrschen der deutschen Sprache ist dafür eine zentrale Voraussetzung.

Wir setzen uns dafür ein, den Erwerb der deutschen Sprache von klein auf zu fördern und in allen weiteren Bildungsbereichen fortzuführen, ohne die Herkunftssprachen zu vernachlässigen. Nur wer seine Muttersprache beherrscht, kann auch eine Fremdsprache lernen. Die Beherrschung mehrerer Sprachen ist in unserer multi-kulturellen und global tätigen Gesellschaft eine wichtige und verbindende Ressource. Auch für Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus müssen Sprachkurse angeboten werden.

Bildung ist entscheidend für den Zugang zu allen Bereichen des öffentlichen Lebens, speziell für Kinder von Migrantinnen und Migranten. Die erschreckend hohe Quote der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Abschluss bei jungen Menschen mit Migrationshintergrund offenbart das völlige Versagen des saarländischen Bildungssystems. Öffentliche Bildung und Erziehung im Kindergarten und in der Schule müssen deshalb inhaltlich stärker auf interkulturelles Lernen ausgerichtet werden. Migrantinnen und Migranten sollen mit ihren Kompetenzen, Ressourcen und Erfahrungen als Bereicherung wahrgenommen werden. Nicht wenige Migrantinnen und Migranten verfügen über fundierte im Herkunftsland erworbene berufliche Qualifikationen, die hier jedoch nicht anerkannt werden; sie müssen quasi bei Null anfangen. Das wollen wir ändern. Wir setzen uns dafür ein, dass Anerkennungsverfahren erleichtert werden sowie bessere Möglichkeiten und Rahmenbedingungen für Anpassungsqualifikationen geschaffen werden. Im Ausland erworbene Schul- und Berufsabschlüsse müssen gleichgestellt oder durch entsprechende Nachqualifizierungen und Förderprogramme angepasst werden.

MENTORINNENPROGRAMME / PATENSCHAFTEN

Gesellschaftlich und beruflich erfolgreiche Einwanderinnen und Einwanderer sind für viele Kinder mit Migrationshintergrund gute Vorbilder und machen Mut, die eigenen Chancen wahrzunehmen. Allzu häufig werden Einwanderer und Einwandererinnen nur im Zusammenhang mit Niedriglohnjobs oder Erwerbslosigkeit als sogenannte „Sozialschwache“ oder „Problemfälle“ wahrgenommen. Wir unterstützen deshalb MentorInnenprogramme, in denen erfolgreiche Einwanderinnen und Einwanderer Patenschaften für Kinder übernehmen und diese in Form von Nachhilfe und Beratung fördern.

Die Teilhabe an Erwerbsarbeit sichert den Lebensunterhalt und trägt wesentlich zur Anerkennung und Gleichberechtigung bei. Qualifizierungsmaßnahmen für den ersten Arbeitsmarkt und finanzielle Anreize zur Schaffung von – auch einfachen – Arbeitsplätzen im privaten Sektor nützen allen Arbeitssuchenden, auch den vielen Arbeitssuchenden Migranten und Migrantinnen. Bei denjenigen, die den Weg der Selbstständigkeit beschreiten, bedarf es einer durchgehenden Unterstützung in Form von nachhaltiger Beratung und Förderung über die gesamte Konsolidierungsphase hinweg.

Wir wollen, dass die in ihren Herkunftsländern erworbenen Qualifikationen von Einwanderern bei uns anerkannt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Anerkennungsverfahren erleichtert werden und bessere Möglichkeiten und Rahmenbedingungen für Anpassungsqualifikationen geschaffen werden.

MEHR RECHTE FÜR GEDULDETE FLÜCHTLINGE

Mit der neuen Bleiberechtsregelung lebt nach wie vor eine Reihe von Frauen, Männern und Kindern lediglich geduldet im Saarland. Sie sind in rechtlicher Sicht ausreisepflichtig, können jedoch in den meisten Fällen nicht ausreisen. Sie haben keinen Anspruch auf Sprachkurse und ihre Integration ist ausdrücklich nicht erwünscht. Geändert werden kann dies entweder durch ein Landesprogramm oder durch die Bundesebene, dafür setzen wir uns ein. Im Saarland leben viele gut integrierte Familien ohne gesicherten Aufenthaltsstatus in ständiger Angst, Deutschland kurzfristig verlassen zu müssen. Wir wollen ihnen einen gesicherten Aufenthalt ermöglichen.

GEGEN MENSCHENUNWÜRDIGE ABSCHIEBEPRAxis

Wir verurteilen die menschenunwürdige und zunehmend rigide Abschiebepaxis durch die Landesregierung auf das schärfste. Wir protestieren dagegen, dass Menschen, die über viele Jahre im Saarland leben und sich vollständig integriert haben, in Nacht und Nebelaktionen in ihr Heimatland abgeschoben werden. Wir wenden uns gegen die überaus restriktive Auslegung der „Altfallregelung“ im Saarland. Wir wollen, dass die „Altfallregelung“ für abgelehnte AsylbewerberInnen menschenwürdig gehandhabt wird und setzen uns für eine großzügige und unbürokratische Bleiberechtsregelung ein.

DIALOG DER RELIGIONEN

Gegenüber allen Religionsgemeinschaften setzen wir uns ein für die Akzeptanz von Minderheiten, die Selbstbestimmung und Gleichberechtigung von Frauen sowie gegenseitigen Respekt und versuchen, Differenzen und Vorurteile im Dialog abzubauen. Nach Abschluss von Staatsverträgen mit den christlichen Kirchen und der Synagogengemeinde ist es folgerichtig, dass die Landesregierung mit muslimischen Gemeinden Gespräche über einen Staatsvertrag führt. Der Dialog über das Verhältnis zwischen Staat und Religion ist gegenwärtig erschwert durch das Fehlen verbindlicher Ansprechpartner auf der Seite der muslimischen Organisationen. Zahlreiche Fragen des Alltags, wie die Gestaltung des muslimischen Religionsunterrichts, die von uns geforderte Teilnahme am Biologie- und Schwimmunterricht sowie an Klassenfahrten oder die Ausbildung von islamischen Lehrkräften, können nur gemeinsam verbindlich ausgehandelt werden. Dafür bedarf es – wie in anderen Bundesländern – einer gemeinsamen Vertretung der Muslime. Solange es noch getrennten religiösen Schulunterricht gibt, setzen wir uns für einen dem christlichen Religionsunterricht entsprechenden islamischen Religionsunterricht in deutscher Sprache und durch in Deutschland ausgebildete Lehrkräfte ein. Dies ist nicht mehr oder weniger als die Umsetzung eines verfassungsrechtlichen Anspruchs.

Zeit für gleiche Rechte

Das vom Bundestag beschlossene „Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz“ wirkt sich in weiten Bereichen des täglichen Lebens aus. Es verankert erstmals ein Verbot der Benachteiligung aus Gründen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität im Zivilrecht.

In Deutschland gibt es bisher nur wenige Erfahrungen mit Bürgerrechten im Zivilrecht. Um dieser Unsicherheit zu begegnen, wollen wir ein saarländisches Gleichbehandlungsgesetz verwirklichen, sowie eine Informationskampagne und weitere Maßnahmen zur aktiven Umsetzung des Gesetzes initiieren. Dazu gehört auch der Respekt gegenüber allen Religionen. Wir wollen mit den Kirchen einen Dialog über die Stellung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kirchlichen Wohlfahrtseinrichtungen führen. Hier wollen wir die Geltung des allgemeinen Arbeits-, Sozial- und Tarifvertragsrecht erreichen.

Wir wollen die rechtliche Stellung nicht ehelicher Lebensgemeinschaften verbessern und dafür sorgen, dass Rechte und Pflichten nicht länger in einem krassen Missverhältnis stehen.

Nach der erfolgreichen Durchsetzung des Gleichstellungsgesetzes von Menschen mit Behinderungen wollen wir das Prinzip der Barrierefreiheit weiter im Alltag verankern. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Menschen, unabhängig von Behinderungen, die gleichen Möglichkeiten bekommen am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Grundvoraussetzung für eine selbstbestimmte Teilhabe ist der Ausgleich von Nachteilen. Eine mögliche Form ist der finanzielle Ausgleich für behinderungsbedingte Mehraufwendungen. In Zeiten schwieriger Kassenlagen werden solche Mittel gerne gekürzt, wie das Beispiel des Blindengeldes im Saarland zeigt. Wir kämpfen seit Jahren dafür, dass diese Kürzungen rückgängig gemacht werden.

Das Sexualstrafrecht muss Behinderte wirkungsvoll vor sexuellen Übergriffen schützen.

Transsexuellen und intersexuellen Menschen muss es ermöglicht werden, ihre Lebensweise selbst zu bestimmen.

GLEICHE LIEBE – GLEICHE RECHTE

Das Lebenspartnerschaftsgesetz ist ein Meilenstein, um Schwule und Lesben als selbstverständliche Teile unserer Gesellschaft anzuerkennen. Wir wollen die volle Gleichstellung in allen Bereichen. Dazu müssen Erb- und Adoptionsrecht geändert werden. In jeder achten gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaft wachsen Kinder auf. Sie erleben tagtäglich, dass Schwule und Lesben verantwortliche Eltern sind. Diese „Regenbogen-Familien“ haben ein Recht auf Anerkennung. Wir wollen, dass Schwule und Lesben ohne Angst vor Diskriminierung und Ablehnung in dieser Gesellschaft leben können.

Gleichstellung bedeutet aber auch Gleichstellung in wirtschaftlicher Hinsicht. Dies ist bislang trotz der seit Jahren von uns geforderten und nun endlich erfolgten Anpassung des Landesrechts an das Lebenspartnerschaftsgesetz des Bundes noch immer nicht der Fall. Deshalb wollen wir unter dem besoldungsrechtlichen Aspekt der Gleichstellung verpartnerte Beamte mit verheirateten Beamtinnen und Beamten auch beim Familienzuschlag gleichstellen.

Die Schule kann und muss einen wichtigen Beitrag zur Identitätsbildung leisten. An unseren Schulen gibt es für schwule und lesbische Schülerinnen und Schüler keine offiziellen Ansprechpartner. Wir wollen die Aus- und Fortbildung für BeratungslehrerInnen in diesem Bereich voranbringen.

Darüber hinaus wollen wir die psycho-sozialen Dienste umfassend qualifizieren – vornehmlich in ländlichen Regionen und gleichzeitig den Lesben- und Schwulenverband (LSVD) besser unterstützen.

Zeit für Frauenpolitik und Geschlechtergerechtigkeit

Zehn Jahre CDU-Alleinregierung zeigen ein düsteres Bild der Frauen- und Gleichstellungspolitik. Das Gerede der Landesregierung über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf entpuppt sich als reines Lippenbekenntnis. Es sind keine ernsthaften Anstrengungen zur Gleichstellung von Frauen und Männern erkennbar.

Der Lohnabstand zwischen Frauen und Männern ist im Saarland mit 22,5 % (2007) höher als im Bundesdurchschnitt (20,8 %). Mehr als zwei Drittel der Beschäftigten im Niedriglohnbereich sind Frauen. Die Führungspositionen in Wirtschaft und Wissenschaft werden immer noch von Männern dominiert.

GENDER-MAINSTREAMING

Für uns Grüne gilt nach wie vor: wir wollen Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern schaffen. Das heißt, die Hälfte der Macht für Frauen und die Hälfte der Verantwortung für Männer. Arbeit und Kindererziehung sollen zwischen Frauen und Männern aufgeteilt werden. Um nicht nur die rechtliche, sondern auch die tatsächliche Gleichstellung zwischen Frauen und Männern zu erreichen, setzen wir auf eine Doppelstrategie. Zum einen soll in allen politischen Handlungsfeldern regelmäßig beobachtet werden, welche Folgen die jeweiligen Maßnahmen für Frauen bzw. für Männer haben (Gender-Mainstreaming). Dieses Prinzip ist bereits seit 2004 in der saarländischen Landespolitik verankert, fand aber außer bei einzelnen Pilotprojekten bislang kaum Anwendung. Zugleich soll die gezielte Förderung von Frauen und Mädchen bestehende Nachteile ausgleichen. Eine Stabsstelle für Gender-Mainstreaming in der Staatskanzlei soll deutlich machen, dass dies eine Führungsaufgabe für alle Ebenen ist. Das Geschlechterverhältnis muss auch in Rechnung gestellt werden, wenn es um die Verteilung öffentlicher Gelder geht. Bei allen Ausgaben muss geprüft werden, welche Auswirkungen dies auf Frauen und Männer hat (Gender-Budgeting).

Das Landesgleichstellungsgesetz ist ein wichtiges Instrument, um die Gleichstellung von Frauen und Männern durchzusetzen. Das funktioniert aber nur, wenn das Gesetz auch wirksam umgesetzt wird. Wir setzen uns ein für klare und verbindliche Zielvorgaben, eine Evaluation der Umsetzung sowie wirksame Sanktionen bei Verstößen gegen das Landesgleichstellungsgesetz.

Auch in der Privatwirtschaft muss es verbindliche Regeln geben, um Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern zu schaffen. Wir setzen uns für differenzierte Maßnahmen zur Überwindung der Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt ein. Ein geschlechtsbezogener Ansatz bei allen politischen Maßnahmen und Konzepten muss tatsächliche Chancengleichheit durch Zielvorgabe, Programmgestaltung, Projektvorschläge, Evaluation und Controlling sicherstellen. Wir wollen, dass im Wirtschaftsministerium ein Frauenbeirat diesen Prozess konzeptionell begleitet. Ein fester Prozentsatz der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsförderungsmittel muss für Frauenprojekte reserviert werden.

HOCHWERTIGE KINDERBETREUUNGSPLÄTZE

Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Kindern und Beruf sind verlässliche und qualitativ hochwertige Kinderbetreuungsangebote. Wir setzen uns deshalb für einen Rechtsanspruch auf Betreuung ab dem ersten Lebensjahr und die sukzessive Einführung einer generellen Beitragsfreiheit ein. Wir wollen einen schnellen bedarfsgerechten Ausbau von ganztägigen Betreuungsangeboten für alle Kinder im Alter von ein bis drei Jahren. Wir wollen noch vor dem Jahr 2013 den Rechtsanspruch auf einen hochwertigen Krippenplatz einlösen und setzen uns für eine familienfreundliche Ausweitung der Betreuungszeiten in Kindertagesstätten ein.

WISSENSCHAFTLERINNEN IN SPITZENPOSITIONEN

Die saarländischen Hochschulen kranken immer noch an einem eklatanten Mangel an Wissenschaftlerinnen in Spitzenpositionen. Obwohl mehr als die Hälfte der Hochschulabsolvierenden Frauen sind, besetzen sie z.B. an der Universität des Saarlandes nur 7% der Lehrstühle. Wir wollen mehr Professorinnen, mehr Frauen-Förderprofessuren und mehr Frauen in naturwissenschaftlich-technischen Studiengängen. Wir setzen uns deshalb für verbindliche Ziel- und Leistungsvorgaben mit den Hochschulen ein. Gleiches muss für universitäre Forschungseinrichtungen gelten.

GESCHLECHTERGERECHTES GESUNDHEITSSYSTEM

Wir wollen, dass Frauen und Männer gleichermaßen gut medizinisch versorgt werden. Deshalb machen wir uns für ein geschlechtergerechtes Gesundheitssystem stark. Bisher werden neue Medikamente vorwiegend an Männern getestet. Inzwischen ist aber klar, dass Medikamente bei Frauen und Männern unterschiedlich wirken. Wir wollen deshalb ein saarländisches Forschungsprogramm an der Universitätsklinik einrichten, das sich u.a. mit dieser Frage beschäftigt und die unterschiedliche Wirkung von Operationen und die unterschiedliche Betroffenheit von verschiedenen Krankheiten und Krankheitsbildern bei Frauen und Männern untersucht. In die Aus- und Weiterbildung aller Gesundheitsberufe muss künftig viel stärker das Wissen um geschlechtsspezifische Unterschiede von Gesundheit und Krankheit einfließen.

ÄCHTUNG VON GEWALT GEGEN FRAUEN

Gewalt gegen Frauen muss geächtet werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Informationen über das Unterstützungssystem aus Frauenhäusern, Zufluchtwohnungen, Notrufen, Frauenberatungsstellen und Interventionsstellen an geeigneten Orten und in verschiedenen Sprachen für alle zugänglich gemacht werden. Präventionsprojekte müssen ausgebaut werden, damit bereits Kinder und Jugendliche gewaltfreie Konfliktlösungen erlernen. Zur Prävention gegen Gewalt gehört auch die psychosoziale Täterarbeit, wie z.B. Trainingsprogramme für gewalttätige Männer. Migrantinnen und deren Kinder sind häufiger durch häusliche Gewalt, „Ehrenmorde“ und Zwangsverheiratung bedroht als andere. Das sind Themen, die uns Grüne als Menschenrechtspartei im Spannungsfeld zwischen Familien-, Frauen- und Migrationspolitik besonders herausfordern. Wir wollen alltagstaugliche Handlungskonzepte entwickeln, die den betroffenen Menschen helfen, ohne sie zu stigmatisieren.

Zeit für Sport, Kultur und Ehrenamt

Sport steigert die Lebensfreude, fördert soziale Kontakte und Gesundheit und verhilft zu mehr Selbstbewusstsein. Sport im Team ist untrennbar mit Kommunikation und Kooperation verbunden. Er fördert Teamgeist sowie die Fähigkeit zur Konfliktbewältigung, ebenso die Sozialkompetenz. Wir wollen ein flächendeckendes und ausreichendes Trainings-, Bewegungs- und Erholungsangebot schaffen, damit möglichst vielen Menschen, unabhängig von ihrer sozialen Situation eine sportliche Betätigung möglich ist. Kranke Menschen und Menschen mit Behinderungen müssen in sportlichen Aktivitäten eingebunden werden. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass behindertengerechte Sportanlagen betrieben und vorgehalten werden.

Die Teilbereiche des Sports wie Freizeit-, Breiten-, Behinderten-, Schul- und Leistungssport sind nicht streng voneinander abzutrennen. Sie ergänzen sich und bedienen einander. Da das Sportgeschehen im Saarland durch einen hohen Organisationsgrad an Vereinen und Verbänden geprägt ist, und diese Akteure eine wichtige soziale Aufgabe wahrnehmen, wollen wir insbesondere den Breitensport stärken. Ohne das ehrenamtliche Engagement vieler Menschen wäre der Sport nicht denkbar. Deshalb setzen wir uns grundsätzlich für jedwede Verbesserung in der ehrenamtlichen Arbeit ein. Wir stehen auch zur Förderung des Hochleistungssports, da die Vorbildfunktion der SpitzenathletInnen dem Breiten- und Freizeitsport zugute kommt. Sportliche Großveranstaltungen im Saarland sind wünschenswert, sie fördern die Attraktivität und Standortqualität der Region.

MEHR SPORT IN KINDERGÄRTEN UND SCHULEN

Immer mehr Kinder und Jugendliche haben gesundheitliche Probleme, die vielfach auf mangelnde Bewegung zurückzuführen sind. Hinzu kommen falsche Ernährung, die zunehmende Nutzung beispielsweise von Videospiele sowie auch Lernstress durch die verkürzte Schulzeit im G8. Sportunterricht – und zwar bereits ab dem Kindergarten – stellt einen wichtigen Beitrag für die körperliche Betätigung und gesundheitliche Entwicklung von Kindern und Jugendlichen dar. Die Bewegungs-, Spiel- und Sporterziehung an saarländischen Kindergärten und Schulen muss daher dringend ausgeweitet werden. Erreicht werden kann dieses Ziel vor allem durch eine Verankerung von Sporterziehung bereits in den Kindergärten und die Wiedereinführung der dritten Sportstunde in den Schulen.

KONZEPT FÜR SPORTSTÄTTEN

Nachholbedarf besteht zudem auch bei den Sportstätten im Land. Insbesondere bei den Schwimmbädern ist die Situation dramatisch. Immer mehr Schwimmbäder fallen dem Sparzwang der Kommunen zum Opfer und immer weniger Kinder lernen heute noch schwimmen. Hier sind Land und Kommunen gefordert, ein landesweites Bäderkonzept aufzulegen, das flächendeckend Schwimmmöglichkeiten für Jung und Alt gewährleistet. Solche Angebote müssen wohnortnah sein, damit sie ohne größeren Aufwand in Anspruch genommen werden können. Dies gilt auch für alle anderen Sportstätten.

Bewegung beginnt im Alltag. Viele Menschen wollen ihre Alltagsangelegenheiten mit Bewegung und Sport verbinden. Dazu brauchen sie Fahrradwege, Grünanlagen und ausreichend Sport- und Freizeitstätten. Kinder brauchen mehr verkehrsfreie Spiel- und

Bewegungsräume. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Fahrradwege aus- und neu gebaut werden sowie genügend Sport- und Freizeitstätten bereitgestellt werden.

KULTURFÖRDERUNG

In Zeiten von öffentlichen „Haushaltsnotlagen“ werden Kulturausgaben immer wieder gekürzt. Nicht mit uns Saar-Grünen, denn für uns gehören Kunst und Kultur zu den elementaren „Lebensmitteln“ einer humanen Gesellschaft. Unsere grüne Landeskulturpolitik wird kommunale Kulturpolitik produktiv ergänzen, anregen und eigene Schwerpunkte setzen. Wir werden dabei die Bevölkerung in kulturpolitische Diskussionen einbeziehen. Wir treten dafür ein, dass Kulturförderung zu einer kommunalen Pflichtaufgabe wird, zu deren Erfüllung wir die Kommunen auch mit den entsprechenden Finanzmitteln ausstatten wollen. Wir orientieren uns am Bild einer multikulturellen Gesellschaft, in der sich unterschiedliche Kulturen in einem Klima von Toleranz und Freiheit entfalten und gegenseitig beeinflussen.

Gerade im Saarland hat sich in den letzten Jahren trotz allem eine vielfältige kulturelle Szene entwickelt. Man findet sie in saarländischen Museen, beim Festival Max-Ophüls-Preis, in der regional bezogenen Kulturberichterstattung des Saarländischen Rundfunks, an den Hochschulen, insbesondere der Hochschule für Musik, an der Hochschule für bildende Künste und in der freien Szene. Daneben ist es wichtig, dass Kulturvereine in den Mittelpunkt der zu fördernden Kulturpolitik gestellt werden. Sie garantieren die regionale Identität in Form von Laientheatern, Musik- und Gesangsvereinen usw. Auch dadurch wird sichergestellt, dass die kulturellen Gegebenheiten in einer Gemeinde berücksichtigt werden.

Kunst gibt es aber nur mit Künstlern und Künstlerinnen. Daher setzen wir uns dafür ein, dass es an saarländischen Spielstätten und „sonstigen Einrichtungen der Kunst“ ordentliche Beschäftigungsverhältnisse und soziale Absicherung für die Protagonisten gibt, um ihnen ein auskömmliches Einkommen zu ermöglichen.

FÖRDERUNG DER KULTURELLEN BILDUNG

Kultur muss Bereicherung für alle sein, sie muss bei den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes ankommen. Das bedeutet zum einen: wir werden die kulturelle Bildung maßgeblich bei Kindern so fördern, dass sie einen eigenen Zugang zu Kreativität und Kultur erlangen. Gerade Kinder müssen einen Zugang zur Kultur erhalten, weil es in der heutigen Zeit immer schwieriger wird, attraktive Alternativen aufzuzeigen. Als zu häufig sitzen Kinder vor PC und Fernseher und werden dadurch zu Konsumenten und nicht zu aktivem Gestalten angeregt.

Wir wollen die Kinder zu einer aktiven Medienarbeit anregen, damit sie sich auch mit gesellschaftlichen relevanten Themen auseinandersetzen. Deshalb werden wir KünstlerInnen ermutigen und finanziell unterstützen, in Schulen Angebote kultureller Bildung zu machen. Vorbildlich sind hier z.B. Musicalproduktionen unter Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen aus der Region. Dabei lernen sie nicht nur ein Instrument zu spielen, sondern auch die szenisch-dramaturgische Umsetzung von Inhalten. Für die Persönlichkeitsentwicklung ist eine solche Art der künstlerischen Betätigung von elementarer Bedeutung und das Selbstbewusstsein wird nachhaltig gestärkt. Was hier bisher auf großem persönlichem Engagement einzelner basiert, verdient Nachahmung und begünstigende Rahmenbedingungen.

Gerade in echten Ganztagschulen kann solchen Projekten Raum gegeben werden. Deshalb fordern wir zum einen die flächendeckende Einführung von echten Ganztageschulen. Zum anderen werden wir Gemeinwesenarbeit in den einzelnen Gemeinden des Landes oder in einzelnen Stadtbezirken der Zentren viel stärker als das bisher der Fall war, unterstützen. Gerade dort gibt es Schnittstellen von Gesellschaftsschichten, die bisher in unterschiedlichem Maß an Kunst und Kultur teilhaben konnten. Auch Migrantinnen und Migranten werden in Gemeinwesenprojekten sehr viel eher erreicht als von den „Leuchtturmprojekten“ saarländischer Kultur, denn bei kulturellen Gemeinwesenprojekten sind die Zugangshürden in Form von Anfahrt, Eintrittspreisen o.ä. niedriger. Wir setzen uns dafür ein, dass Migrantinnen und Migranten in Gemeinwesenprojekten Raum für die Pflege und Vermittlung ihrer eigenen kulturellen Identität finden.

Wir wollen auch die Lesekultur fördern. Wir wollen damit möglichst viele SaarländerInnen aller Alters- und Bildungsschichten erreichen. Wir werden öffentliche Bibliotheken erhalten und als Bücherbusse mobil vor Ort bringen. Sie werden einladende, attraktive Orte des Lesevergnügens sein und bleiben.

EHRENAMTLICHES ENGAGEMENT FÖRDERN

Bürgerschaftliches Engagement ist ein Engagement für den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Wer sich ehrenamtlich betätigt, übernimmt Verantwortung für andere und für die Gesellschaft. Ehrenamtliche Tätigkeit ist damit eine wichtige Grundlage des gemeinschaftlichen Zusammenlebens. Ohne das ehrenamtliche Engagement zahlreicher Saarländerinnen und Saarländer können viele wichtige Gemeinwesenaufgaben nicht ausreichend erledigt werden. Viele Menschen engagieren sich freiwillig, bürgerschaftlich und ehrenamtlich sowie unentgeltlich in Vereinen, Verbänden, Kirchen und Initiativen. Die Spanne der ausgeübten Tätigkeiten reicht hierbei von Sport- und Kulturvereinen über freiwillige Feuerwehren, den Katastrophenschutz, Nichtregierungsorganisationen, direktdemokratische Bürgerbeteiligung, den Umwelt- und Naturschutz, die Entwicklungshilfe, den Tierschutz, das Engagement für Kinder und Jugendliche, alte Menschen und Menschen mit Behinderungen, die Hospizbewegungen, Nachbarschaftshilfen und Selbsthilfegruppen bis hin zu gemeinwohlorientierten Aktivitäten von Unternehmen und gemeinnützigen Stiftungen.

Freiwilligenarbeit und Ehrenamt sind auf Anerkennung und Wertschätzung, aber auch auf finanzielle Unterstützung angewiesen. Häufig tragen die ehrenamtlich Tätigen den finanziellen Aufwand zur Aufrechterhaltung der Ehrenamtsstrukturen selbst.

Eine Stiftung bietet die Möglichkeit, dass ehrenamtliche Arbeit in größerer Eigenverantwortung ihre vielfältigen Aufgaben wahrnehmen kann sowie notwendige, unterstützende, hauptamtliche Strukturen geschaffen werden. Ebenso kann dadurch die Bereitschaft der Bevölkerung, insbesondere auch der Wirtschaft, das Ehrenamt finanziell zu unterstützen, weiter ausgebaut werden.

Wir wollen, dass im Saarland eine „Stiftung Ehrenamt Saar“ eingerichtet wird, die mit einem Betrag in Höhe von 2 Millionen Euro ausgestattet werden soll. Darüber hinaus ist es wichtig, dass der Staat ehrenamtliches Engagement besser fördert und unterstützt und die Arbeit der Menschen, die dahinter stehen, entsprechend würdigt und ihnen Anerkennung und Respekt erweist. Ein wichtiger Beitrag dazu ist es, wenn ehrenamtliche Tätigkeit als Qualifikationsmerkmal bei der beruflichen Einstellung und Beförderung anerkannt und berücksichtigt wird. Wir wollen, dass das Land dies entsprechend in Gesetzen, Verordnungen sowie Richtlinien über die Einstellungs- und Laufbahnkriterien für seine Bediensteten vorsieht.

Zeit für Medienvielfalt

Wir setzen uns für eine vielfältige Medienlandschaft ein. Wir wollen die Voraussetzungen für ein qualitativ hochwertiges Angebot durch Fernsehen, Hörfunk, Presse und Telemedien im Saarland schaffen.

ÖFFENTLICH-RECHTLICHER RUNDFUNK

Wir stehen zu einem starken öffentlich-rechtlichen Angebot des Saarländischen Rundfunks und des Deutschland Radio. Diese Veranstalter sind gebührenfinanziert. Deshalb sind sie frei von der Notwendigkeit, möglichst hohe Einschaltquoten zu erzielen. Wir werden dafür Sorge tragen, dass Saarländischer Rundfunk und Deutschland Radio den grundgesetzlich gebotenen Programmauftrag erfüllen, indem sie Vollprogramme veranstalten und verbreiten. Wir setzen uns in den Gremien dieser Rundfunkanstalten dafür ein, dass ihre Programme wesentliche Anteile an politischer und tagesaktueller Information und Bildung aufweisen, und zwar für die ganze Gesellschaft und alle Altersgruppen. Dadurch werden wir sicherstellen, dass sich diese öffentlich-rechtlichen Programme von reinen Unterhaltungsangeboten unterscheiden.

Wir unterstützen den Erhalt des Saarländischen Rundfunks als eigenständige Sendeanstalt, nicht zuletzt wegen seiner Kompetenz in regionaler Berichterstattung. Wir werden gegen eine Fusion oder schleichende Übernahme durch andere ARD-Rundfunkanstalten kämpfen. Dabei muss der Saarländische Rundfunk alle technischen Verbreitungswege nutzen dürfen, das Internet eingeschlossen. Wir begrüßen daher ausdrücklich den im 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag gefundenen Kompromiss, der dem Saarländischen Rundfunk erlaubt, seine Programme grundsätzlich bis zu sieben Tage nach der Ausstrahlung zum Abruf im Internet vorzuhalten. Wir fordern den Intendanten des Saarländischen Rundfunks auf, bei der Neuregelung des Finanzausgleichs innerhalb der ARD eine bessere Finanzausstattung des Saarländischen Rundfunks zu erzielen. Hintergrund ist, dass im Saarland überdurchschnittlich viele Gebührenzahler aus sozialen Gründen von der Gebührenzahlung befreit werden müssen und dem Saarländischen Rundfunk deshalb Einnahmen fehlen.

Des Weiteren wollen wir in zukünftigen Rundfunkänderungsstaatsverträgen die zulässige Werbemenge bei den öffentlich-rechtlichen Veranstaltern beschränken. Öffentlich-rechtliche Veranstalter sollen nach Auffassung von uns nur ausnahmsweise Unterbrecherwerbung schalten dürfen, in Familiensendungen und in ihrem Umfeld darf gar nicht mehr geworben werden. Sponsoring soll unterbleiben.

RUNDFUNKGEBÜHR

Wir wollen die Rundfunkgebühr vereinfachen und wegkommen von der gerätegebundenen Erhebung. Die Gebühr der Zukunft soll als "Mediengebühr" pro Haushalt oder Unternehmen, nach Größe gestaffelt, erhoben werden. Wir wollen dadurch die Kontrolle durch GEZ-Beauftragte überflüssig machen, die Daten der ZuschauerInnen und MediennutzerInnen besser schützen und insgesamt die Akzeptanz der Gebühr erhöhen.

PRIVATER RUNDFUNK

Wir unterstützen die zweite Säule im dualen Rundfunksystem, den privaten Rundfunk. Deshalb sprechen wir uns für eine föderal organisierte Aufsicht und Förderung des privaten Fernsehens und Hörfunks mit einer eigenständigen Landesmedienanstalt im Saarland aus. Durch die Einschränkungen bei der Werbung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk wird der private Rundfunk mehr Einnahmen durch Werbung erzielen können.

TRANSPARENZ BEI DEN TOCHTERFIRMEN

Wir fordern mehr Transparenz bei den Tochtergesellschaften der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Der Skandal von Fehlinvestitionen wie bei der Telefilm Saar darf sich nicht wiederholen. Im Interesse einer ausgewogenen Bilanz werden wir dafür sorgen, Verträge dieser Tochterfirmen unter die Aufsicht des Rundfunkrats zu stellen.

JOURNALISTISCHE UNABHÄNGIGKEIT

Journalistische Unabhängigkeit und Qualität werden wir gegen die Einflussnahme Dritter auf das Programm schützen. Wir werden dafür sorgen, dass Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit im Programm Redaktionelles und Werbliches erkennbar getrennt wird. Wir wollen verhindern, dass die Unabhängigkeit der Redakteure und Redakteurinnen gefährdet wird. Z.B. werden wir uns dafür einsetzen, dass die redaktionell Verantwortlichen kein PR-Material oder fertige Sendekonzepte von Werbetreibenden annehmen und als redaktionellen Beitrag ausgeben.

PRINT UND INTERNET

Im Bereich gedruckter Presseerzeugnisse vermissen wir eine Konkurrenz zur Saarbrücker Zeitung. Wir wollen eine vielfältige Presselandschaft, die möglichst jedem Haushalt im Saarland Zugang zu allgemein verfügbaren Informationsquellen, gut recherchierten Berichten, Meinungen und Kommentaren verschafft. Deshalb begrüßen wir Maßnahmen, die breiten Bevölkerungsschichten einen kompetenten Umgang mit dem Internet nahe bringen. Wir machen uns dafür stark, dass sich in technischer Hinsicht die Quote der an das „schnelle Internet“ angeschlossenen Haushalte erhöht. So werden wir dafür sorgen, dass in Zukunft das Saarland beim bundesweit vergleichenden Onliner-Ranking in der Gesamtbewertung einen besseren als den sechzehnten Rang belegt.

JUGENDMEDIENSCHUTZ

Neue Freiheiten bei der Mediennutzung dürfen nicht zu Lasten des Jugendmedienschutzes gehen. An Altersgrenzen geknüpfte Sendezeitvorgaben funktionieren im Internet nicht. Nationale Verbote entfalten wegen des grenzüberschreitenden Charakters des Internets kaum Wirkung. Daher begrüßen wir, dass durch die saarländischen Aufsichtsorgane, Rundfunkrat bzw. Medienrat, Jugendmedienschutz gewährleistet wird. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Zusammenarbeit mit „jugendschutz.net“. „jugendschutz.net“ wurde 1997 von den Jugendministern aller Bundesländer gegründet, um Jugendschutz relevante Angebote im Internet (so genannte Telemedien) zu überprüfen und auf die Einhaltung von Jugendschutzbestimmungen zu drängen. Ziel ist ein vergleichbarer Jugendschutz wie in traditionellen Medien. Deshalb werden wir eine kontinuierliche Finanzierung von „jugendschutz.net“ unterstützen. Wir fordern auch aus Gründen des Jugendmedienschutzes echte Ganztagschulen: gut geforderte und geförderte SchülerInnen laufen, zumindest während sie in der Schule sind, weniger Gefahr, im Cyberspace jugendgefährdende Angebote zu nutzen.

Keine Zeit für Rechts

Der Rechtsextremismus verschont auch das Saarland nicht. So ist zum Beispiel das Abschneiden der NPD bei der Landtags- und der Kommunalwahl 2004 sowie der Anstieg von Straftaten mit neonazistischem Hintergrund ein alarmierendes Zeichen dafür, dass wir es insoweit nicht bloß mit einem Randproblem zu tun haben. Dagegen können und müssen wir alle etwas tun. Wer sich nicht dagegen stellt, stärkt die Position der Nazis und riskiert, dass unsere Gesellschaft von antidemokratischen Kräften mitbestimmt wird.

Um zu verhindern, dass sich die rechte Szene in der Mitte der Gesellschaft verankert, brauchen wir eine Kultur des Hinschauens und Eingreifens, die fremdenfeindlichen und rassistischen Tendenzen offen entgegentritt.

Wir werden Rechtsradikalismus mit seiner menschenverachtenden Ideologie konsequent bekämpfen und verfolgen. Dies gilt auch für neonazistische Organisationen und Parteien. Dabei setzen wir auf den Dreiklang von Prävention, Intervention und Repression. Wir wollen ein gesellschaftliches Klima schaffen, das Rassismus und Antisemitismus ächtet und somit dem Rechtsradikalismus den Boden entzieht.

Der beste Schutz gegen braune Propaganda ist politische Bildung. Deshalb muss eine offensive Aufklärungsarbeit über politische Zusammenhänge ebenso wie die kritische Auseinandersetzung mit der neonazistischen Ideologie in den Schulen wesentlich intensiver als bisher erfolgen. Die Erziehung zu Demokratie und Toleranz, Sensibilisierung gegenüber Rassismus und Antisemitismus sowie eine Kultur der Integration müssen so früh wie möglich beginnen. Dazu ist die individuelle Stärkung der emotionalen und sozialen Kompetenzen aller Menschen erforderlich. Dies muss bereits in den Familien, aber auch in den Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen, Ausbildungsstätten, in der Jugendarbeit und in der Erwachsenenbildung geschehen. Menschenrechte und demokratische Beteiligung müssen selbstverständliche Bestandteile von Bildungspolitik und Schulentwicklung werden. Auch die Erwachsenenbildung darf hier nicht vernachlässigt werden.

Da Fremdenfeindlichkeit und antidemokratische Einstellung in allen Altersgruppen und gesellschaftlichen Schichten zu finden ist, brauchen wir ein landesweites Bildungs- und Informationsprogramm gegen Rechts, das auf die unterschiedlichen Zielgruppen eingeht und nicht nur Jugendliche im Blick hat. Wir brauchen auch kommunale Bündnisse, um dem Rechtsradikalismus demokratische Strukturen vor Ort entgegenzusetzen. Die Zusammenarbeit sollte nicht nur Initiativen einschließen, sondern Parlamente, Verwaltungen, Polizei, Schulen, kulturelle Einrichtungen, Kirchen, Jugendringe, Bürgervereinigungen, Wirtschaft und Wissenschaft integrieren.

Viele Jugendliche geraten über kulturelle Angebote rechtsextremer Akteure in die Neonazi-Szene. Kommunen müssen Orte schaffen, die ein gemeinschaftliches Engagement junger Menschen ermöglichen; dabei können gerade kulturelle Projekte und kulturelle Jugendarbeit eine entscheidende Rolle in der Bekämpfung und Verhinderung von Rechtsradikalismus spielen. Wir unterstützen alle Präventionsprojekte gegen Rechts, wie z.B. „Stadt ohne Rassismus“, „Schule ohne Rassismus“, „Verein ohne Rassismus“, „Netzwerk für Demokratie und Courage“ und wollen diese auch in Zeiten knapper Kassen finanziell fördern.

Ebenso wichtig wie das Stärken jeglicher demokratischer Kultur ist im Kampf gegen Rechts die konsequente und zügige Strafverfolgung. Wir wollen die Strafverfolgungsbehörde personell so auszustatten, dass ein schnelles Eingreifen gewährleistet ist.

Gegen neonazistische Ideologie müssen wir alle gemeinsam vorgehen. Nur so können wir Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit wirkungsvoll bekämpfen.

Deshalb setzen wir uns für eine sensibilisierte Zivilgesellschaft ein, die in der Lage ist, ein aktives und starkes Zeichen gegen jegliche Form von Rassismus, Fremden- und Frauenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt gegen Minderheiten zu setzen und damit den Gefahren von Rechts couragiert entgegenzutreten.